

Das Verhältnis von Theorie und Praxis in der revolutionären Opposition der Bundesrepublik

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Doktorgrades
des Fachbereichs Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Rolf Düspohl
aus Magdeburg

1971

Das Verhältnis von Theorie und Praxis in der revolutionären Opposition der Bundesrepublik

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Doktorgrades
des Fachbereichs Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Rolf Düspohl

aus Magdeburg

Gedruckt mit Genehmigung des Fachbereichs Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin.

Berichterstatter: Professor Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim
Professor Dr. Alexander Schwan

Tag der mündlichen Prüfung: 23. April 1971



Inhalt

Seite	
2	<u>Vorwort</u>
5	<u>Einleitung</u> Das Verhältnis von Theorie und Praxis als theoretisches und als praktisches Problem
17	<u>Teil I</u> <u>Theorie der gesellschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten</u>
17	1. Das normative Mass der Gesellschaftskritik
	2. Der Hauptwiderspruch des kapitalistischen Gesellschaftssystems
31	3. Die sozialstrukturellen Merkmale
42	4. Die Herrschaftstechnik
51	5. Politische Institutionen
61	<u>Teil II</u> <u>Strategie der revolutionären Opposition</u>
61	1. Dialektik von Reform und Revolution
71	2. Hebel der Revolution
82	3. Exkurs: Hochschulreform
111	<u>Teil III</u> <u>Praxis der revolutionären Opposition</u>
111	1. Die Methode der revolutionären Veränderung
122	2. Die Organisation des revolutionären Potentials
133	<u>Schluss</u> <u>Vom revolutionären zum evolutionären Modell</u>
140	<u>Anmerkungen</u>
163	<u>Literatur</u>

V o r w o r t

Diese Arbeit will untersuchen, welches Theorie-Praxis-Verständnis innerhalb der revolutionären Opposition gegenwärtig vorherrscht, wie es sich entwickelte und welche Auswirkungen dieses Verständnis für die einzelnen Bereiche der Theorie, Strategie und Praxis hat. Es wird gefragt, ob die revolutionäre Opposition ihren Anspruch auf wissenschaftlich angeleitetes politisches Handeln aufrechterhalten kann, da sich an der Geltung dieses Anspruchs die Qualität des eingeschlagenen Weges der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse inhaltlich und methodisch bemisst.

In den letzten Jahren erschien eine Vielzahl von Untersuchungen über die studentische Protestbewegung in teils agitatorischer, teils kritischer und teils erklärender Absicht. Einer dynamischen Entwicklung der in Theorie und Praxis den Rahmen liberal-demokratischer Spielregeln sprengenden Opposition folgte in zeitlichem Abstand deren graduelle Verarbeitung in der wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit. Die Qualität dieser Bewältigung wuchs mit der zunehmenden Entfernung von dem ersten revolutionären Auftreten dieser Opposition und den von ihr hervorgerufenen unmittelbaren, vorherrschend emotionalen Reaktionen.

Nach einer ersten Welle studentischer Selbstinterpretationen - "Was wollen die Studenten" - und einseitigen Deutungsversuchen aus sozialpsychologischer, sozialphilosophischer, bildungspolitischer, politisch-pragmatischer und "biologischer Sicht" 1) erkannte die Politische Wissenschaft diese Oppositionsbewegung als den ihr genuinen Gegenstand und hat ihn entweder unter sehr globaler oder - oft erzwungen durch die Konfrontationen im aktuellen Wissenschaftsbetrieb - unter sehr detaillierter Perspek-

tive mit ihren Methoden und mit ihrem Wissenschaftsbegriff in Angriff genommen.

Eine politologische Untersuchung auf diesem Forschungsgebiet darf sich deshalb weder auf eine pragmatische Einordnung, noch auf eine allgemeine Deutung der "Bewegung" beschränken. Sie muss die Wahl ihres Forschungsgebietes einerseits rechtfertigen in einer spezifischen Fragestellung, die nicht unwesentlich von den offenen Fragen bisheriger Arbeiten mit bestimmt wird. In der Eingrenzung auf ein konkretes Problem muss sie zum anderen den allgemeinen Zusammenhang ihres Gegenstandes als noch weitgehend unstrukturiert und strittig weit mehr erarbeiten, als es für die Konzentration auf ausgewählte Erkenntnisziele wünschenswert wäre. Die Aktualität ihres Gegenstandes, die Verschiedenheit auch der politikwissenschaftlichen Ansätze ihrer Analyse und schliesslich der für die Politik als praktische Wissenschaft in Rechnung zu stellende prinzipielle Gegensatz zweier sich gegenseitig als Pseudowissenschaften abqualifizierender sozialwissenschaftlicher Methoden verwehren dieser Untersuchung die Sicherheit einer Basis abgestimmter Erkenntnis, von der sie ausgehen könnte.

Das Verhältnis von Theorie und Praxis der revolutionären Opposition kann aus diesem Grunde allein in der gleichzeitigen immanenten Analyse von Theorie und Praxis dargestellt werden. Die zusammenhängende Untersuchung der theoretischen Vorstellungen, strategischen Ableitungen und praktischen Aktionen ermöglicht erst Aussagen über das Verhältnis von politischer Erkenntnis, politischem Willen und politischem Handeln der oppositionellen Bewegung. In der jeweiligen Reflexion des Verhältnisses von Theorie und Praxis am beschriebenen Detail erfährt dieses wiederum seine Begründung und wissenschaftliche Erklärung.

Für diese Aufgabenstellung sollen aus einer allgemeinpolitischen Werthaltung resultierende Schlüsse zugunsten immanner Logik als Masstab einer Kritik, die die Sache an ihrem eigenen Anspruch misst, weitestmöglich zurückgehalten werden. Der prozesshaften Dynamik der aktuellen gesellschaftspolitischen Materie muss sich eine diskursive Aufbereitung der Argumente als adäquat erweisen.

Die definitorische Abgrenzung des Begriffs der "revolutionären Opposition" wird nicht versucht, da eine detaillierte Bestandsaufnahme der ständig wechselnden Gruppierung für das gewählte Thema kaum ein hilfreiches Ergebnis verspricht. Gemeint sind diejenigen Gruppen, die unter der Führung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes sich als einheitliche gesellschaftsrevolutionäre Stossrichtung kurzzeitig kristallisierten und mit zum Teil gewaltsamen Methoden eine qualitative Veränderung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik herbeiführen wollen. Jede begriffliche Abgrenzung dieses revolutionären Potentials als politische Kraft einer bestimmten Richtung würde gegenwärtig zweifellos schon allein durch die widersprüchlichen Benennungen, die sich die radikalen Linken selbst geben, ad absurdum geführt. "Revolutionär" heisst deshalb hier nicht mehr, als dass eine gesellschaftspolitische Kraft ungeachtet ihrer aktuellen Stärke in ihrem subjektiven Wollen einer qualitativen Veränderung ernst genommen wird.

E i n l e i t u n g

Das Verhältnis von Theorie und Praxis als theoretisches und als praktisches Problem

Die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis kann ihre gültige Antwort nicht in einer allgemeinen Formel finden, wie etwa dem Postulat der Einheit von Theorie und Praxis 2) oder der wissenschaftstheoretischen Maxime, dass Praxis die Theorie falsifizieren müsse 3) oder der politisch-pragmatischen These, dass Praxis Theorie ergänzt 4) oder der sozialphilosophischen Behauptung, dass - will man nicht das eine auf Kosten des anderen tun - Theorie und Praxis arbeitsteilig betrieben werden sollen 5).

In diesen globalen Formeln werden scheinbar notwendige Gesetzmässigkeiten eines Verhältnisses von Theorie und Praxis festgehalten und zur Unterstützung von Konzeptionen oder Verhaltensweisen herangezogen, ohne dass jeweils den Strukturen dieses Verhältnisses ein spezifischer Forschungsvorstoss gegolten hätte.

Allein ein begriffs- und strukturanalytischer Ansatz scheint geeignet, der Unbestimmtheit dieser Sätze abzu- helfen. Das Verhältnis von Theorie und Praxis gestaltet sich auf zwei grundsätzlich voneinander zu unterscheidenden Ebenen: In e r k e n n t n i s t h e o r e t i s c h e r Absicht wird Theorie als dasjenige begriffen, was Praxis durchdringt, erklärt, verfügbar macht. Praxis ist unter diesem Aspekt Erkenntnisgegenstand und zugleich potentielles Korrektiv, das Theorie widerlegt oder rechtfertigt. In p r a k t i s c h e r Absicht wird Theorie als Anleitung zum praktischen Handeln gewollt. Der Sinn ihrer Veranstaltung ist hier die Beeinflussung der Praxis im Hinblick auf ihre Veränderung oder Stabilisierung. Das reicht von blosser Impulsgebung - Denkanstösse für die Handelnden, Formulierung

von Einsichten über die Gesellschaft - über eine durchgehaltene theoretische Einstellung - Kritik oder Rechtfertigung des Bestehenden - über die theoretische Ausarbeitung dieser Strategie der Veränderung oder Stabilisierung und ihrer Erfolgskontrolle bis hin zum persönlichen Einsatz des Theoretikers in praktischen Aktionen. 6)

Jede dieser beiden Ebenen des Verhältnisses von Theorie und Praxis hat ihren zentralen Begriff, an dem die verschiedenen Positionen in ihren Aussagen über Theorie und Praxis abgesteckt werden können. In erkenntnistheoretischer Absicht rückt der Begriff der **E r f a h r u n g** und der Tatsache ins Zentrum, in praktischer Absicht der Begriff der **S t r a t e g i e** und Erfolgskontrolle.

Das Verhältnis von Theorie und Praxis als **t h e o - r e t i s c h e s** Problem zeichnet sich am deutlichsten durch Ausgrenzung der verschiedenen Positionen im Widerstreit der sozialwissenschaftlichen Methoden ab.

Gesellschaftstheorie und praktisches Handeln, das den Anspruch stellt, seine Wahrheit und Folgerichtigkeit durch wissenschaftliche Erkenntnis gegenüber vorherrschender un- oder vorwissenschaftlicher gesellschaftlicher Theorie und Praxis zu legitimieren, vermag dieses nur in einem abgrenzenden Kriterium für Wissenschaft, das die besondere Qualität des Denkens und Handelns gegenüber dem allgemeinen für richtig Gehaltenen herausstellt. Es kommt darauf an, den Erfahrungsschatz der alltäglichen Lebenswelt sich selbst und anderen bewusst und einsichtig zu machen und die Geltung individueller oder kollektiver Erfahrungstatsachen für die Allgemeinheit zu prüfen und wissenschaftlich auszuweisen. Damit die pure Einzelerfahrung auch Geltung für die Allgemeinheit beanspruchen kann, muss sie theoretisch so aufbereitet werden, dass sich aus ihr Erkenntnisse für eine Vielzahl von Menschen gewinnen lassen. Die besondere Qualität der wissenschaftlichen

Aussage legitimiert sich folglich durch eine Methode der intersubjektiven Aufbereitung von Tatsachenmaterial, von individuellen und kollektiven Erfahrungen: die Praxis begnet der Theorie als "Erfahrung" und als "Tatsache".

Drei gezielte Fragen sollen die in der wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzung bisher eingenommenen Positionen erhellen:

- (1.) die Frage nach der Erfassung, Abgrenzung und Anerkennung von Erfahrungen und Tatsachen;
- (2.) die Frage nach dem korrektiven Wert der Begriffe Tatsache und Erfahrung für die theoretische Konzeption;
- (3.) die Frage der intersubjektiven Geltung, bzw. Repräsentativität von Erfahrungen und Tatsachen.

Die Beantwortung der ersten wesentlichen methodologischen Frage nach der A n e r k e n n u n g und Aufbereitung von Beobachtungen und Erfahrungen als Tatsachen stösst in besonderem Masse auf die Schwierigkeiten in der bisherigen Erörterung des Problems.

Nach Arnold Brecht gibt es keine strengen Regeln, die angeben, ob ein beobachtetes Phänomen als Tatsache akzeptiert werden kann. "Selbst das fundamentale philosophische Problem der Gewissheit und des Wesens der Realität wird in jeder Entscheidung, die das Ergebnis einer Beobachtung als Tatsache akzeptiert, berührt". 7)

In ihrem Anspruch auf Totalität von Erkenntnis und Theorie halten Dialektiker dieses Problem hingegen für unwesentlich. Jürgen Habermas verspricht sich Einsichten gerade aus dem "Fonds einer vorwissenschaftlich akkumulierten Erfahrung, die den Resonanzboden einer lebensgeschichtlich zentrierten Umwelt, also die vom ganzen Subjekt erworbene Bildung noch nicht als subjektive Elemente ausgeschieden hat" 8) und polemisiert gegen den Tatsachenbegriff der Positivisten:

"Einzig die kontrollierte Beobachtung physischen Verhaltens, die in einem isolierten Feld unter reproduzierbaren Umständen von beliebig austauschbaren Subjekten veranstaltet wird, scheint intersubjektiv gültig Wahrnehmungsurteile zu gestatten", 9)

ohne ihn durch einen operablen neuen zu ersetzen.

In der zweiten Frage nach der Bedeutung von Erfahrungen und Tatsachen als **K o r r e k t i v** der Theorie nimmt Habermas eine entschiedene Position ein: "auch eine dialektische Theorie darf einer noch so restringierten Erfahrung nicht widerstreiten" und fährt fort: "andererseits ist sie nicht verpflichtet, auf alle Gedanken, die sich ihrer Kontrolle entziehen, zu verzichten". 10)

Die dialektische Position Herbert Marcuses ist hingegen konsequent: das grundsätzlich falsche Bewusstsein der technokratischen Industriegesellschaft kann keine kritische gesellschaftliche Praxis produzieren, deren Erfahrungstatsachen sich kritischer Theorie widersetzen dürften.

Die Theorie bedarf zu ihrer kritischen Funktion der Unabhängigkeit gegenüber der gesellschaftlichen Praxis mit deren notwendig falschem Bewusstsein; denn Theorie kann nicht durch Tatsachen widerlegt werden, die von ihrer "Negation isoliert sind, d.h. von den Kräften, die von der bestehenden Gesellschaft gleichzeitig ermöglicht und behindert werden". 11)

Von den Positivisten wird hier die "trial and error"-Methode 12) ins Feld geführt, die Lösungsversuche solange als vorläufig gültig akzeptiert, wie sie nicht durch Tatsachen widerlegt werden. Der besondere methodische Schritt, geeignete Tatsachen zur Widerlegung aufzusuchen, ist das vorgeschriebene Komplement eines jeden Lösungsversuches.

Die Frage nach der **G e l t u n g** von Tatsachen muss als dritter methodologischer Schritt entschieden werden, erst hier wird die sozialtheoretische Relevanz von Einzel- und Kollektiverfahrung ermittelt.

Die positivistische Methodenlehre begreift den Stellenwert einer Erfahrung für allgemeingültige Sätze in ihrer mathematisch-statistisch messbaren Geltung. Diese quantitativ begriffene "Häufigkeit", "Wahrscheinlichkeit" oder "Streuung" von in der gesellschaftlichen Realität auftretenden Erfahrungen oder Tatsachen kann zwar nicht deren Sinn, jedoch deren Repräsentativität für das Ganze der sozialen Lebenswelt ermitteln.

Eine dialektische Theorie der Gesellschaft ersetzt den quantitativen Begriff der Repräsentativität durch den Begriff der Relevanz in bezug auf ein aus dem gesellschaftlichen Ganzen gewonnenes Sinnverständnis über die Tendenzen der geschichtlichen Entwicklung. Dieses Sinnverständnis besitzt Priorität gegenüber Einzeltatsachen. "Jene Abhängigkeit des sozial zu Beobachtenden von der Gesamtstruktur (ist) real gültiger als irgendwelche am Einzelnen unwiderleglich verifizierbaren Befunde", 13) sagt Adorno. Mit diesem Vorverständnis über ihre Relevanz wird den einzelnen Tatsachen begegnet, sie haben keinen Geltungsgehalt, der positiv festzustellen wäre und durch den sie in die Welt der bereits gesichteten und gewichteten Tatsachen eingeordnet werden könnten. Einschränkend heisst es zwar bei Habermas: "der hermeneutische Vorgriff auf Totalität ... muss sich im Gang der Explikation als richtig erweisen - eben als ein der Sache selber angemessener Begriff ...", 14) die Sache selber wird jedoch kein anderes Mass hervorbringen als genau das hermeneutisch vorgegriffene, solange der Erfahrungsbegriff keine eigene Strukturen als Kriterium erhält, die es ihm gestatten, sich gegen das aufgesetzte Sinnverständnis über die Totalität zu wenden.

Diese Konfrontation der methodologischen Positionen zeigt den Ort an, an dem eine exaktere Bestimmung des Verhältnisses von Theorie und Praxis anzusetzen hat: an der funda-

mentalalen Frage der Anerkennung und Aufbereitung von Tatsachen. Auf welchem Felde begegnet die Theorie der Praxis?

Wie jede soziale Interaktion werden auch Tatsachen an ihrem Ursprung individuell erfahren. Das Subjekt "macht Erfahrungen" durch sinnliche und geistige Kommunikation mit der Umwelt. Die Erfahrung ist am Orte ihrer Entstehung somit immer die Begegnung e i n z e l n e r Individuen mit Tatsachen. Es gibt keine Kollektiverfahrung als unvermittelten Akt. Kollektive Erfahrung ist die Summe von Einzelerfahrungen, deren Gleichartigkeit durch nachträgliche Objektivierung der Individualerfahrung erst festgestellt wurde. Diese Objektivierung vollzieht sich in einem zweiten Schritt auf einer anderen Ebene der sozialen Kommunikation durch das Medium der Sprache. Die Sprache schafft oberhalb der Ebene der Tatsachen die Ebene der Sätze über Tatsachen. Da jedoch mit Mitteln der Sprache nicht hinter die Ebene der Sätze über Tatsachen auf die Tatsachen selbst zurückgegangen werden kann, schafft die Sprache für die intersubjektive Umwelt überhaupt erst die Tatsachen. Jeder Versuch, die Ebene der Tatsachen selbst deskriptiv zu erfassen, vollzieht sich zwangsläufig bereits auf der Ebene der Sätze über Tatsachen. Sätze über Erfahrungstatsachen auch in deskriptiver Absicht haben so das Feld der Praxis bereits verlassen. Die Sprache als syntaktisch-logische Verknüpfung von Gegenständen, Tätigkeiten und Eigenschaften ist ein Feld der Theorie. Das gemeinhin für Theorie Gehaltene ist der eben dieser Logik unterworfenen Versuch eines konstruktiven Interesses auf höheren Abstraktionsebenen, Aussagen über Tatsachen zu gewinnen.

Die Schwelle von der Praxis zur Theorie liegt demnach früher als allgemein angenommen, sie ist der Übergang von der unmittelbaren sinnlichen Erfahrung zur gleichzeitigen oder folgenden, jedoch immer schon vermittelten geistigen

Reflexion. Erst durch Beförderung der Praxis in die Theorie kann sie intersubjektiv mitgeteilt und verfügbar gemacht werden.

Auf der Eingangsstufe der theoretischen Ebene meldet sich jedoch sogleich ein anderes Interesse als das der reinen Deskription. Bereits der Anfang von Theorie ist okkupiert durch das Interesse an Erklärung, Sinndeutung und Sinngebung. Hier vollzieht sich bereits subjektive Theoriebildung, ohne dass jedoch der "Theoretiker" in der Regel die Fiktion einer noch davor liegenden - etwa als "Korrektiv der Praxis" verfügbaren - objektiven Ebene von Erfahrungstatsachen aufzugeben bereit wäre. Unmittelbare Erfahrung kann jedoch Theorie nicht korrigieren, Handlungen können nicht Gedanken widerlegen, sondern nur Impulse für Gegengedanken geben. Im korrektiven Widerstreit stehen nicht Theorie und Praxis, sondern allein Theorie auf ihren verschiedenen Abstraktionsebenen. Da unvermittelte Praxis Theorie niemals falsifizieren kann, weil sie sich selbst nur theoretisch artikuliert, liegt jedes Bewusstwerden einer unmittelbaren Erfahrung schon im Geltungsbereich der Theorie, nicht erst ihr Erklärungs-, Deutungs- oder Systematisierungsversuch. Eine Summierung von Einzelerfahrungen ist bereits die Feststellung ihrer Relevanz, d.h. die Gewichtung des Geltungsanspruches gegenüber dem Allgemeinen, ist eine Systematisierung und Abstrahierung, die nur von Theorie geleistet werden kann. Erfahrungstatsachen, die von ihrer theoretischen Ortung abgekappt als pure faktische Situation gelten wollen, können dies nur für den einzelnen unmittelbar Beteiligten, sie haben keinen Anspruch gegenüber Dritten oder gegenüber einer Theorie, die ja auf Allgemeines zielt.

In diesem Zusammenhang kann auch die Frage nach der Geltung von Erfahrungen und Tatsachen vorläufig entschieden

werden. Kann eine praktische Aktion "exemplarischen Charakter" im Sinne einer stringenten Beweisführung haben? Sie vermag es nur, wenn die Repräsentativität der aus ihr gewonnenen Daten und Einsichten mithilfe einer vergleichenden systematisch-theoretischen Konstruktion belegt wird. Praktisches Beispiel und theoretischer Beweis sind jedoch gerade nicht identisch, ein Exempel ist nicht das Sample, "exemplarisch" das Gegenteil von "repräsentativ".

Für die Konsistenz der theoretischen Konzeption der revolutionären Opposition erhält die Antwort auf diese Frage nach der Einordnung der unmittelbaren "sinnlichen Erfahrung" in der Konfrontation mit den gesellschaftlichen Ordnungsmächten entscheidende Bedeutung. An dieser Frage zeigt sich, ob Theorie in der revolutionären Konzeption, die praktische Auseinandersetzungen verarbeiten muss, ihre Qualität behält, oder über eine pragmatische Rechtfertigungslehre bis hin zur theorielosen Verschleierungstaktik degradiert.

Das Verhältnis von Theorie und Praxis als p r a k t i s c h e s Problem kristallisiert sich um die Frage nach der Kommunikation von Theorie und Praxis. Geprüft wird das Interesse der Theorie an ihrer Realisation in der Praxis und die von diesem Interesse in Anspruch genommenen Modalitäten und Kanäle. Theorie und Praxis begegnen sich hier auf dem Felde der Strategie. Die Überlegung, wie das theoretisch konzipierte Bild der gewünschten Gesellschaft mit welchen Mitteln, in welchen Fristen und mit welchen Chancen durchgesetzt werden kann, und die Beobachtung von bereits durch kritische Theorie bewirkten Praxisveränderungen sind Gegenstand einer strategischen Reflexion. Allein die grundsätzliche Bereitschaft anzuerkennen, dass die Strategiefrage gestellt ist und irgendwie beantwortet werden muss, legitimiert diese Theorie in der Wahl der Materie: der Gesellschaft. Strategie darf dabei nicht aus den Augen verlieren, dass die aktuelle Praxis der Gesellschaft zumindest als vorhandene Alternative jeder Theorie in Rechnung gestellt werden muss.

Die Auseinandersetzung um praxisorientierte Theorie innerhalb der Neuen Linken war eine der Hauptursachen für die öffentlich proklamierte Distanzierung der "Väter" der Kritischen Theorie von den "praktisch-revolutionären Aktionen ihrer "Schüler". Hatte schon Herbert Marcuse bei seinem Berlin-Besuch im Sommer 1967 erste und später ernsthaftere Verständigungsschwierigkeiten mit ihm beim Worte nehmenden Jüngern, begann bald darauf Jürgen Habermas seine Kontroverse mit linken Studenten und erteilte schliesslich Theodor Adorno der gesamten durch das "Opiat der Kollektivität" vernebelten linken Praxis eine dezidierte Absage. 15)

Vor allem die Position Adornos ist in diesem Zusammenhang durch das von ihm vorgetragene mutige Credo des reinen Theoretikers aufschlussreich:

"Sind Theorie und Praxis weder unmittelbar eins noch absolut verschieden, so ist ihr Verhältnis eines der Diskontinuität.... Das Verhältnis von Theorie und Praxis ist, nachdem beide einmal voneinander sich entfernten, der qualitative Umschlag, nicht der Übergang, erst recht nicht die Subordination. Sie stehen polar zueinander. Diejenige Theorie dürfte noch die meiste Hoffnung auf Verwirklichung haben, welche nicht als Anweisung auf ihre Verwirklichung gedacht ist". 16)

Adorno stützt seine Definition des Verhältnisses von Theorie und Praxis durch das Bekenntnis, die "Studien über Autorität und Familie", die "Authoritarian Personality" und die "Dialektik der Aufklärung" seien "ohne praktische Absicht" geschrieben und übten doch wohl einige praktische Wirkung aus. 17) Die Frage nach konsekutiver Praxis Kritischer Theorie charakterisiert Adorno als "das automatische Einschnappen der Frage nach dem Was tun, die auf jeglichen kritischen Gedanken antwortet, ehe er nur recht ausgesprochen, geschweige denn mitvollzogen ist". 18)

In dieser polemischen Wendung überspielt Adorno jedoch die notwendige Auseinandersetzung mit der strategischen Frage, deren Beantwortung allein zu wissenschaftlich angeleiteter Praxis führt. Solange der Ort der Begegnung und

gegenseitigen Einwirkung von Theorie und Praxis leichtfertig als das "allgemeine Bewusstsein" bezeichnet wird, 19) wird die Verantwortung für die Praxis an die Struktur dieses Bewusstseins delegiert, die sich von der Struktur des "gesunden Menschenverstandes" nicht wesentlich unterscheidet. Adorno begründet eine kritische Haltung, nicht jedoch eine kritische Politik.

Hinter dieser Haltung steht die Vorstellung eines arbeitsteiligen Ineinandergreifens von theoretischen und praktischen Kritikern dieser Gesellschaft; Spezialisierung auf Theorie oder Praxis schafft erst optimalen Effekt, produziert "unverfälschte Ergebnisse". Der ästhetisierende Theoretiker Adorno wählt sich als seinen Teil einer Gesamtlösung dieser grossen Aufgabe die Kritik der Gesellschaft. Es ist in der Tat nicht einsichtig, weshalb eine theoretische Kapazität im eigenen physischen Einsatz auf der Strasse ihre Wirksamkeit unter Beweis stellen sollte. Jedoch setzt Adorno den Trennschnitt zur praktischen Aktion zu hoch an. Er kappt eine pure Theorie ab von Strategie und Praxis, für die er beide seine Unzuständigkeit erklärt. Die formlose Wirksamkeit eines praxisbezogenen allgemeinen Bewusstseins schleicht sich ein als Surrogat der notwendigen systematisch-theoretischen Strategiereflexion. 20) Die schleppende Abfertigung von Argumenten und Gegenargumenten durch das allgemeine Bewusstsein schliesst zwar eine mögliche sichtbare Wirkung nach längerer Zeit nicht aus, verhindert jedoch den kontrollierten, direkten Prozess der Auseinandersetzung.

Adornos Begründung, dass dieser Umweg über das allgemeine Bewusstsein statt des naheliegenden direkten Anspruchs an das spezifische Bewusstsein des hier und heute politisch Handelnden von ihm aus Furcht vor Verfälschung der Theorie durch die Praxis gewählt wird, hält nicht stand. Allenfalls können einer Theorie abgewonnene Praxisanweisungen

die Praxis "verfälschen", doch das heisst nichts anderes, als dass diese negativ oder positiv im Sinne der Theorie nicht nur gedeutet, sondern auch verändert wird. Rückwirkend muss Praxis Theorie jedoch gerade dann verfälschen, wenn sie den Kanälen des allgemeinen Bewusstseins nicht entrinnt, wenn sie nicht in einem wissenschaftlichen Apparat aufgefangen wird, der sie methodisch und systematisch gewichtend für Theorie erst wieder verfügbar macht.

Dass durch diese Praxisferne kritische Intelligenz in ihrer sozialen Rolle mit der Wirklichkeit versöhnt ist, von der sie sich abspalten will, ist einer der Haupteinwände Gaston Salvatores. Salvatore führt an, dass der Intellektuelle zwar Imperialismuskritik leisten kann, seine "individuelle Struktur" davon jedoch unberührt bleibt. "Er bleibt mit seiner ganzen Psyche verankert in den Normen der kapitalistischen Gesellschaft, solange er nicht praktisch an der Veränderung der Gesellschaft teilnimmt". 21)

Mit gleicher Härte trifft auch Georg Lukacs die Theoretiker der Frankfurter Schule, die einen "ungeheuren Radikalismus vertritt, der praktisch vollständig unschuldig" ist. 22) In dieser praktischen Unschuld schlägt für Lukacs der Radikalismus Kritischer Theorie in Opportunismus um: "Nämlich, dass nicht die Opposition gemacht wird, die heute möglich, notwendig und nützlich wäre, sondern dass man sub titulo einer über alles erhabenen und ausserordentlich kritischen Sicht irgendetwas macht, wogegen weder Adenauer, noch Erhard noch Kiesinger den geringsten Einwand erheben könnten". 23)

Der praxisfeindliche Ästhetizismus Adornos hat aller Politik entsagt und den Begriff des Politischen durch den unbestimmten Begriff des allgemein geistig Wirkenden ersetzt. Eine Gesellschaftstheorie, die so ihren Gegenstand verliert, kann die aktive Verantwortung für gezielte Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht über-

nehmen, überbürdet sich jedoch mit ungewollten und unkontrollierten Wirkungen und Auswüchsen, von deren Verantwortung sie nicht freizusprechen ist. Dieses Versagen muss sich folgenscher auswirken bei dem Versuch der in diesen Kategorien analysierenden revolutionären Oppositionsbewegung, ihre Protesthaltung politisch zu artikulieren und praktisch durchzusetzen.

T e i l I

Theorie der gesellschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten

1. Das normative Mass der Gesellschaftskritik

Die praxisferne Radikalität der linken Gesellschaftskritik resultiert aus der durchgehaltenen Einstellung, das Bild der möglichen Gesellschaft als absolutes Mass der bestehenden gegenüberzuhalten. Insistiert die Partei des Bestehenden sich rechtfertigend auf dem Begriff der **N o t w e n d i g k e i t** von Herrschaft und ihren Regelungsfunktionen, die den politischen Prozess initiieren und in Gang halten, postuliert die linke Gegenseite die Realisation der **M ö g l i c h k e i t** der Emanzipation von Herrschaft, die den politischen Prozess überhaupt erst menschlich macht.

In den Diskussionen innerhalb der Neuen Linken wird in der vorherrschenden einfachen Formel, dass das Wünschbare möglich und alles Mögliche realisierbar ist, das Spannungsverhältnis des Möglichen zu dem Notwendigen ignoriert. Von den der Realisation des Möglichen widerstrebenden Herrschaftstendenzen wird nicht eine der Notwendigkeit der organisierten Sozialisation von Individuen funktional gesehen. Sie gelten insgesamt als historisch bedingt und damit aufhebbar.

Freiheit und die ihr widerstrebenden Zwänge sind, wie Marcuse sagt, "durch und durch geschichtlich und ihr Grund nur geschichtlich bestimmbar". 1) Die in vergangenen Gesellschaften nur begrenzt bereitgestellten Mittel der Bedürfnisbefriedigung legten ihrer herrschaftsfreien Aneignung zwar objektive Schranken auf und damit der gesamten gesellschaftlichen Organisation funktionale

Zwänge. Das mittlerweile erreichte Mass gesellschaftlichen Reichtums in der modernen Industriegesellschaft hat diese objektiven Zwänge jedoch auf ein Minimum reduziert und deshalb überflüssig werden lassen.

Marcuse erkennt nicht an, dass auch materieller Überfluss die Verteilungsfunktion gesellschaftlicher Herrschaftsinstanzen zwar entlasten, aber nicht aufheben kann. Es bleiben die immateriellen Ansprüche aufgrund der unterschiedlichen individuellen Disposition. Gesellschaftliche Organisation und aus ihr resultierende Herrschaftsfunktionen sind notwendig, solange Gesellschaft ihren Sinn behält als die Vermittlung der von den Individuen durch ihre unterschiedlichen Anlagen und Bedürfnisstruktur hervorgerufenen Ansprüche an die anderen und Verweigerungen durch die anderen. Eine Gesellschaft, in der der Einzelne wie auch immer geartete Qualitäten individueller Existenz beibehält, wird immer antagonistisch bleiben, auch wenn es glücken kann, die Antagonismen der ökonomisch-materiellen Basis aufzuheben. Sie wird immer einer mit Sanktionsgewalt ausgestatteten Vermittlungsinstanz bedürfen, die für sich in Anspruch nehmen darf, im Namen der Allgemeinheit zu handeln. Die Alternative hierzu wäre die Harmonisierung der Individualinteressen durch Gleichrichtung bis in den engen Kreis der primären Sozialisation. Sozialistisch hiesse dann, das Individualinteresse des Menschen einem fixierten herrschenden Sozialinteresse optimal anzupassen.

Die Erkenntnis des Satzes "Es wird immer eine Sphäre geben, in der sich die Sachen hart im Raume stossen" 2), ist aus dem Entwicklungsprozess der gegenwärtigen Gesellschaft gewonnen, wird zur Charakterisierung der möglichen Gesellschaft jedoch nicht fruchtbar gemacht. Radikale Theorie versagt es sich, das Reich der Freiheit aus dem Reich der Notwendigkeit zu entwickeln und das Notwendige vom Möglichen auszugrenzen. Das würde einen Begriff der "realen

Utopie" erfordern, der nicht plakativ ihren allgemeinen Wirklichkeitscharakter propagiert und nicht Utopie zur nahen oder "Beinahe-Wirklichkeit" stempeln will, sondern der eine Utopie zu seinem Inhalt macht, die von der Realität angerissen ist und ein Gegenbild entwirft, das aus dem Bild der erkannten gesellschaftlichen Verhältnisse gewonnen ist.

Dieser prozessualen Befreiung der Zukunft aus den Notwendigkeiten der Gegenwart setzt Marcuse eine "qualitative Differenz" der freien von der unfreien Gesellschaft entgegen, indem er das Reich der Freiheit "jenseits des Reiches der Notwendigkeit" denkt. 3) Es gibt keine Gesetze, die die Realisation des Reiches der Freiheit verbieten. Die aus einer bestimmten historischen Situation resultierenden Hemmnisse sind mit dem Eintritt der Gesellschaft in die moderne Überflussproduktion überwindbar geworden. Es mag sehr wohl sein, "dass die Realisierung eines revolutionären Projektes durch Gegenkräfte und Gegenbewegungen verhindert ist, die gerade im Prozess der Revolution überwunden werden können - und überwunden werden". 4)

Allein "wirkliche Naturgesetze" gelten für Marcuse als mögliche Gegenkräfte einer antizipierten freien Gesellschaft. Diese Gesetze sind jedoch auf die rein biologische und physikalische Konstitution des Menschen beschränkt, schon seine Triebwelt und Bedürfnisstruktur sind veränderlich: "Jenseits der Animalität sind alle menschlichen Bedürfnisse einschliesslich der Sexualität historisch bestimmt, historisch transformierbar". 5)

Im entschiedenen Gegensatz zu Sigmund Freud werden die möglichen neuen Bedürfnisse als Negation der bestehenden, die Repressivität reproduzierenden, aufgezählt: "Zum Beispiel die Negation des Bedürfnisses nach dem Existenzkampf ... , die Negation des Bedürfnisses, das Leben zu verlieren, Negation des Leistungsprinzips, der Konkurrenz ..." 6) Positiv wird die Negation der bestehenden Bedürf-

nisstruktur nicht gewendet, sie wird lediglich umschrieben als das vitale Bedürfnis nach Frieden, das durch seine sprengende Kraft in seinem Charakter zu einer elementaren, d.h. biologischen Konstanten werden wird. "Das wahrhaft Positive ist die Gesellschaft der Zukunft und deshalb jenseits von Definition und Bestimmung". 7)

In totaler Negation wird Zukünftiges und Gegenwärtiges mit einem radikalen Schnitt getrennt und das ganz "Andere" gedacht. Mit der "überzeugenden Kraft des Negativen" ist die Position entworfen, der Anspruch auf Transzendenz des Bestehenden, der immer noch ein schrittweises Darüberhinausgehen, ein prüfendes Verlassen der Gegenwart beinhaltet, wird endgültig aufgegeben.

Den utopischen Entwurf der losgelösten "zweiten Welt", die dennoch auf die bestehende fixiert ist, kritisiert Wolfgang Haug in seiner "Antwort an Herbert Marcuse". "Gerade vermöge ihrer radikalen Negativität bleiben Marcuses Zielbegriffe an das 'Bestehende' geheftet, und das bestimmende Motiv fürs ganz andere bleibt durchweg das zu zerstörende Ganze". 8)

Indem sich Marcuse gegen den Begriff der bestimmten Negation ausspricht, verwehrt er die fortschreitende Transformation des bloss Möglichen in das Wirkliche. Die utopische Möglichkeit im Entwurf seiner Kritischen Theorie ist von den aus dem wirklichen sozialen Prozess sich freimachenden Möglichkeiten abgeschnitten. 9) Abgekappt ist damit auch das normative Kriterium Kritischer Theorie bei Marcuse.

Die Chance einer Fundierung des utopischen Entwurfs aus historisch bereits realisierten Möglichkeiten durch die Untersuchung des historischen Prozesses des Eingangs der Möglichkeiten in die Wirklichkeit wird hingegen in einer Untersuchung von Arnhelm Neusüss zum Begriff des Utopischen offen gelassen. 10) Neusüss versucht, einen "objektiven Masstab" für "jede historische Situation" zu formu-

lieren: "Er resultiert aus der Differenz der faktischen Lebensverhältnisse der Mehrzahl von Menschen in einer Gesellschaft mit den Möglichkeiten, die der geschichtlich erreichte Stand gesellschaftlichen Reichtums ... bereitstellt". 11) Diese Differenz zeigt das "utopische Defizit einer Gesellschaft", das es zu ersetzen gilt.

In dieser Formel wird von Neusüss etwas als objektiver Masstab ausgegeben, das selbst erst die Folge einer objektiven Festlegung sein kann. Die Differenz erweist sich als unbekannte Grösse, solange weder die subjektiven und objektiven Möglichkeiten aus dem geschichtlich erreichten Stand des gesellschaftlichen Reichtums konkret abgeleitet sind, noch die faktischen Lebensverhältnisse der Menschen in jeder historischen Situation - vor allem der gegenwertigen - objektiv analysiert werden können. Die für die obige Formel benötigte Objektivität ist nur von aussen zu gewinnen. Dieser Standpunkt kann allein bezogen werden, indem das Bestehende als Ganzes negiert und eine Bewusstmachung der Möglichkeiten aus der realen historischen Entwicklung heraus wegen der "totalen Mobilisierung der bestehenden Gesellschaft gegen ihre eigene Möglichkeit der Befreiung" 12) verneint wird.

Diesen Standpunkt wählt Marcuse, wenn er sich gegen das Unterfangen wendet, die Zukunft aus dem Innern des bestehenden Ganzen zu entwickeln. Hier vollzieht er den Bruch mit der Marxschen Dialektik, für die wesentlich ist, "dass die negierenden Kräfte, die in einem System sich entfaltenden Widersprüche sprengen und zu der neuen Stufe führen, sich i n n e r h a l b dieses Systems entwickeln". 13)

Für Neusüss, der sich um Realisierung bemüht, ist das utopische Defizit das Noch-nicht-Erreichte. Erreicht ist dabei als "vorläufiges Resultat eines Demokratisierungsprozesses" z.B. "Parlamentarische Demokratie", sofern sie ihrem Anspruch, der Diskussion von Alternativen noch gerecht wird. 14) Für Marcuse, der die Realität aller vergangenen und

gegenwärtigen Gesellschaften negiert, ist das utopische Defizit aus der Summe des Faktischen total.

Diese Position der absoluten Utopie wird von all jenen Linken kritisiert, die Kritische Theorie als Anleitung zum praxisverändernden Handeln verstanden wissen wollen, die die Befreiung der in der Utopie skizzierten Möglichkeiten hier und heute einleiten wollen und Marcuses Praxisbezug, die in seiner Randgruppentheorie enthaltenen strategischen Ansätze, ebenfalls für realitätsblind halten. Utopisch ist bei Marcuse nicht nur der Entwurf der zweiten Welt, sondern auch - durch die konsequente Beschränkung auf die Aussenseiter der Gesellschaft als revolutionärem Potential - die Strategie der Veränderungen.

"Dieser Glaube an die Zukunft degradiert die Gegenwart zu einem Provisorium und zur einfachen Funktion eines noch nicht aktualisierten Faktums", heisst es in einem Aufsatz Karel Kosiks, in dem er den Glauben an die Zukunft als die "moderne metaphysische Illusion" anprangert. 15) Dieser Prager Philosoph formuliert die Gegenposition einer Dialektik als "Ausdruck der Bewegung der menschlichen Praxis":

"Da die Dialektik die Widersprüche der Gesellschaft nicht anklagt, um dann vor ihnen zu kapitulieren, und da sie auch keine falsche Totalisierung ist, die der Zukunft die Auflösung der Widersprüche überlässt, ist ihre zentrale Frage die nach dem Zusammenhang zwischen der Enthüllung der Widersprüche und der Möglichkeit ihrer Aufhebung. Es ist die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis".16)

Diese Frage lässt Marcuse offen. Der utopische Charakter seiner Strategie verhindert deren Funktion als Vermittlung von Theorie und Praxis und entkleidet "revolutionäre Praxis" ihres Realitätsgehalts in der gegenwärtigen Situation. Revolutionäre Praxis ist hier nicht Veranlassung zur Umwälzung durch aktuelles Handeln. Die Möglichkeit der Infiltration der Aussenseiter mit politisch-revolutionärem Bewusstsein ist ebenso utopisch wie deren Chance, sich in den Besitz der für die Umwälzung notwendigen Macht-

mittel zu setzen. Die Normen der Zukunftsgesellschaft sind für die aktuelle Praxis ihrer Gewinnung irrelevant. Noch weniger sind sie geeignet, bestimmte Organisationsformen wie "demokratische Entscheidungsstruktur" für das menschliche Leben in sozialer Gemeinschaft als Zweck- und Zielbestimmung zu fundieren. Demokratie als "transitiver Begriff" 17) realisiert sich allein durch die Verwirklichung des in ihm postulierten gesellschaftlich Möglichen.

Da dies Mögliche das Bestehende jedoch nicht ergänzend gedacht, sondern ihm alternativ entgegengesetzt ist, ist das Ziel der Minimisierung von Herrschaft allein die aus dem Bereich des Möglichen gewonnene Norm der Zukunftsgesellschaft. 18) Freischwebend harrt sie ausserhalb des Teufelskreises der allgemeinen Repression ihrer Realisierung.

Nur scheinbar ist auch die vom SDS in Anspruch genommene grössere Praxisnähe. Normen der demokratischen Gesellschaft, wie totale Mündigkeit, allein rationaler Konsensus, erkennbares und formulierbares Gemeinwohl 19) sind nicht durch Prüfung des Gegenwärtigen und Vergangenen gewonnene Kriterien, sondern der Versuch der Konkretisierung der Norm der Zukunftsgesellschaft. 20) Die Norm der Zukunftsgesellschaft ist dabei jedoch gegen Einbrüche der Realität ringsum abgedichtet. Sie ist der Zirkel von einer den rationalen Konsensus bedingenden Herrschaftsfreiheit, die wiederum durch Mündigkeit bedingt ist, die ihrerseits das allgemeine Wohl bedingt, das wiederum durch rationalen Konsensus sichergestellt wird, etc. Der praktische Einstieg in dieses Normenkarrussell der Gleichzeitigkeit aller Werte erschiene nur dann möglich, wenn sich die Revolutionäre von der menschenunmöglichen Aufgabe ihrer Theorie und Strategie entlassen sähen, Anfang und Vollendung der Emanzipation zugleich ins Werk zu setzen. Die allgemeine Geltendmachung einer von Praxis unbefleckten Norm ist eine unermessliche Aufgabe, deren Schwierigkeitsgrad die Schwierigkeit des Ausbruchs aus dem Kreis der allgemeinen Repression weit über-

wiegt. Einem gelungenen Ausstieg aus dem Teufelskreis der Repression stünde dann noch der weit schwierigere Einstieg in den Engelskreis der Freiheit bevor.

2. Der Hauptwiderspruch des kapitalistischen Gesellschaftssystems

Die Weigerung, die Norm der Zukunftsgesellschaft durch Elemente einer in der Gegenwart bereits realisierten Freiheit anzureichern, zeigt ihre Folgen, wenn es für revolutionäre Theoretiker das Grundübel der gegenwärtigen allgemeinen Repression in kapitalistischen Gesellschaften festzustellen gilt. Dieses Grundübel erscheint ihnen aufhebbar, da es die veränderbare ökonomische Struktur dieser Gesellschaften betrifft und nicht eine mögliche konstante Natur des Menschen, die im Namen der "Menschlichkeit" legitimerweise nicht verändert werden dürfte. 21)

Der Hauptwiderspruch des Kapitalismus ist, wie Ernest Mandel es einmal formulierte, der "Widerspruch zwischen der fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion und ihrer privaten Aneignung". 22) Aus diesem Hauptwiderspruch leiten sich in der Konzeption des sozialistischen Theoretikers alle anderen Widersprüche ab. Die private Aneignung des dem Arbeiter als alleinigen Produzenten zustehenden Mehrwertes durch den Kapitalisten begründet den objektiven Klassenantagonismus und die weiteren aus der Herrschaftssicherung der bourgeoisen Minderheit über die proletarische Mehrheit resultierenden Widersprüche und vor allem die ökonomischen Krisen der kapitalistischen Produktionsweise selbst. Die Aufhebung dieses "Hauptwiderspruchs" würde das Wesen des Kapitalismus in seinem Kern treffen und die von ihm abgeleiteten Widersprüche gegenstandslos werden lassen.

Im Neokapitalismus verursachen die gesetzmässigen Mechanismen der von der Minderheit am Privatinteresse ausgerichteten Produktionsweise ständig ökonomische Krisen, denen die Mehrheit unterworfen ist. Diese Krisen sind nicht mehr wie alle vorkapitalistischen Krisen auf Mangelerrscheinungen

nungen, sondern - und das macht sie absurd und überflüssig - auf Überproduktion zurückzuführen. Die Produktion des Überflusses schafft zugleich materielles Elend. Den sich verfeinernden Techniken des Krisen-Management gelingt es, sie zu blossen Rezessionen zu entschärfen. Parallel geht die harmonisierende psychologische Manipulation der Abhängigen. So ist nach Mandel "jenes Experiment eines 'idyllischen Ausgleichs' der sozialen Spannungen zum Grundmerkmal des Neokapitalismus geworden". 23)

Die neueste Entwicklung der neokapitalistischen Produktionsweise ist durch die Automation gekennzeichnet, die laut "Entwurf einer programmatischen Erklärung" des SDS-Bundesvorstandes aus dem Jahre 1966 "die Organisation der Güterproduktion als einen kontinuierlichen, sich selbst steuernden Prozess ermöglicht, in dem der Mensch nur noch aushilfsweise eingreifen muss". 24) Körperliche Arbeit wird so weitgehend überflüssig, verlangt wird geistige Einsicht in die Planung und Organisation von Naturprozessen. "Damit wird die Arbeitszeit als bestimmte Grösse der Produktion infrage gestellt"; die neue Produktionsweise tritt in Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, zu dem der Warenproduktion zugrundeliegenden Tauschprinzip. Der Tauschwert, der im kapitalistischen System den Gebrauchswert ersetzte, wird zur Fiktion. 25) Vermehrte Freizeit unter kapitalistischen Bedingungen macht die Entfremdung jedoch erst vollständig:

"Wirksamer denn je passt die Freizeitindustrie die Menschen den Bedingungen der Warengesellschaft an, macht sie die Entfremdung total und zugleich immer weniger durchschaubar. Aus Freiheit wird ein Appendix der Lohnarbeit, wird Konsum-Zeit, die wiederum den Charakter von Arbeitszeit annimmt". 26).

Unter dem Prinzip der Profitmaximierung sind dem Kapitalismus die Bedürfnisse der Menschen nur "das Material seiner Produktion". 27)

Staatstätigkeit konzentriert sich auf die Wahrnehmung des zentralen Zieles kapitalistischer Produktionsweise, die Sicherung der Stabilität des wirtschaftlichen Wachstums. Da als Folge der inneren Expansion des kapitalistischen Systems alle gesellschaftlichen Bereiche in die Krisenbewegungen der Konjunktur einbezogen sind, wird es zur vordringlichen Aufgabe des Staates, für konjunkturelle Stabilität zu sorgen. Damit nimmt er "letztlich private Interessen wahr". 28)

Die dem Monopolkapitalisten konträren Interessen der Arbeiter und vieler Intellektueller werden integriert ("verschleierte Repression") oder offen unterdrückt. In der Regel unterwerfen sich die Abhängigen dem vom Staat vorgegebenen abstrakten "Gemeinwohl" als einer objektiv erscheinenden Notwendigkeit, da sie die "Perspektive über die kapitalistische Gesellschaft hinaus verloren haben", ihr eigenes Interesse nicht einmal mehr kennen. Der unermessliche Reichtum der materiellen Produktion führt zur totalen Herrschaft über den Einzelnen. 29) Abweichende Ansichten werden von dem System integriert und nicht als Positionen einer oppositionellen Haltung mit potentielltem Wahrheitsgehalt diskutiert.

Die für die Überfluggesellschaft "typischen Konsumtionsexzesse - Krieg, sowie die ungeheuren toten Kosten, Rüstung, unnütze Verwaltung und Bürokratie, unausgenutzte Industriekapazitäten, Reklame - bedeuten eine systematische Kapitalvernichtung" und verhindern die materielle Güterausstattung desjenigen Teils der Menschen, der im Elend lebt. 30)

Hier sei auf die populäre, aber dennoch nicht minder eklatante neomarxistische Unterlassungssünde hingewiesen, dass vollzogene sozialistische Revolutionen in ihren theoretisch-historischen Dimensionen als realisierbare Möglichkeiten nie fruchtbar gemacht worden sind, so dass die Realisationschance der Revolution in den gegenwärtigen Verhältnissen der

Bundesrepublik nicht begründeter ist als die zeitlos abstrakte Möglichkeit der Verwirklichung einer Revolution überhaupt. Es wird in der Analyse darüber hinweggegangen, ob der für den Kapitalismus konstitutive Widerspruch in bestehenden sozialistischen Ländern aufgehoben ist und aus welchem - oder keinem - "Grundwiderspruch" die gegenwärtigen Widersprüche dieser Länder resultieren. 31)

Die Frage der entscheidenden Ursache der repressiven Situation wird an der Empirie des erledigten Hauptwiderspruchs durch einen Systemvergleich zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern nicht geprüft. 32) Die Frage, "ob die Auflösung der Widersprüche der kapitalistischen Welt gleichzeitig die Auflösung der wesentlichen Widersprüche der menschlichen Existenz ist", 33) bleibt unbeantwortet.

Die Richtung einer möglichen Antwort weist der SDS-Theoretiker Bernhard Blanke, wenn er erklärt, dass auch eine vom Rechtstitel Volkseigentum abgeleitete Herrschaft kapitalistische, also widerspruchsvolle Herrschaft bleibt, wenn sie in ihrem Wesen "private Verfügung" über die Produktionsbedingungen ist. 34) Wenn jedoch dem Begriff der privaten Verfügung das Konstituens der rechtlichen Legitimation entzogen wird, erweist er sich einer neuen Bestimmung bedürftig. Es muss die Frage geklärt werden, welchen individuell-moralischen oder welchen positiv-allgemeinverbindlichen Normen "private Verfügung" ohnehin rechenschaftspflichtig ist, welchen Schranken in der modernen arbeitsteiligen Industriegesellschaft die private Dispositionsgewalt die Verfügung über Produktionsbedingungen betreffend unterworfen ist. Und umgekehrt: wenn nicht die letztliche Legitimation, sondern der Träger der verfügenden Entscheidungen das Kriterium für privat oder gesellschaftlich ist, so erweist sich jeder "gesellschaftliche" Verfügungsprozess als konkrete Entscheidung von Einzelpersonen, auch wenn sie verschieden legitimiert sind. Wird der Begriff der "gesellschaftlichen Verfügung" von

seinem Legitimationsgrund des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln als Rechtstitel abstrahiert, indem man einen qualitativen "gesellschaftlichen Willen" annimmt, erweist sich dieser als Fiktion von der gleichen Qualität wie die des "Volkswillen", "Gemeinwillen", "Staatswillen", etc. In der gesellschaftlichen Praxis wird die Leerstelle dieser Fiktion von Partikularwillen eingenommen, die sich unkontrollierbar mit dem Volkswillen identifizieren. Ein so verschleierter Entscheidungsprozess ist öffentlicher Kontrolle viel weniger zugänglich als eine offen etikettierte private Verfügungsgewalt. Die Auflösung des sogenannten Hauptwiderspruchs durch Sozialisierung ist in der Tat nur eine formale Lösung ohne die Chance einer emanzipatorischen Ablösung der ebenfalls formalen Herrschaftskontrolle in den "Westlichen Demokratien".

Die erfahrungsneutrale Orientierung an der Möglichkeit des totalen Neubeginns verleitet die revolutionäre Konzeption zu formal-strukturellen Lösungsversuchen. Die Veränderung der Produktionsbedingungen ist konzipiert als institutioneller Akt und nichts schützt ihn davor, durch institutionelles Handeln wieder neutralisiert oder in sein Gegenteil verkehrt zu werden.

Die Lösung des sozioökonomischen "Widerspruchs" ist zusammen mit seiner anthropologisch-psychologischen Komponente des individuellen und sozialen Verhaltens zu sehen. Es ist nicht belegt, dass die Veränderung der materiellen Bedingungen die Veränderung des menschlichen Verhaltens in einer ganz bestimmten Richtung nach sich zieht, dass etwa privates Eigentümerbewusstsein sich in "gesellschaftliches Eigentümerbewusstsein" qua Institutionalisierung des gesellschaftlichen Eigentums und auf das Bewusstsein zielende Propagierung transformieren könnte. 35)

Wenn die Misere der Industriegesellschaft in Ost und West in einer tendenziellen Herrschaftsakkumulation der Apparate gesehen wird, ist die Suche nach den Ursachen tatsächlich

der Kernpunkt aller gesellschaftstheoretischen Reflexion. Solange indessen die einzig wahre Rezeptur in einer einfachen Formel enthalten sein soll, die sich erst in einem utopischen gesellschaftlichen Experiment bewahrheiten kann, verlangt Theorie der Gesellschaft auch als "verhinderte Praxis" die systematische Ergründung der Erfolgchancen durch die Analyse bisheriger, ähnlich gelagerter Experimente, in denen der diagnostizierte Hauptwiderspruch nicht nur rechtlich, sondern auch sozioökonomisch gelöst wurde. Theorie sollte sich ihren eigenen Implikationen stellen, erhält sie doch den Sinn durch ihren Praxisbezug. Das setzt die registrierende und die eigene Veranstaltung modifizierende Wahrnehmung der Praxis voraus, damit eine theoretische systematisierte Empirie der Revolution überkommene Schemata der Theorie der Revolution infrage stellen und korrigieren kann.

Für das Theorie-Praxis-Verständnis der revolutionären Linken - untersucht an dem von ihr konstatierten Hauptwiderspruch der kapitalistischen Industriegesellschaft und dessen vermeintlicher Lösung - ergibt sich, dass der Fundus an Erfahrung zur Modifizierung der Theorie nicht fruchtbar gemacht wird. Aus der Empirie der Revolution werden zwar - wie noch zu zeigen sein wird - laufend Extrakte strategischer Erkenntnisse und Einzelanweisungen versucht, konzeptionellen Anstößen und Verunsicherungen wird jedoch mit vorschnellen Neutralisierungsmassnahmen und pseudotheoretischen Rechtfertigungsversuchen begegnet. Eine dem aktuellen Gesellschaftsprozess gegenüber sterilisierte Theorie des kapitalistischen Grundwiderspruchs und seiner Lösung darf offenbar allein dann von Praxis tangiert werden, wenn diese mit der durchschlagenden Qualität des totalen gesellschaftlichen Experiments auf den Plan tritt.

3. Die sozialstrukturellen Merkmale

Ein Aufsatz in der "Neuen Kritik" aus dem Jahre 1966 weist auf die damals für viele SDS-Mitglieder "ungelöste Schwierigkeit" hin, die gegenwärtige Situation in Terminologie und den Kategorien der marxistischen Kapitalismusanalyse zu begreifen (36) und die politische Praxis des SDS mit dem prinzipiell akzeptierten theoretischen Schema zu vermitteln. In diesem Aufsatz werden der dogmatische Charakter solcher Theorie, deren Ablösung von der Praxis und ihre orthodexe Verabsolutierung besonders deutlich. Beklagt wird die offensichtliche Diskrepanz von Gegenstand und Methode, der Bruch zwischen der gegebenen gesellschaftlichen Situation und dem kategorialen Bezugssystem ihrer Analyse.

Diese Schwierigkeiten und die Möglichkeiten ihrer Beilegung durch eine Vermittlung von Theorie und Praxis werden weniger erkenntnistheoretisch als vielmehr bewusstseinsmässig eruiert. Es ist das strategisch-pragmatische Postulat der "Festigung eines sozialistischen Bewusstseins", das hinter dem scheinanalytischen Programm der "differenzierten Analyse und Aktionen, die den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft vor aller Augen blosslegen", steckt. Das Dogma findet seinen Prüfstein nicht an der praktischen Erfahrung, sondern an deren Aufbereitung im Sinne dieses Dogmas. Auf dem langen Marsch zur Praxis kennt die Theorie kein Zurück, theoretische Analysen der aktuellen Situation und praktische Aktionen selbstgleichen sich durch den Verlust ihrer jeweiligen Kontrollfunktion an, durch ihren Funktionsverlust werden sie gegenseitig austauschbar; "Revisionismus" bleibt weiterhin das Schimpfwort. (37)

In dem oben erwähnten Aufsatz wird als "notwendiges Medium" der politischen Arbeit des SDS eine "klare klassenkämpferische Sprache" verlangt mit der Einschränkung, dass diese Sprache der "Sache angemessen" sein muss, um die Schwierig-

keiten der Vermittlung von marxistischer Theorie und praktischer gesellschaftlicher Situation zu meistern. Diese Einschränkung der revolutionären Terminologie, würde sie inhaltlich begriffen, wäre ein Indiz für das Bemühen; analytische Kategorien jeweils auf ihre Verwendbarkeit am Gegenstand der Untersuchung zu prüfen. In der Terminologie einer klassenkämpferischen Sprache lassen sich jedoch Klassenstruktur und Klassenkampf von aussen nicht mehr analysieren. "Klassenkämpferische Sprache" hat bereits die Position der Unversöhnlichkeit der Gegensätze bezogen, eine gewollte Parteilichkeit, die es ihr per definitionem verbieten müsste, etwa von einer "objektiven" Klassenlage zu sprechen. 38)

Der von Marx konstatierte Klassenantagonismus und die historische Legitimation der Notwendigkeit der Auseinandersetzung bis zur Vernichtung des Gegners, wie Marcuse sie auch für die Gegenwart ableitet, wird vom SDS nicht infrage gestellt. Die Diskussionen kreisen vielmehr um die Zuordnung des Menschenpotentials zur herrschenden oder unterdrückten Klasse. Für Marx bestand dieses Problem noch nicht, er erkannte eine eindeutige Tendenz des Rückgangs der Mittelschichten und durfte feststellen, dass diese sich entweder völlig aufreiben oder total verproletarisieren würden und damit in jedem Fall der Graben zwischen Bourgeoisie und Proletariat bis zur aktuellen Austragung des Klassenkampfes nicht durch schwer einzuordnende neue Schichten überdeckt werden könnte. 39)

Die Autoren der Neuen Linken versuchen, soweit sie nicht am starren Marx'schen Klassenbegriff festhalten, 40) der Klassen- und Schichtenkonstellation der Gegenwart dadurch gerecht zu werden, dass sie wechselseitig eine Vielzahl von Kriterien ins Feld führen, um an der Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze als nicht stillzustellendem Motor der revolutionären Veränderung festhalten zu können. "Verfügungsgewalt über Produktionsmittel" ist dabei nur noch eines der möglichen Unterscheidungskriterien. Hinzu kommt

die Unterscheidung nach sozialen Schichten und Rollen, gesellschaftlicher Nützlichkeit ("Arbeit" im Produktionssektor - "Tätigkeit" im Verteilungssektor), moralische Integrität (aggressiv-friedliebend), Bewusstseinsstruktur (repressiv-emanzipatorisch), historische Legitimität (rückschrittlich-fortschrittlich), Historisch-politische Gattung (Faschisten-Demokraten), Verfügungsgewalt im gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozess (Herrschaftsobjekt - Herrschaftssubjekt), usw.

Die Formulierung des Neomarxisten Ernest Mandel, nach der der Hauptwiderspruch der herrschenden Klasse ist, "dass sie von der Notwendigkeit befreit ist, für den eigenen Unterhalt zu arbeiten", 41) scheint innerhalb der revolutionären Opposition die grösste Resonanz gefunden zu haben. 42) Mandel transformiert den Marxschen Begriff der nicht-qualifizierten gesellschaftlichen Arbeit als Quelle des Mehrwertes, dessen einseitige Aneignung die eine Klasse von der anderen scheidet, in die Gegenwart. Die Organisation des technologischen Produktionsprozesses als auch die Produktivkraft "Wissenschaft" sind danach auch für die Gegenwart keine Quellen des gesellschaftlichen Mehrproduktes, sondern lassen sich in ihrem Wert von der lebendigen Arbeit der "warenproduzierenden Lohnarbeiter" ableiten. Die Marxsche Theorie der Mehrwertbildung erhält ihre Gültigkeit trotz Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses durch die "Verkörperung lebendiger Arbeit in der Maschine selbst, durch die sich die vergangene erhält und die gegenwärtige bestimmt wird". 43)

Aus dieser neuen Formulierung der aus dem Hauptwiderspruch kapitalistischer Produktionsweise resultierenden alten Trennung in die Klasse, die den Mehrwert erzeugt, und die Klasse, die sich den Mehrwert aneignet, lassen sich jedoch keine sozialen Zuordnungskriterien gewinnen. Dies gelingt zwar in der die Gegenposition zum orthodoxen Marxismus Mandels und der traditionell marxistischen Orientierung

der revolutionären Opposition haltenden Klassenanalyse Marcuses, wenn er die Klasse der warenproduzierenden Arbeiter durch eine neue ersetzt und für die gegenwärtige Situation ein neues revolutionäres Subjekt zu definieren versucht. Die Bedingungen der Rekrutierung des neuen revolutionären Potentials entbehren jedoch jeder historischen Realisationschance und verbleiben, wie schon angeführt wurde, 44) im Reich der Utopie.

Marcuse bestimmt die revolutionäre Klasse nicht durch den Begriff des Proletariats. Er konstatiert das "Phänomen der Aufsaugung des revolutionären Potentials im Spätkapitalismus selbst". 45) Die Negation des Bestehenden, bei Marx das durch die kapitalistische Produktionsweise und die bourgeoise Herrschaft im System selbst hervorgerufene Proletariat, kann für Marcuse nur von "aussen" geleistet werden. Dieses "Aussen" bestimmt sich von einem Begriff her, der "jedes bestimmte gesellschaftliche Ganze selbst Teil einer grösseren Totalität sein" lässt, 46) die erst dieses Aussen als Innen erfasst. In dieser umfassenden Totalität besteht eine "qualitative Differenz" zwischen den Gegensätzen des gesellschaftlichen Systems ("Innen") und seiner Negation ("Aussen") und den Gegensätzen innerhalb des Systems wie etwa der Gegensatz von Kapital und Arbeit. "Die qualitative Differenz der neuen Stufe der neuen Gesellschaft wäre dann nicht nur in der Befriedigung der vitalen und geistigen Bedürfnisse ... , sondern vielmehr in der Entstehung und Erfüllung neuer , in der antagonistischen Gesellschaft erstickten Bedürfnisse zu sehen". 47)

Diese neuen Bedürfnisse, die nach qualitativ anderer Befriedigung drängen 48) als herkömmliche Werte oder Ziele gleichen Inhalts, können nur getragen werden von Kräften, die ebenfalls "aussen" stehen, die Ausgebeuteten und die Verfolgten, die Arbeitslosen und die Arbeitsunwilligen, die Geächteten und Aussenseiter, die sich gegen die antagonistische Gesellschaft als Ganzes erheben:

"Die Kraft der Negation, wir wissen es, ist heute in keiner Klasse konzentriert. Sie ist heute eine noch chaotische, anarchische Opposition, politisch und moralisch, rational und instinktiv: die Weigerung mitzumachen und mitzuspielen". 49)

Die subjektive grosse Weigerung eines chaotischen Haufens ist in der Tat etwas qualitativ anderes als die Verfolgung eines formulierten objektiven Klasseninteresses der lohnabhängigen Massen; der Kampf gegen das System ist nicht mehr Klassenkampf. Die Aussenseiter der Gesellschaft sind nicht mehr identisch mit den Ausgebeuteten, es ist primär eine Frage der subjektiven Sensibilität und Einsicht und nicht der objektiven Stellung im Produktionsprozess, die die Macht eines künftigen revolutionären Potentials ausmachen kann. 50)

Der aus einem "vitalen Bedürfnis nach Freiheit" gezielte Sprung von der Quantität in die Qualität einer freien Gesellschaft erfordert nach Marcuse eine neue Anthropologie "nicht nur als Theorie, sondern auch als Existenzweise" 51) und nicht eine lediglich psychische Bewusstseinsveränderung des resistenten Lohnabhängigen durch Aufklärung mittels permanenten Aufzeigens der "Klassengegensätze". Das vitale Bedürfnis nach Frieden und Freiheit kann nur freigesetzt werden durch eine neue Moral, der durch den Bruch mit der alten der Sprung in die qualitative Differenz gelingt, wobei "Bruch" nicht identisch ist mit dem Sieg des Proletariats im sozialen Existenzkampf, wie es im orthodoxen Klassenschema noch gefordert wird.

In der Diskussion um den aus dem Reservoir des revolutionären Potentials und seiner Organisation resultierenden Klassenbegriff spaltete sich der SDS in die vielberedeten Flügel der traditionellen Marxisten und Antiautoritären auf dessen 22.o. Delegiertenkonferenz. 52) Die "Spaltung" der inzwischen formell aufgelösten theoretischen Avantgarde der revolutionären Opposition lässt sich in ihrer Linie

schon zu einer Zeit nachzeichnen, in der vom SDS der ernsthafte Vorstoss unternommen wurde, spontane Protestaktionen in eine theoretisch gewollte und rationalisierte Praxis zu steuern. Die Theorie-Praxis-Problematik wurde beherrschend in dem diese intensivierende Reflexion einleitenden programmatischen Aufsatz von Reimut Reiche und Peter Gäng "Vom antikapitalistischen Protest zur sozialistischen Politik" in der Aprilausgabe 1967 der "Neuen Kritik". Zudem wurde diese neue Schwerpunktsetzung noch durch einen Hinweis im "Editorial" der gleichen Ausgabe dokumentiert, in dem es heisst, dass die Zeitschrift als "Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik" weitergeführt werden soll. 53)

Die genannten Autoren gehen davon aus, dass die "abhängigen Klassen" gegenwärtig nicht die revolutionäre Kraft hervorbringen, die den Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse bewirken könnte. Dadurch ist der "Klassenkampf in der Bundesrepublik verdeckt und seine Notwendigkeit für die Beteiligten nicht einsehbar. "Wenn man nicht resigniert 'traditionell' oder hoffnungsvoll 'chinesisch' warten will", gilt es, neue "Arbeitsformen" zu finden, die von der aktuellen Situation ausgehen, und die Opposition so zu organisieren, "dass sie für Ostermarschierer und linke Jugendliche, für linke Gewerkschaftler und SPD-Genossen, für sozialistische Studenten und Schüler gleichermaßen attraktiv ist". 54)

Dieser Ansatz gibt Aufschluss über die Gründe der prinzipiellen Spaltung der revolutionären Oppositionsbewegung in zwei Lager. Die marxistische Klassenanalyse wird einmal "traditionell", d.h. unmodifiziert übernommen, die "abhängigen Klassen" bleiben im Kontext der abstrakten Theorie eindeutig identifiziert mit dem Proletariat, d.h. mit der organisierten Arbeiterschaft unter gewerkschaftlicher Führung, verlieren jedoch unvermittelt ihre Identifikation mit den ausgebeuteten Warenproduzenten, wenn von den "aktuellen Tendenzen" in der Protestbewegung ausgegangen wird,

und stellen sich dann dar in allen Gruppen, die sich anbieten und aus denen sich "antiautoritäres" Potential gewinnen lässt, ungeachtet ihrer Stellung im Produktionsprozess.

Der theoretische Begründungszusammenhang wird von der Praxis nicht infragegestellt, sondern schlicht ausserkraft gesetzt. Weil es sich "lohnt", ist das revolutionäre Subjekt das Konglomerat aller oppositionellen Kräfte, seien sie sozioökonomisch, moralisch oder entwicklungspsychologisch bedingt. 55) In ihrer Organisierung erhalten sie wieder das Klassenbewusstsein und die Stossrichtung "antikapitalistischer Aktionen innerhalb eines sozialistischen Konzepts". 56) Die analytische Einsicht in die aktuelle Situation wird hier durch die normative Zielvorstellung von der Klassenlage und der Unversöhnlichkeit des Klassenkampfes verfälscht. Die Differenz zwischen den historisch fragwürdig gewordenen Elementen marxistischer Theorie und den Bedingungen gesellschaftlicher Praxis in der konkreten Situation der Bundesrepublik wird nicht ausgetragen und damit theoretisch nicht bewältigt. Die Lösung, deren Ort vorrangig im Bereich der allgemeinen Theorie zu suchen wäre, wird in die Bereiche der Strategie verlagert oder als Organisationsfrage behandelt. Die theoretische Analyse wird ersetzt durch das strategische Postulat, Systemopposition in der Bundesrepublik als Klassenopposition zu begründen und zu betreiben, wobei der Protest durch die pauschale Charakterisierung als "antikapitalistisch" von vornherein diesem Unterfangen gefügiger gemacht werden soll. 57)

Die strategische Notwendigkeit, Konflikte auf ihre gewaltsame Lösung hin-drängend zuzuspitzen, findet in der Lehre vom Klassenantagonismus ihr brauchbarstes Werkzeug. Klassenkampf bedeutet radikale Lösung gesellschaftlicher Konflikte durch Vernichtung des Gegners, die absoluten Neuanfang erst möglich macht. Klassenkampf erfordert "systematisches" und bewusstes Freund-Feind-Denken auf beiden Seiten.

Während innerhalb der radikalen Linken die Diskussionen permanent um Zusammensetzung und Aktualisierung des revolutionären Potentials kreisen, wird für die Gegenseite ein einheitliches kämpferisches Klassenbewusstsein ungeprüft vorausgesetzt. Die Aktionen der herrschenden Klasse werden als "systematisch", "perfektioniert" oder "total" charakterisiert. Danach legitimiert diese Klasse fortschreitende Repression ihrerseits durch den Aufbau eines äußeren Feindes, hinter dessen Bekämpfung innergesellschaftliche Konflikte zurücktreten müssen. Notstandsgesetze, Stabilitätsgesetze und politisches Strafrecht in der Bundesrepublik werden von der Linken nicht als Zeichen einer wie sinnlos auch immer begründeten Konzeption von "wehrhafter Demokratie" oder als Ausdruck eines internalisierten überkommenen Ordnungsbegriffs konzeptions- und theorieloser Mittelstandspolitik erkannt, sondern "deuten darauf hin, dass sich die Herrschenden vorbeugend auf die 'Verschärfung des Klassenkampfes' vorbereiten". 58)

Das entschiedene Klassenbewusstsein, das den Beherrschten fehlt und dessen Vermittlung eines der Hauptprobleme sozialistischer Politik darstellt, damit endlich mit einem klar umrissenen Klassenbegriff das antiautoritäre Lager verlassen und Marx wieder eingeholt werden kann, wird bedenkenlos den Herrschenden zuerkannt. Klassenkampf kann nur dann überzeugend geführt werden, wenn der Feind die ihm angetragenen einleitenden Scharmützel und den in Aussicht gestellten Endkampf nicht ignoriert. Klassenkampf kann moralisch nur dann überzeugen, wenn der Gegner sich bewusst als Aggressor offenbart, damit das nunmehr manifeste Feindverhältnis auf sein Konto geht. Dem Klassenfeind wird dabei nicht einmal die Unschuld des falschen Bewusstseins zugebilligt, die gegenwärtig die lohnabhängigen Massen noch für sich beanspruchen können.

Die Qualität des revolutionären Potentials als Klasse ist auch der Hauptangelpunkt der Auseinandersetzungen

zwischen Habermas und der Neuen Linken. Die Diskussion spiegelt den bisher nicht überholten Stand der Problembewältigung wider und soll deshalb in ihren Grundzügen kurz referiert werden:

Für Habermas zeichnen sich die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft in der Entpolitisierung der Öffentlichkeit durch die Eliminierung der "praktischen Gehalte" der Politik ab, die durch "administrativ lösbare technische Aufgaben" ersetzt werden, 59) und in der "Verwissenschaftlichung der Technik". 60) Diese Tendenzen bewirken, dass die marxistische Schlüsselkategorie des Klassenkampfes nicht mehr "umstandslos" angewendet werden kann. Die Technik der Konfliktregelung der spätkapitalistischen Gesellschaft stellt den Klassenkonflikt still, lässt ihn latent bleiben. Die Widersprüche, an denen sich Konflikte entzünden, liegen an der "Peripherie des staatlichen Aktionsbereiches" und können sich überhaupt nur aktualisieren, solange sie vom Herrschaftsapparat nicht ernst genug genommen werden, da sie nicht den "latent gehaltenen Zentralkonflikt" berühren. 61) Diese Latenz der Klassengegensätze bedeutet jedoch nicht ihre Aufhebung. Nach wie vor sind die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft Ergebnis des privatwirtschaftlichen Kapitalverwertungsprozesses, auch wenn sie sich nicht als Klassenantagonismus offenbaren. 62) In seinen "Frankfurter Thesen" fasst Habermas diese Ableitung in den Vorwurf an die Linke zusammen, dass sie von der Überzeugung ausgeht, dass der Gegensatz sozioökonomischer Klassen - von dem betont wird, dass er nach wie vor besteht - "auch heute noch zu einem politischen Konflikt entfacht werden könne". 63)

Habermas bewegt sich jedoch hier auf der strategischen Ebene der Argumentation und trifft, da die Frage der Aktualisierung des revolutionären Potentials innerhalb der revolutionären Opposition heftig umstritten ist, ohnehin nur eine Richtung der Linken, und zwar die bis dahin noch

minoritäre der traditionellen Marxisten. Eine theoretisch-analytische Ableitung versucht Habermas in seiner Revision der Marx'schen Wert- und Arbeitswerttheorie. Habermas wehrt sich gegen die "Reduktion des Selbsterzeugungsaktes auf Arbeit" (64) und verlangt die "Erweiterung des gesellschaftlichen Bezugssystems auf Arbeit und Interaktion, (65) weil durch den technologisch-wissenschaftlichen Fortschritt Mehrwert zunehmend ausserhalb der unmittelbaren klassischen Produktionssphäre gewonnen wird. Damit sind die Anwendungsbedingungen für die Marx'sche Arbeitswerttheorie entfallen:

"Es ist nicht länger sinnvoll, die Kapitalbeträge für Investitionen in Forschung und Entwicklung auf der Grundlage des Wertes der unqualifizierten (einfachen) Arbeitskraft zu berechnen, wenn der wissenschaftlich-technische Fortschritt zu einer unabhängigen Mehrwertquelle geworden ist, gegenüber der die von Marx allein in Betracht gezogenen Quelle des Mehrwerts: die Arbeitskraft der unmittelbaren Produzenten, immer weniger ins Gewicht fällt". (66)

Dadurch, dass sich die durch kapitalistische Verhältnisse depravierten und privilegierten Gruppen nicht mehr als sozioökonomische Klassen begreifen lassen, wird ihr fundamentales Verhältnis zueinander mediatisiert, wie Habermas behauptet, als "Klassengegensatz zwischen Partnern, die in einem institutionalisierten Verhältnis der Gewalt, der ökonomischen Ausbeutung und politischen Unterdrückung stehen". (67)

Habermas wird mit Recht entgegengehalten, dass er gegen die revolutionäre Opposition Argumente anführt, die diese schon selbst entwickelt hat, wie etwa die These der "Antiautoritären", "dass die Klassenstruktur keinen Hebel zur Revolutionierung mehr bilde". (68)

Auch diese Auseinandersetzung innerhalb der Linken und Linksliberalen krankt daran, dass strategische Ableitungen mit einem theoretisch-analytischen Erkenntnisprozess verwechselt werden, wobei der Stratege den Theoretiker je

nach Bedarf mehr oder weniger zurecht biegt. Eine so gewonnene "Praxisnähe" erscheint aber kaum geeignet, die Praxisrelevanz der Theorie sicherzustellen. Im unmittelbaren Anschluss an die praktische Situation - hier etwa die Einwirkung von Aktionen auf das Bewusstsein von Beteiligten, Betroffenen und Publikum - wird eine Strategie entwickelt, die die Theorie modifizieren müsste. Weil sie das noch weniger darf als kann, umgibt sie sich mit einem Kranz scheintheoretischer apodiktischer Behauptungen über "Tendenzen", allgemeine Lagen", usw., der wiederum eine möglichst objektive Bedingungsanalyse verhindert. Strategie wird so laufend für die unlösbare Aufgabe strapaziert, gegensätzliche Aussagen aus Theorie und Praxis zu vereinen anstatt sie blosszulegen.

4. Die Herrschaftstechnik

In einer Resolution der 22. o. Delegiertenkonferenz des SDS wird der "Grundwiderspruch" der spätbürgerlichen Gesellschaft in "neuen Formen" eingesehen. 6.) Die Verhinderung geschichtlicher Möglichkeiten der Emanzipation stellt sich demnach heute dar als "systematische" Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums in "Rüstung, Werbung, Arbeitslosigkeit, ungenutzten Kapazitäten, Fehlinvestitionen und dem grössten Konsumtionsexzess: Krieg". 70) Manipulativ werde der gesellschaftliche Grundwiderspruch verschleiert durch das "System neuer, institutioneller, ideologischer und technischer Steuerungsmittel", mit dem der Mensch der spatkapitalistischen Produktionsweise unterworfen wird:

"Das eindimensionale, weil der kapitalistischen Rationalität gehorchende System der politischen Institutionen ist subtiler geworden; aber die allgemeine Erschütterung des imperialistischen Weltsystems und die besondere ökonomisch-politische Krise in der BRD fördern zunehmend den Umschlag repressiver Manipulation in offene Unterdrückung dort, wo sich immer mehr Menschen der Kontrolle der Herrschenden zu entziehen beginnen". 71)

Dieses hier in einem kurzen Ausschnitt wiedergegebene Statement des SDS hat repräsentativen Charakter. Es enthält nicht nur das obligatorische Votum für die Aufhebung der Manipulation und Demonkrtisierung der Öffentlichkeit, sondern zugleich die geraffte Charakterisierung des spätbürgerlichen Kapitalverwertungsprozesses als eines durch manipulative Disziplinierung und Herrschaftssicherung gewährleisteten Vergeudungskapitalismus. Und es enthält schliesslich die lapidare Feststellung, dass innere und äussere Krisen des kapitalistischen Systems tendenziell gegen seinen Bestand gerichtet sind, dass die "allgemeine Erschütterung des imperialistischen Weltsystems und die besondere ökonomisch-politische Krise in der BRD" systemgefährdend sind und zu versteckter Unterdrückung durch dieses System

führen, dass ferner verschleierte Unterdrückung umschlägt in die bornierte ultima ratio der offenen Unterdrückung, die dabei den wahren Charakter des Systems offenbart und damit die Befreiung des unterdrückten Bewusstseins als Voraussetzung der allseitigen Befreiung vom kapitalistischen Herrschaftssystem einleitet. Die Kampagne zur "Entlarvung und Zerschlagung des Springer-Konzerns" sollte Startschuss und Kristallisationspunkt sein für den "beginnenden Kampf der Studenten und anderer antiautoritärer und antikapitalistischer Minderheiten für eine Demokratisierung der Gesellschaft". 72) Diese wiederum mehr aus pragmatisch-strategischen Überlegungen vordergründig gewonnene "Theorie der Herrschaftsverhältnisse und ihrer Veränderung" wurde inzwischen abgelöst durch die Diskussion um Marcuses Technokratiethese und ihre Modifikationen durch Habermas und andere Theoretiker.

Für Marcuse produziert der gegenwärtige Stand des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der spätkapitalistischen Industriegesellschaft im Vergleich zu den traditionellen Stufen der "industriellen Revolution" grundlegend neue Strukturelemente der sozialen Lebenswelt. Die ursprünglich formale Rationalität (Max Weber) des technologischen Produktionsprozesses hat sich inhaltlich ideologisiert. Sie kann nicht mehr als neutrales Instrumentarium immanenter Rationalität den verschiedenen Zwecken gleicherweise zur Verfügung gestellt werden, sondern ist zum parteilichen Zweck der Herrschaftssicherung und damit zur Herrschaftsinstanz geworden. 33) Technologische Rationalität als Richtschnur zweckrationalen Handels bei gegebenen Zielen im gesamtgesellschaftlichen System wird zur politischen Rationalität, ohne dass die Reflexion dieses "gesamtgesellschaftlichen Zusammenhanges" in diesen "Typ des Handels eingeht". 74) So steht auch wissenschaftliche Erkenntnis unter diesem "technologischen Apriori", 75) denn es ist unmöglich, sie gegen den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu isolieren:

"Als ein technologisches Universum ist die fortgeschrittene Industriegesellschaft ein politisches Universum - die späteste Stufe der Verwirklichung eines spezifischen geschichtlichen Entwurfs, - nämlich die Erfahrung, Umgestaltung und Organisation der Natur als des blossen Stoffes von Herrschaft". 76)

Wissenschaftliche Rationalität ist apriori technologische Ideologie durch ihre instrumentalistische Methodik, mit der sie den Stoff operationalisiert und sich den praktischen Interessen der sozialen Lebenswelt gegenüber indifferent verhält. 77) Die systematische Rationalisierung aller Lebensbereiche in Politik, Ökonomie und Kultur schafft eine Eigendynamik der Herrschaftsverhältnisse in einem Herrschaftsapparat, der Herrschaft selbst zum Zweck setzt und nicht mehr bestimmten Interessen allein instrumentell dienstbar gemacht werden kann. Die formale Struktur des "Apparates" wird ersetzt durch dessen inhaltliches Interesse an Herrschaftssicherung: "Der Apparat diktiert Arbeitszeit und Freizeit, der materiellen und geistigen Kultur die ökonomischen und politischen Erfordernisse seiner Verteidigung und Expansion". 78)

Das von Marcuse herausgestellte "Eigeninteresse" des Apparates an Stabilisierung und Expansion seiner Herrschaft macht deutlich, dass er die Ursachen der gegenwärtigen Repression nicht allein ökonomisch bestimmt sieht, sondern auch die psychologische und anthropologische Dimension der Argumentation eröffnet hat und vor allem Chancen der Veränderung auf diesen Feldern sieht.

Es wurde schon darauf hingewiesen, dass Marcuse die Frontlinien des Konflikts nicht mehr sozialstrukturell lokalisiert. Sie zeigen nicht mehr den aus den Produktionsbedingungen resultierenden Klassenantagonismus an, sondern verlaufen zwischen repressiver Rationalität des Apparates und objektiven menschlichen Bedürfnissen, die auf der automatisierten, unbegrenzte Prosperität erzeugenden Stufe

des Spätkapitalismus aus der Negation des Bestehenden heraus neu formuliert werden.

In der anthropologisch-psychologischen Dimension seines Ansatzes glaubt Marcuse auch an die befreiende Kraft in der Konstituierung einer neuen Wissenschaft, die nicht mehr Naturbeherrschung mit einer Herrschaft über den Menschen verbindet und in Theorie und Methodologie einen neuen Rahmen entwirft. Die durch den bereits erreichten Industrialisierungsgrad historisch überwindbare repressive Technologie und Wissenschaft soll durch herrschafts- und ideologiefreie Forschung und Anwendung wissenschaftlicher Methoden und Ergebnisse ersetzt werden.

Habermas hat Marcuse hier entschieden widersprochen:

"Wenn man sich vergegenwärtigt, dass die technische Entwicklung einer Logik folgt, die der Struktur zweckrationalen und am Erfolg kontrollierten Handelns, und das heisst doch: der Struktur der A r b e i t entspricht, dann ist nicht zu sehen, wie wir je, solange die Organisation der menschlichen Natur sich nicht ändert, solange wir mithin unser Leben durch gesellschaftliche Arbeit und mit Hilfe von Arbeit substituierenden Mitteln erhalten müssen, auf Technik, und zwar auf u n s e r e Technik zugunsten einer qualitativ anderen sollten verzichten können. ...

So wenig die Idee einer Neuen Technik trägt, sowenig lässt sich die einer Neuen Wissenschaft konsequent denken, wenn anders Wissenschaft in unserem Zusammenhang die moderne, auf die Einstellung möglicher technischer Verfügbarkeit verpflichtete Wissenschaft heissen soll: auch für ihre Funktion, wie für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt überhaupt, gibt es kein Substitut, das 'humaner' wäre". 79)

In dem Verständnis Marcuses von Wissenschaft und Technik der Gegenwart als eines "historisch überholbaren 'Entwurfs'" sieht Habermas eine "Rückwendung zum Existenzialismus". Habermas wendet sich gegen die Totalität des nicht aufzubrechenden repressiven Teufelskreises in Marcuses Konzeption:

"Das existenzialistische Moment, das in Marcuses Theorie lebendig geblieben ist, macht es möglich, jener resignativen Enthaltensamkeit gegenüber Praxis zu entgehen, die aus der Analyse zunächst sich anzubieten scheint". 80)

Diese resignative Konsequenz der Konzeption Marcuses

wurde auch von den ihn rezipierenden Theoretikern der Neuen Linken und vor allem von den Vertretern der studentischen Opposition mit ihren praktischen Erfahrungen direkter Aktionen als Versuchen, das repressive Bewusstsein an den "Nahtstellen" aufzubrechen, nicht akzeptiert. Der linke Theoretiker Claus Offe kritisiert, dass Marcuse darauf verzichtet, die Möglichkeiten emanzipatorischer Veränderungen des Systems "aus der Dynamik konkreter, sozial interpretierter Interessen zu rekonstruieren". 81)

In seinem Aufsatz "Technik und Eindimensionalität. Eine Version der Technokratiethese" gibt Offe "Antwort auf Herbert Marcuse", indem er den Nachweis einer "beunruhigenden Verwandtschaft" des Modells der Eindimensionalität zu den Technokratiethesen von Autoren wie Hans Freyer, Helmut Schelsky und Arnold Gehlen unternimmt. Inwieweit die vor allem in der Terminologie herausgestellte Deckungsgleichheit einiger Gedankengänge auf Marcuses Theorie diskriminierend wirken, sei dahingestellt. Wesentlich ist hier die von Offe allen Autoren gleichermaßen unterlegte Verflüchtigung der geschichtlichen Dimension in der Annahme eines endzeitlichen Zustandes, die eine Diskussion von aus dem Kontinuum der Geschichte gewonnenen Alternativen versagt. Offe konstatiert das Dilemma der Eindimensionalität der hochindustrialisierten Gesellschaft, in der durch die strukturelle Geschlossenheit der technologischen Rationalität die Manifestation des Bedürfnisses nach Veränderung permanent verhindert wird: "entweder das Argument der umfassenden Manipulation einschränken und strukturelle Lücken im System repressiver Rationalität konzedieren zu müssen, oder auf die Erklärung für ihre eigene Denkmöglichkeit zu verzichten". 82)

Das Denken Kritischer Theorie kann aus der einen Dimension nicht abgeleitet werden, weil der Ursprung seines Interesses rätselhaft bleibt. "Die hauchfeine Grenze, die die repressive von der Befreiung verheissenden Wirklichkeit trennt, bleibt unüberschreitbar, weil sich keine soziale Kraft ausmachen lässt, die diese Grenze destruieren könn-

te". 83) Andererseits bedürfte es nur eines geringen Anstosses, diese Grenze zu überwinden.

Die Ursache dieses Dilemmas sieht Offe darin, dass Marcuse "darauf verzichtet, ein für die Stabilität des industriellen Systems konstitutives Interesse anzunehmen, dass erst durch ein praktisch herausgearbeitetes Gegen-Interesse bekämpft werden muss". Nur der Rekurs auf den "tragenden Interessenantagonismus" würde für Marcuse die Analyse der "heutigen Form des Klassenkampfes" freisetzen, die dann die das System transzendierenden Kräfte zu bezeichnen vermag. 84)

Da Offe in diesem Aufsatz auch nicht andeutungsweise den Versuch unternimmt, den der "heutigen Form des Klassenkampfes" zugrunde liegenden Interessenantagonismus aufzuzeigen, reicht sein theoretischer Zugriff hier bis zu eben jenem Punkt analytischer Klarheit über die Bedingungen der spätindustriellen Gesellschaft, den auch Marcuse erreicht hat. Offe tadelt imgrunde die Kompromisslosigkeit des kritischen Theoretikers, der sich daran begibt, die theoretischen Ergebnisse seiner Analyse in strategische - wenn auch utopistische - Leitsätze zu formulieren. Dass diese Bedingungen eher Versagungen auferlegen als revolutionäre Hoc'hstimmung produzieren, offenbart keinen Bruch, sondern die Konsequenz der Haltung Marcuses. Ein utopisches Konzept, das nicht nur die Möglichkeiten, sondern auch die Realitäten seiner Verwirklichung mit aufzeigt, ist nur folgerichtig. Das abschliessende Apodiktum Offes ist ein Beispiel für die hilflose Dogmatik der Lehre vom Klassenkampf in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts:

"Gewiss ist die heutige Geschichte nicht die Geschichte des traditionellen Klassenkampfes; aber die heutige Form des Klassenkampfes, dessen Analyse deshalb nicht zugunsten anthropologischer Kategorien abdanken darf, bleibt die Bedingung von Geschichte". 85)

An anderer Stelle 86) hat Offe die Interessenlage in der spätkapitalistischen Gesellschaft und die Linie des "Konflikts" - und nicht mehr des "Klassenkampfes" - analysiert

und gerät durch die Revision seines Klassenbegriffs ebenfalls in die Resignation praktischer revolutionärer Politik, da er die strategischen Konsequenzen nicht benennen kann. Offe führt an, dass in der spätbürgerlichen Phase das "'vertikale' System der Ungleichheit der Klassenlagen" abgelöst wurde durch ein "'horizontales' System der Disparität von Lebensbereichen", wobei dieses neue System der Disparität nur noch u.a. auf ökonomisch verursachte Ungleichheit zurückgeht. Unmittelbar ökonomisch definierte Verhältnisse der frühkapitalistischen Phase schaffen gegenwärtig kein Konfliktpotential, sie sind "konserviert" und überlappen die Linien der Konfrontation der je nach funktionaler Notwendigkeit für die Stabilitätssicherung des Gesamtsystems verschieden privilegierten Bedürfnis- und Problembereiche von identischen Individuen. "Der Bruch, der in den frühen Phasen der kapitalistischen Entwicklung zwischen den grossen Positionsgruppen verlief, verlagert sich z.T. gleichsam in die Individuen-hinein". 87) Durch die Diffusion der Grenzen dieses Bruches können keine Konflikte mehr aktualisiert werden. Offe vermeidet es auch, in diesem Zusammenhang von "Antagonismen" zu sprechen. d.h. von entgegengesetzten Kräften, die ihren Ausgleich nur durch kämpfhafte Auseinandersetzung mit dem Sieg auf der einen und der Niederlage auf der anderen Seite vollziehen können.

Vielversprechend ist dieser neue Ansatz von Offe in der Analyse der Herrschaftsverhältnisse, indem er das "intentionale Schema des interessierten Gebrauchs von Machtmitteln" von kollektiven oder einzelnen gesellschaftlichen Positionen her verwirft und eine "funktionale Erklärung der Privilegierung und Aktionssteuerung" im System versucht. 88) Damit ist nicht mehr das "strukturell privilegierte Interesse einer herrschenden Klasse" Bezugspunkt der Gesellschaftsanalyse, sondern die Bewältigung von "drei fundamentalen Systemproblemen", die sich als "Überlebensfrage" des Systems stellen: Sicherung der ökonomischen Stabilität (1), des aussenpolitischen und aussenwirt-

schaftlichen Gleichgewichts (2) und der "Massenloyalität" (3). 89) Der unterschiedliche Nutzen der einzelnen Lebensbereiche (Bildung, Gesundheit, Verkehr, Landwirtschaft, Militär, usw.) für die Belange der Systemstabilisierung setzt die Prioritäten in der Privilegierung und Versagung von staatlichen Leistungen im politischen Entscheidungsprozess. Je weniger eine "Situationsgruppe" die Möglichkeit hat, ihre Forderung durch Leistungsverweigerung zu sanktionieren, desto mehr rückt sie an die Peripherie des staatlichen Aktionsraums. 90)

Offe trifft hier Marcuses verselbständigtes Interesse des Apparates in spätindustriellen Gesellschaften. 91) An die Stelle des von Marcuse diagnostizierten totalen Herrschaftsinteresses des Systems treten angeblich benennbare menschliche Individuen, seien sie in Klassen, Schichten oder Situationsgruppen eingeteilt. Die unterschiedliche Bewilligung oder Verweigerung individueller Ansprüche strukturiert sie lediglich nach Prioritäten ihrer Brauchbarkeit für dieses Interesse des "staatlichen" Apparates, alle teilen dabei gleichermassen das Schicksal funktionaler Abhängigkeit eines von ihnen nicht mehr willentlich und bewusst gesteuerten Herrschaftspotentials.

Dies ist die "Eindimensionalität" Herbert Marcuses, der selbst den Ausweg in der Aufhebung der seelenlosen Anonymität des Apparates und in der Rückführung der verselbständigten Interessen in die praktischen Interessen der neuen individuellen Bedürfnisse sieht. Wenn Offe vom "intentionalen Schema" des methodologischen Erklärungsversuches abgeht, dann deshalb, weil er Intentionen des Herrschaftsapparates nicht mehr annimmt, sondern das reine Funktionieren eines durch menschliches Interesse (an Einführung und Sicherung kapitalistischer Reproduktion und Regelung des Tauschverkehrs) einmal in Gang gesetzten Prozesses, dessen Eigendynamik heute auf objektivierbare und artikulierbare Interessen eines Teils oder der ganzen

Menschheit nicht mehr zurückgeführt werden kann. Indem Offe es vermeidet, dem Herrschaftsinteresse eine bestimmte soziale Rolle zuzuweisen, überwindet er zwar den traditionellen Klassenbegriff, jedoch nicht die von ihm hinterlassene Leerstelle.

Marcuse hat folgerichtig die politische Dimension der Psychoanalyse zu entfalten und den "neuen Menschen", der allein die totale Herrschaftsformation durchbrechen kann, in der Kategorie des ganz "Anderen" zu umschreiben versucht und Möglichkeiten einer Veränderung in der Denkmöglichkeit und bereits praktizierten Elementen dieser Kategorie lokalisiert. Konkrete Chancen für eine realisierbare Änderung des Systems wurden damit nicht gewonnen, doch die Logik der Konzeption gerettet und ein praktisches Interesse des Theoretikers zum Ausdruck gebracht. Für Marcuse hat die Perfektion dieses Systems sogar institutionalisierte Kontrollinstrumente wie die Volksvertretungskörperschaften 92) in den Dienst anonymer Herrschaft gestellt. Totale Herrschaft hat auch den letzten Lebensbereich durchdrungen, das Interesse an Herrschaft sich jedoch zur Anonymität verflüchtigt. An dem Doppelcharakter der Allgegenwärtigkeit und Unergründbarkeit der Herrschaft droht jeder analytische Zugriff zu scheitern.

5. Politische Institutionen

Im Rahmen dieser Arbeit bildet die Konkretisierung der gesellschaftlichen Herrschaft in den Funktionen der ihr dienstbar gemachten Institutionen den Abschluss der theoretisch-konzeptionellen und den Ansatz der strategischen und organisatorischen Argumentation. Dort, wo die politische Theorie der Gesellschaft in die Strategie ihrer Veränderung mündet, verwischen sich theoretisches Erkenntnisinteresse und praktisches Interesse am politischen Handeln, ohne dass sie dabei jedoch ihre Identität herstellten.

Einen wichtigen Hinweis für den unterschiedlichen konzeptionellen Stellenwert der Institutionen in etablierter und revolutionärer Demokratietheorie gibt Johannes Agnoli, wenn er behauptet, dass "die westliche Gesellschaft ihren demokratischen Charakter - und das heisst: die Grundlage der geschichtlichen Rechtfertigung des Kapitalismus gegenüber allen Revolutionsbestrebungen - an den Normen und Organen des sie organisierenden Staates nachweist und nicht am Prozess ihrer Produktionsweise". 93) Ist die Produktionsweise einziger Legitimationsgrund für die Institutionen des gesellschaftlichen und politischen Systems, interessieren an dem durch sie kanalisierten Willensbildungs- und Entscheidungsprozess nicht mehr sekundäre freiheitliche oder restriktive Organisationselemente. Kapitalistische Produktionsbedingungen können danach nur repressive Einrichtungen schaffen mit der dominierenden Funktion der Herrschaftssicherung. Diese Funktion muss durch scheindemokratische Legitimation verschleiert werden. In der Unmündigkeit der in diesen Institutionen handelnden und behandelten Massen sehen die Herrschenden den wesentlichen Garanten ihrer Herrschaft. Unmündigkeit oder Unfähigkeit, das Bestehende infrage zu stellen oder Neues zu entwerfen, finden ihren Nährboden in dem vorherrschenden Bewusstsein von der prinzipiellen Harmonie der gesellschaftlichen Kräfte. Erst antagonistische Einstellungen oder Verhaltensweisen vermögen das

Bewusstsein zu wecken und die Aufklärung voranzutreiben. So erweist sich für Agnoli die Perspektive bürgerlicher Politik als "Programm und Technik des sozialen Friedens" im Innern: 94)

"Der soziale Friede greift die oligarchische Ordnung der Gesellschaft ebenso wenig an, wie die Praxis der human relations die Befehlsgewalt in der Produktion antastet". 95)

Auch zur Beschreibung der einzelnen Institutionen der westlichen repräsentativen Demokratie aus linker Sicht bietet sich die dezidierte Analyse Agnolis an:

Die im traditionellen Anspruch und Selbstverständnis alleinigen demokratisch legitimierten Vermittler zwischen politischer Willensbildung der Masse und politischer Entscheidungsfällung ihrer gewählten Repräsentanten sind die P a r t e i e n . Der Funktionswandel der Parteien ist viel beschrieben worden. "Die Parteien trennen sich von der eigenen, aktuellen oder potentiellen gesellschaftlichen Basis und werden zu staatspolitischen Vereinigungen", schreibt Agnoli. 96) Das bedeutet vor allem, dass das gemeinsame Interesse der Parteifunktionäre und Parteigänger an der Aufrechterhaltung von Herrschaft das partikulare Interesse widerstreitender Machtgruppen weit überwiegt:

"Da der Antagonismus staatlich-politisch von den Parteien nicht mehr vertreten wird, findet die Reproduktion nur des einen Pols der Gesellschaft statt, dessen Macht antagonistisch sonst in Frage gestellt wäre. Die Trennung von der gesellschaftlichen Basis trifft nicht alle Gruppen gleich, da von der Reproduktion auf der Ebene der Staatsgewalt nur die Gruppen und Klassen ausgeschlossen bleiben, die die Verhältnisse ändern wollen - potentiell der Abhängigen. Sie finden bei Grundsatzentscheidungen kein politisches Sprachrohr". 97)

Mit den Parteien hat auch das P a r l a m e n t seine ursprüngliche Funktion der Herrschaftskontrolle der Regierung verloren. Das Parlament ist "zu einer Plattform geworden, auf der Parteisprecher zusammenkommen, um vorent-

schiedene Abstimmungen zu protokollieren und autoritative Erklärungen an ihre Wähler abzugeben", heisst es in einem "Entwurf zu einer programmatischen Erklärung des SDS". 98)

Für Agnoli zeigt sich diese "Transformation" des westlichen Regierungssystems in der "Reduktion des Antagonismus (auf der Produktionsebene) auf den Pluralismus (der Distributionssphäre)". Für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens als Garanten der Herrschaftssicherung ist es notwendig, dass der fundamentale sozioökonomisch bedingte Pluralismus der Klasseninteressen überdeckt wird durch einen diese Polarität verwischenden Interessenpluralismus der an den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen partizipierenden Konsumenten. 99) Einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung dieser Aufgabe leistet das repräsentative Prinzip, mittels dessen die Erfinder des westlichen parlamentarischen Systems "mit voller Absicht die Massen unterdrücken" : 100)

"Das Repräsentationsprinzip - der Kern des Parlamentarismus - wurde als Verfassungsnorm erdacht, gewollt und verwirklicht mit einer genauen repressiven Aufgabe, die schon von Anfang an einen Befriedungscharakter trug. Es galt, friedlich aber wirklich die Mehrheit der Bevölkerung von den Machtzentren des Staates fernzuhalten". 101)

Die parlamentarische O p p o s i t i o n hat durch ihre Führungsgruppe teil am politischen Entscheidungsprozess und ist nicht mehr interessiert, echte Kontrollfunktionen wahrzunehmen: "Nur Fundamentalopposition ist daran interessiert, politische und gesellschaftliche Misstände schonungslos aufzudecken". 102)

"Die reibungs- und störungslose Zirkulation bleibt erhalten und bürgt für den Erfolg des Steuerungssystems nur, wenn alle politischen Kräfte sich in die Regelung finden. Eine fundamental-oppositionelle Organisation, die sich gegen die vom Verfassungsstaat geschützten Strukturen und gegen jede Art oligarchischer Transformation wendet, stört den Betrieb und kann ihn unter Umständen zerstören. Breitet sie sich aus und wird sie zu einer realen Macht, verfällt die Garantie für eine der elementaren

Existenzbedingungen des politischen Staates: für die Entpolitisierung der Massen". 103)

Die Tatsache, dass in den westlichen Demokratien die Menschen sich noch am freiesten fühlen und dass die Existenz fundamentaloppositioneller Gruppen von den Machthabern toleriert und nicht zerschlagen wird, gilt Agnoli als Beweis für die vollendete Technik der Manipulation des öffentlichen Bewusstseins.

"Der politische Staat des Westens spart stets einen Randbezirk aus, in dem der consensus gebrochen und die Aufforderung zur Revolution straffrei erhoben werden kann. Der Randbezirk (meist kultureller Art) bleibt allerdings scharf abgegrenzt und unter ständiger Kontrolle durch die (manipulierte) Öffentlichkeit und den (manipulierenden) Apparat, der die Öffentlichkeit bildet - von der Kontrolle durch die politische Polizei zu schweigen". 104)

Der Einsatz der ursprünglich in liberaler Konzeption als Kontrollinstanz verstandenen Öffentlichkeit für die Verschleierung der Machtverhältnisse offenbart Agnoli die "Vollendung einer Perversion". 105) Denn die Grenze wird der qualitativen Opposition dort gesetzt, wo die Kritik zu Veränderungen des gesellschaftlichen Systems zu führen droht. Gelingt diese Grenzziehung den Machthabern nicht, "wenn also die Fundamentalopposition die Massen ergreift", treten als ultima ratio die faschistischen Diktatoren auf den Plan. Die soziale Wirksamkeit der Kritik, nicht ihr Wahrheitsgehalt oder Radikalität bestimmen die Reaktion der Mächtigen. 106)

Agnolis umfassender Faschismusbegriff verstellt letztlich jede Hoffnung auf eine von innen verursachte qualitative Umwälzung des Systems. Indem er die faschistischen Diktaturen und westlichen Demokratien nur noch durch graduelle Unterschiede getrennt und das parlamentarische System der Bundesrepublik unweigerlich in Faschismus transformieren sieht, wenn Systemkritik erste praktische Konsequenzen zeigt, verneint Agnoli die Möglichkeit sozialistischer Politik in den spätkapitalistischen Industriestaaten.

Zur Charakterisierung des Verhältnisses von Theorie und Praxis in der revolutionären Opposition liefert der Aufsatz "Die Transformation der Demokratie" gegenüber den

zahlreichen agitatorischen Aufsätzen der vorwiegend dem SDS angehörenden sozialistischen Studenten ein bemerkenswertes Gegenbeispiel. In den theoretischen Auseinandersetzungen des SDS zur Vorbereitung geplanter und zur Bewältigung vollzogener "Aktionen" steht ein klares praktisches Interesse im Vordergrund, das gesellschaftliche Veränderungen hic et nunc wollte und in bescheidenem Masse auch erreichte und durch den Legitimationsdruck des oft unvorhergesehenen irrationalen und aggressiven Verlaufs von "massenhaften" Aktionen sich immer wieder gezwungen sah, theoretisch zu lavieren und schwankende Brücken zu bauen ("Gewalt gegen Sachen"). Dieses praktische, situationsgesteuerte Interesse nährt Illusionen über die Erfolgchance sozialistischer Politik, wenn die theoretisch-systematische Sorgfaltspflicht verletzt wird, wie es z.B. - wie schon gezeigt wurde - geschieht, wenn der exemplarische Charakter einer erfolgreichen Aktion mit ihrer Repräsentativität verwechselt wird. Es kommt dann nicht zu dem - wie ihn die revolutionäre Opposition in ihren eigenen Reihen anprangert - "theorielosen Aktionismus", sondern - was weit verhängnisvoller ist - zu einer mehr oder weniger gelungenen Beugung der Theorie, weil deren "Revision" als der einzig mögliche Ausweg aus diesem Dilemma weiterhin als Sakrileg gilt.

Agnoli, der seine Theorie von den Bedingungen und Möglichkeiten revolutionärer Politik in westlichen Systemen so entschlossen abgezirkelt und eingekreist hat, dass sie in wenigen Sätzen unverfälscht wiederzugeben ist, sieht sich allein von einem theoretischen Erkenntnisinteresse geleitet und spricht die praktischen Konsequenzen, die aus der Analyse zu entnehmen sind, nicht aus. Sein engagiertes theoretisches Interesse an gnadenloser Anprangerung des Systems hat ihn übersehen lassen, dass er mit dem Verdammungsurteil über die Machthaber zugleich das Todesurteil über ihre aktuellen und potentiellen Gegner ausgesprochen hat. Man kann Agnoli sicherlich nicht vorwerfen, dass er durch Wunschdenken nach möglichst schneller Veränderung

der Verhältnisse seine theoretische Bedingungsanalyse gebeugt und etwa deshalb Machtpotentiale falsch verteilt und gewichtet habe. Man muss ihm im Gegenteil wegen seines praktischen Desinteresses eher die revolutionäre Haltung absprechen, die seine radikale Gesellschaftskritik nahe-zulegen scheint; eine revolutionäre Haltung, die für die-jenigen studentischen Wort- und "Rädels"führer selbst-verständlich ist, die von den Lehrern der Kritischen Theorie als Aktivisten, Aktionisten und Pseudo- oder Scheinrevolutionäre abgestempelt werden. Dass der antiin-stitutionelle Kampf, wenn er überhaupt zum Erfolg führen soll, auch in den Institutionen selbst geführt werden muss, ist eine aus linker Praxis gewonnene Einsicht, die Agnoli nicht widerlegt, sondern ignoriert. Das praktische Des-interesse macht Agnolis Klage wider das System erst so vernichtend. Die Härte dieses Urteils wird noch unter-strichen durch einen engagierten Moralismus, der auch diesen linken Theoretiker der vulgärkritischen These von den geheimnisvollen Drahtziehern im Hintergrund - die er nirgends zu lokalisieren vermag - aufsitzen lässt. In die-ser Konzeption wird nicht realisiert, dass der von Marcuse und anderen Technokratie-Theoretikern längst relativierte Begriff der bewussten Repression die Frage willentlich gesteuerter manipulativer Herrschaft neu aufwirft. Die gezielte Einrichtung eines repressiven Instrumentariums und überhaupt das ganze gigantische Unternehmen der syste-matisch geplanten Institutionalisierung von Unfreiheit erweist sich in Agnolis Analyse als einzigartiger und unan-tastbarer Erfolg der - dennoch "bornierten" - Machthaber.

Die härteste Kritik Agnolis trifft die Einführung des Repräsentativsystems, wobei ursprüngliche Intentionen der bürgerlichen Verfassungsväter unzulässig vermengt werden mit gegenwärtigen Entartungserscheinungen des Parteien-systems der repräsentativen Demokratie. Es ist jedoch nicht zu übersehen, dass die Parteien auch in bürgerlicher Ab-

sicht als Mittler des Volkswillens auftraten und auch so funktionierten. Die Parteien transponierten den politischen Willen aus der Sphäre der blossen Meinungsbildung der Massen in den Bereich der tatsächlichen Entscheidungsfällung, die in den Händen einer Minderheit - durch ihre Funktion als Entscheidungsträger Privilegierter - lag. Die Durchlässigkeit des Parteiapparates für die politische Willensbildung der Massen bestimmte damals wie heute den Grad des demokratischen Gehalts der Entscheidungen. Hinzu kommt die eigenverantwortliche Komponente des Repräsentanten, die sich zusammensetzt aus individuellem Gewissen, berufspolitischem Fachverstand, privater Kenntnis nicht-öffentlicher Zusammenhänge, persönlichkeitsbedingter Wertskala, Statusabhängigkeit von bestimmten Interessenverbänden, Ressentiments, Solidaritätsbewusstsein, etc. Die repräsentative Demokratie hat diese besondere Freiheits-sphäre des Repräsentanten des Volkes vom unmittelbaren Mandat der Masse ausgenommen in der Annahme, dass hier unter dem Begriff der "Gewissensfreiheit" die positiven Elemente in die Entscheidungen der Abgeordneten einfließen würden, die bei direktem Vollzug des "Volkswillens" von negativen Effekten überlagert werden könnten: Rationalität statt Emotionalität, Allgemeininteresse statt Privatinteresse, Kontinuität statt Spontaneität, sachliche Aufklärung statt Demagogie, Vorausssehbarkeit statt Unberechenbarkeit, Fachverstand statt Unwissenheit. Man ging hier von der Voraussetzung aus, dass der Repräsentant des Volkes in seiner besonderen Rolle auch besondere Qualitäten entwickelt, die die Zufälligkeiten des Volkswillens auszugleichen imstande sind. Es wurde für ausreichend gehalten, dass weniger die Entscheidungen selbst im Volke vorbereitet und vorherbestimmt werden, sondern dass diejenigen, die sie treffen, im Nachhinein vom Volk zur Rechenschaft gezogen werden können. Sicherlich lässt sich dieses Bild des Repräsentativsystems nicht aufrecht erhalten.

Doch wenn auch die Kontrollfunktion des Parlamentes zunehmend Einschränkungen unterworfen wird, bietet ein repräsentatives System immer noch weitergehendere Sanktionsmöglichkeiten für demokratisches Verhalten als bisher praktizierte Beispiele direkter Demokratie. Es ist ein Irrtum radikal-demokratischer Institutionenkritik, dass durch die jederzeitige Abberufbarkeit der delegierten Räte erst wirksame Kontrolle ihrer Entscheidungsfällung erreicht werden kann. An den ersten radikaldemokratischen Aktionen im Universitätsbereich liess sich sehr gut ablesen, dass durch den ständigen Wechsel der Akteure in den verschiedenen Gremien, die häufigen Rücktritte und permanente Gründung und Auflösung von Ad-hoc- und Gegengruppen eine alternative Entscheidungsmöglichkeit unter den Kandidaten kaum mehr gegeben war und Sanktionen wie etwa Rücktrittsforderungen kein wirksames Abschreckungsmittel gegen elitäres Vorgehen mehr darstellen. Der Status des Studentenfunktionärs ist durch den Positionsverlust in einer bestimmten Vertretungskörperschaft nicht gefährdet, die Austauschbarkeit der Funktionen im wachsenden Bereich "kritischer" Öffentlichkeit in den Universitäten und deren Randzonen und die Vielzahl der Entscheidungs- und Aktionszentren mit wechselnden Macht- und Kompetenzbereichen ermöglichen mühelosen personalen Wechsel in universitären und ausseruniversitären Clubs, Gruppen und Redaktionskollektiven, die von ihren Positionsinhabern gleiche Kenntnisse und Fähigkeiten verlangen, sich durch gleiche materielle Unterprivilegierung auszeichnen, gleiche Ausgangsmöglichkeiten politischer Wirksamkeit innerhalb des gesamten "kritischen" Aktionsbereiches eröffnen und schliesslich die gleichen Freiheitsräume gegenüber öffentlicher Kontrolle aufweisen. 107)

Der durch die begrenzte Abhängigkeit vom aktuellen Willen der Masse konstituierte Ermessensraum des Repräsentanten lässt sich in der Tat nur solange rechtfertigen, wie eine "Sublimierung" statt "Pervertierung" des Wählerwillens

gewährleistet ist. 108) Denn politische Institutionen sind formal konstruiert als Instrumente zweckrationalen Handelns zur Kanalisierung der öffentlichen Willensbildung und des Entscheidungsprozesses. Verlieren die Institutionen ihren neutralen Charakter, entwickeln ihre ursprünglich formalen Strukturen eine Eigendynamik, die selbst Ziele oder Teilzwecke setzt, beginnen sie sich dem willentlichen Zugriff des handelnden Menschen zu entziehen. Man kann, sofern der Charakter ihrer gegenwärtigen Verfestigung erkannt wird, sich diese Institutionen instrumentell wieder verfügbar machen. Auch das Funktionieren einer vom aktuellen Interesse losgelösten Institution lässt sich antizipieren und als Mittel für eine Verfolgung eines Zieles einsetzen, wenn man sich nicht von der etikettierten ursprünglichen Intention der Institution blenden lässt und mit ihr als falschem Faktum operiert. Voraussetzung hierfür ist das analytische Vermögen und der praktische Wille des politisch Handelnden. Wenn die gegenwärtige Funktion verfestigter Strukturen in den Institutionen von den Entscheidungsträgern bei der Umsetzung ihrer Zielvorstellungen in die Praxis mit einkalkuliert wird, besagt das demnach nicht, dass diese Struktur bereits bei der Konstruktion der Institutionen beabsichtigt war.

T e i l II

Strategie der revolutionären Opposition

1. Dialektik von Reform und Revolution

So entschieden die Konzeptionen einzelner Theoretiker der Linken auch artikuliert werden, bilden sie doch insgesamt genommen ein Konglomerat aus allen grundsätzlich möglichen Positionen der Gesellschaftskritik. Der unbefangene Beobachter, der sich sozialistische Theorie als ein relativ geschlossenes Gebäude vorstellt, muss sich in Ansehung sozialistischer Praxis auf die wenig aufschlussreiche formale Orientierung nach verschiedenen Radikalitätsgraden der jeweiligen Aktionen und Verlautbarungen beschränken. Die Ursache des Unvermögens einer plausiblen Einordnung und Differenzierung liegt in der Verwechslung von theoretischen mit strategischen Bedingungen, ein Fehler, der sowohl auf seiten des Beobachters als auch auf Seiten des beobachteten Sachverhaltes sich einstellt.

Strategisches Denken hat sich analytisch bereits entschieden, es geht um die Durchsetzung eines politischen Willens unter gegebenen Bedingungen. Strategie ist damit Mittler und notwendiges Bindeglied zwischen theoretisch festgelegten Zielen und deren praktischer Umsetzung.

Gefragt werden muss, inwieweit die schlichte Denkkategorie eines linearen Ablaufs: Theorie - Strategie - Praxis durch die Vorstellung eines Kreislaufs mit rückkoppelndem Effekt der praktischen Erfahrung auf die theoretische Analyse und die strategische Handlungsanweisung ersetzt wird. 1) Entweder wirken die Reaktionen einer veränderten oder beharrenden Praxis auf die Theorie als auch die Strategie zurück, wodurch eine Prüfung der theoretischen und strategischen Ausgangsdaten ausgelöst wird, von der sich selbst die allem

Denken und Handeln zugrunde liegende Zielvorstellung als normatives Mass nicht ausschliessen könnte. Oder der kommunizierende Fluss zwischen allen Bereichen wird als reduzierter Kreislauf zwischen Strategie und Praxis permanent kurzgeschlossen und die Theorie ausgespart, so dass die Strategie eine theoretisch-analytische Ersatzfunktion übernimmt. Solange die Theorie durch das Revisionsverdikt kaltgestellt ist, werden die notwendigen Begründungszusammenhänge dann nicht mehr systematisch-theoretisch, sondern fallweise strategisch abgeleitet. Bestimmend für den strategischen Bereich ist dann jedoch der vorentschiedene subjektive Wille zur Veränderung und nicht die objektive Analyse der Bedingungen und Möglichkeiten sozialer Existenz. Erst die saubere Trennung beider Erkenntnis- und Interessenbereiche würde sozialistischer Theorie und Politik wie auch ihrer Kritik eine klare, sich begebende Argumentation ermöglichen.

Die bei den Revolutionstheoretikern dadurch hervorgerufene ambivalente Haltung zeigt sich augenfällig in deren strategischer Antwort auf die wesensgemäss bedingungsanalytische Frage nach dem revolutionären Subjekt in der gegenwärtigen historischen Phase der hochentwickelten Industriegesellschaften. Jürgen Habermas versucht zu begründen, dass die Marxsche Klassenanalyse nicht mehr "umstandslos" 2) auf die heutigen Verhältnisse angewendet werden kann. Es geht hier nicht um die definitorische Ersetzung des Klassen- durch den Schichtbegriff, sondern um die Aufgabe der Arbeiterklasse, die Marx ihr zugedacht hatte und zu deren Erfüllung er das Proletariat für historisch bestimmt und potent hielt. Die Aussage, dass über den Klassencharakter unserer Gesellschaft nicht mehr bestimmte Feststellungen getroffen werden können, beinhaltet de facto die Absage an den Marxschen Klassenbegriff. Dass diese Absage selten klar ausgesprochen wird, legt die Vermutung nahe, dass wider bessere theoretische Einsicht eine Position

deshalb aufrechterhalten wird, weil sie strategisch klare Zuordnungen ermöglicht und einen versprochenen Erfolg weiterhin in Aussicht stellt. Denn das Ende der historischen Mission der Arbeiterklasse wäre in der gegenwärtigen Situation gleichbedeutend mit dem Verlust des revolutionären Subjekts. Die verzweifelte Suche derjenigen, die den kühnen Schritt des konsequenten Denkens gewagt haben, beweist es. 3) Eine Strategie der Revolution, die hingegen die Arbeiterklasse als das historische Subjekt der Revolution weiterhin einkalkulieren darf, lässt die Verteilung des gegenwärtigen Machtpotentials und die Möglichkeiten einer Verschiebung zugunsten des Schwächeren in einem viel günstigeren Licht erscheinen.

Da ein strategischer Ansatz die Frage der Klassenstruktur unserer Gesellschaft nicht analysieren kann, muss sich Strategie selbst falsche Daten schaffen, wenn ihr diese Aufgabe dennoch delegiert wird. Die immanente Logik strategischer Reflexion lässt dabei den Verdacht falsch begriffener Voraussetzungen überhaupt nicht mehr aufkommen.

Oft wird ganz bewusst die Lösung eines ungeklärten gesellschaftstheoretischen Problems vorschnell der Strategie oder Praxis überantwortet, wenn man durch die Zufälle der Praxis den Konsequenzen zu entkommen hofft, die sich in der theoretischen Analyse unerbittlich abzeichnen. 4) In der Aktion selbst erweist sich dann die Unterlassung - vor allem wenn Gewalt angewendet wird - als folgenschwer. Das Versäumte wird in der Regel auch im Nachhinein nicht wieder wettgemacht, da in allen, die vollzogene Aktion bewältigenden Diskussionen das strategische Interesse an einem feststellbaren Erfolg im Vordergrund steht.

Gegen diese vorherrschende aktionistische Einstellung innerhalb der revolutionären Opposition wendete sich das SDS-Mitglied Joscha Schmierer in einem Aufsatz zur Organisationsfrage: "Nur eine ... Analyse der revolutionären Bewegung im Rahmen der bestehenden Machtkonstellation und Klassenstrukturen lässt die Ausarbeitung konkreter

Strategien zu und ermöglicht eine Behandlung der Organisationsfrage in theoretisch-praktischer Absicht". 5) Erst eine solche Analyse kann nach Schmierer zeigen, dass das Problem der Aktualisierung revolutionärer Kräfte nicht auf die Frage reduziert werden darf, ob die Studentenbewegung ihrer "Avantgardefunktion" länger gewachsen ist. In einer oberflächlichen Behandlung des Problems werde vorausgesetzt, dass die Studentenbewegung in sich genügend weitertreibende Kräfte enthält, deren Artikulation und Organisation nur momentan verhindert sei:

"Einer solchen Interpretation das Wort reden, bedeutet die Dialektik von Reform und Revolution für die Studentenbewegung voraussetzen: eine Annahme, die von der unreflektierten Übertragung klassischer Theorien der Arbeiterbewegung auf die Studentenbewegung lebt und die Unmöglichkeit einer solchen Übertragung, wie sie etwa Lukacs dargelegt hat, abtut mit vagen Hinweisen auf vage Theorien der 'Wissenschaft als Produktivkraft' und der technischen Intelligenz als neuer Arbeiterklasse". 6)

Schmierer kritisiert im gleichen Zusammenhang den Begriff der linken "Bewegung", der

"insinuieren soll, dass diese auf etwas Bestimmtes hinauswill, das man schon gar nicht mehr zu benennen habe, so sehr sei es der 'Bewegung' immanent. Was in der Theorie nicht recht gelang und in der Praxis vorerst auf sich warten lässt, die Vermittlung zwischen konkreten Interessen der Studenten und Arbeiter, wird durch Sprachmanipulation als Problem aus der Welt geschafft. In der unbestimmten 'Bewegung' wird als gelöst vorausgesetzt, was als ungelöstes Problem der ganzen Organisationsdebatte zugrundeliegt". 7)

Ein charakteristisches Beispiel für die Behandlung der Klassentheorie als strategische Frage liefert ein Aufsatz von Michael Vester aus dem Jahre 1966, der die Strategiediskussion aus den vorhergehenden Jahren zusammenfasste und eine Basis für zukünftige Diskussionen schaffen sollte. 8)

Vester untersucht den dialektischen Zusammenhang von ~~Refor-~~mation und Revolution, indem er den grundlegenden Unterschied zwischen "materialistischer" und "idealistischer"

Strategie herausstellt und so die Vielfalt möglicher sozialistischer Konzeptionen der Gesellschaft und ihrer Veränderung auf zwei Ansätze reduziert.

Die idealistische Konzeption behauptet, "dass (1) der Kapitalismus heute ökonomisch stabil sei und die Abhängigen unwiderruflich 'integrieren' könne, und dass (2) eine gerechte Gesellschaft durch Minderheiten eingerichtet werden könne". Diese Konzeption versteht nach Vester den Sozialismus nicht als "im realen Geschichtsprozess wurzelnd und tendenziell die Mehrheit engagierende Bewegung", sondern als in Intellektuellenklubs, Kaderparteien, Verbandsspitzen oder Parlamentsfraktionen "inkarnierte Idee", die notfalls mit Gewalt oder Manipulation der widerstrebenden Realität von aussen aufgenötigt werden muss und in ihrer Tendenz elitär oder autoritär ist. 9)

Dem gegenüber steht die materialistische als "wesentlich demokratische" Konzeption, die auf den Hypothesen beruht, "dass (1) der Kapitalismus ökonomisch instabil ist und daher die Abhängigen nicht endgültig 'integrieren' kann, und dass (2) eine gerechte Gesellschaft nur als Werk der Majorität der Arbeitnehmer Wirklichkeit werden kann". 10)

Die erstgenannte - idealistische - Konzeption artikuliert sich ursprünglich als eine Revolutionstheorie, die von dem Zusammenbruch des Kapitalismus, in dem das total verelendete Proletariat seine Möglichkeiten wahrnimmt, ausgeht und die sich, da sich ihre Voraussetzungen als illusionäre erwiesen, als "resignative Integrationstheorie" bescheiden muss. Ihr Dilemma rührt daher, dass sie eine in früheren Phasen des Kapitalismus entwickelte Theorie auf die heutigen Verhältnisse anwendet und damit "ihre Begriffe von aussen an die Realität heranträgt, anstatt die Widersprüche in der Realität selbst aufzusuchen". 11) Die Folge ist der Zerfall der geschlossenen Revolutionstheorie der "alten Linken". Vester behauptet, dass die

"resignative Kulturkritik der Jünger Herbert Marcuses", ein grosser Teil der "scheinrevolutionären Phrasen orthodoxer Sekten" und viele der "kernigen Schlagworte theorieloser Verbands- 'praktiker'" nichts mehr als einzelne Theoreme dieser einstmals geschlossenen Theorie sind und kritisiert sie als "Syndrom eines dreifachen Mangels: eine ahistorische Revolutionstheorie verbindet sich mit einer positivistischen Analyse der gesellschaftlichen Totalität und einer deterministischen Prognostik". 12)

Die a h i s t o r i s c h e R e v o l u t i o n s -
t h e o r i e postuliert als Zweiphasentheorie die politische Machtergreifung vor der sozioökonomischen Revolution als einzige Möglichkeit, da im organisierten Kapitalismus totale Krise und totales Elend aufgehoben sind und damit auch das Bedürfnis nach Veränderung. Der Krisen- als auch der Elendsbegriff sind nach Vester jedoch historisch überholt, da die katastrophale Krisenform von der Form der schleichenden Krise abgelöst wurde und Elend nicht absolut am Massstab materieller Zufriedenheit zu messen ist, sondern als relative Funktion von gestellten, befriedigten und möglichen Ansprüchen historisch veränderbar ist.

Die p o s i t i v i s t i s c h e A n a l y s e hat nach Ansicht der "alten Linken" ergeben, dass es keine empirischen Beweise für die Möglichkeit einer allmählichen Entwicklung des gesamtgesellschaftlichen Bewusstseins der Arbeiter gebe und so deren totale Integration als Faktum hingenommen werden muss. Vester hält dem entgegen, dass positivistische Methoden in der Regel dem erkenntnisleitenden Interesse folgen, "die Individuen den herrschenden Institutionen sozialtechnisch verfügbar zu machen", und dass deshalb die "Möglichkeiten der Herausbildung von Selbstbewusstsein mit positivistischen Methoden kaum zu ermitteln sind". Es bedarf dazu der "quantitativen Analyse, die widersprüchlich-dynamische Strukturen in ihrer Totalität erfassen kann". 13)

Die deterministische Prognostik geht von dem Satz aus, dass das Sein das Bewusstsein bestimme und beide Momente in einen circulus vitiosus geschlossen sind, der es nicht möglich macht, dass das Sein sich gegen das Bewusstsein kehrt. Demnach sind qualitative Alternativen gegenüber den repressiven Zuständen als utopisch zu bezeichnen. Die Geschichte verläuft deterministisch, und die gegenwärtigen Herrschaftstendenzen werden bruchlos in die Zukunft projiziert. Diese Auffassung führt nach Vester zu einer starren Trennung von "wortradikaler Theorie und liberaldemokratischer Praxis", wie es in den Worten des ehemaligen Bundesvorsitzenden des SDS, Reimut Reiche, zum Ausdruck komme, der die Agitation (intellektueller) Minderheiten, jedoch kein Massen-Engagement für möglich hielt: Es muss "gemeinsam mit bürgerlich-formalen Demokraten in erster Linie um die Erhaltung der politischen Demokratie" gekämpft werden, "um legal die Voraussetzungen für sozialistische Massenaktionen schaffen zu können". 14)

Dieser kritisch umrissenen, in ihrer Methode statischen, in ihren Konsequenzen resignativen Revolutionstheorie stellt Vester eine eigene Theorie über die Möglichkeiten der historischen Dynamik gegenüber. Er analysiert die Bedingungen des Klassenkampfes im organisierten Kapitalismus und kommt zu dem Ergebnis, "dass der Kapitalismus trotz seiner relativen Stabilisierung ein dynamisches System geblieben ist, welches einerseits Unzufriedenheit in der Bevölkerung, andererseits Probleme erzeugt, die durch alternative Strukturreformen gelöst werden können". 15)

Partikuläre Unzufriedenheiten können gemäss dieser Konzeption dadurch entstehen, dass das soziale Anspruchsniveau über den realisierten Ansprüchen liegt und können sich in Reformen äussern, die auf Änderung der objektiven Bedingungen zielen. Dieser Prozess ist geeignet, politisches Selbstbewusstsein zu erzeugen, wenn ihm ausreichende Unter-

stützung der bereits Bewussten und politisch Aufgeklärten zukommt. Die durchgeführten Reformen vermitteln das "Erfolgserlebnis" und anschliessend neue Unzufriedenheit, dem neue Reformen folgen, - ein Zyklus, der nicht ins Stocken geraten darf, sondern ein Bewegungsgesetz darstellen muss, das immer weiterreichende Forderungen erzeugt. Hier eröffnet sich in einem stabilen kapitalistischen System, in dem Bewusstsein und Produktionsverhältnisse durch Prosperität gekennzeichnet sind, die reale Möglichkeit sozialistischer Aktion, deren Hauptträger in dieser Phase die organisierte Arbeitnehmerschaft ist.

Die Partikularität der so erreichten Reformen wird von einer allgemeinen politischen Reorganisation erst dann abgelöst werden, wenn deren Notwendigkeit durch eine schleichende Krise oder Stagnation allgemein einsichtig geworden ist. In dieser Krise "können die Weichen prinzipiell in drei Richtungen gestellt werden" :Entweder organisiert sich ein "autoritärer Wohlfahrtskapitalismus", wie er etwa dem theoretischen Konzept der formierten Gesellschaft entspricht, oder eine "sozialistische Gesellschaft", in der "die Vorrechte des Kapitaleigentums und der sozialen Stellung überwunden" sind, oder ein "sozialdemokratisch rationalisierter Kapitalismus", der als gemischtes System im Gegensatz zum autoritären Kapitalismus den "Übergang zum Sozialismus prinzipiell nicht verbaut", aber "vor allem noch soziale und wirtschaftliche Vorrechte und wenig Selbstverwaltung enthält". 16)

Für die Bundesrepublik ist nach Vester der Übergang zum autoritären Wohlfahrtskapitalismus die wahrscheinliche Entwicklungstendenz, da in ihr die Bedingungen für eine "politische Partei mit einem Alternativprogramm und die politische Demokratie, die die Wahl dieser Partei erlaubt", gefährdet sind. Die sozialistische Linke kann in ihrer Schwäche sich dann nur für eine sozialdemokratische Alternative zum Wohlfahrtskapitalismus einsetzen, "kaum jedoch einen unmittelbaren Übergang zum Sozialismus erzeugen". 17)

Diese Alternative des Übergangs zum "Sozialkapitalismus" hat als Übergangsphase eine ähnliche Funktion wie die Diktatur des Proletariats, die "wie diese durch einen doppelten inneren Widerspruch gekennzeichnet" ist, der einmal in der Perpetuierung der Machtprobe mit den kapitalistischen Kräften liegt und zum anderen sich durch die Interessenkollision zwischen der "zur Verselbständigung tendierenden Staats- und Wirtschaftsbükratie und dem Interesse der Bevölkerung an belegschaftlicher, genossenschaftlicher und politischer Selbstverwaltung" entwickelt.

18) Die sozialistische Strategie hat hier bereits den Charakter einer "kombinierten Aktion", die auf Einschränkung kapitalistischer Privilegien und die Institutionalisierung von Selbstverwaltung zielt.

Von der Notwendigkeit dieser Übergangsphase her soll die Strategie ihren Weg finden:

"Erst wenn der Sozialkapitalismus in den Augen der Bevölkerung abgewirtschaftet hat, kann die sozialistische Alternative wirkliche Chancen erhalten. Der technokratische Sozialkapitalismus ist insofern eine notwendige Durchgangsphase. Die linken Sozialisten können und dürfen sie nicht aufhalten. Sie müssen vielmehr die politische Demokratie verteidigen, damit sie eintreten kann; und sie müssen die wirtschaftliche Demokratie entwickeln helfen, damit sie überwunden werden kann". 19)

Die Einheit eines unmittelbaren historischen Subjekts der Revolution soll vorerst zugunsten einer Trennung in "politisch-ideologische Defensivstrategie der Aktivbürger" und "ökonomische Offensivstrategie der Arbeitnehmer" aufgegeben werden. Die auf dem Pluralismus der Interessenverbände basierende repräsentative Demokratie diktiert in ihren Machtverhältnissen die Bedingungen dieser "Doppelstrategie" als "einer Defensivstrategie, die die liberaldemokratischen Strukturen durch Engagement der Aktivbürger bewahren will; und einer Offensivstrategie, die im Schutze dieser Strukturen und durch das breite Engagement der Bevölkerung Elemente der Wirtschaftsdemokratie einführt, welche allein langfristig den Fortbestand der politischen Demokratie sichern können". 20)

Die Offensivstrategie kann das Engagement des Arbeitnehmers als Basis der Arbeiterbewegung nicht entbehren. Der Intellektuelle wirkt vor allem als Subjekt in der Defensivstrategie. Die Vermittlung und simultane Verwirklichung beider verheißt jedoch erst Erfolg.

Die von Michael Vester erstmals klar begründete Gleichzeitigkeit von Offensiv- und Defensivstrategie bestimmte auch das Verhältnis des SDS zur "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" und ihrer Kodifizierung im Grundgesetz. Die in der Verfassung garantierten liberalen Freiheitsrechte sind einerseits verwirklichte emanzipatorische Positionen, die es zu wahren und auszubauen gilt, und andererseits Kampfpositionen, die als "Waffen" geführt und inhaltlich deshalb in dem Augenblick obsolet werden, in dem die Defensivstrategie zugunsten einer umfassenden erfolgversprechenden Offensivstrategie aufgrund veränderter Machtverhältnisse ersetzt werden kann.

Das Grundgesetz ist somit nicht mehr als die Momentaufnahme des gegenwärtigen Standes der Auseinandersetzungen zwischen reaktionären und fortschrittlichen Kräften: "die Verfassungsurkunde fixiert die Waffenstillstandsbedingungen". 21) Das liberale Verfassungsbewusstsein als die Vorstellung einer einheitlichen und allgemeinverbindlichen Norm wird ersetzt durch Kampfgeist. Die Verteidigung einzelner Grundrechte des Grundgesetzes wird im strategischen Kalkül dem Angriff auf das Normensystem als Ganzes dienstbar gemacht. 22)

Solange das parlamentarische System der Bundesrepublik als in allen seinen Institutionen dem totalen Repressions- und Manipulationszusammenhang eines monopolkapitalistischen Staates unterlegen angesehen wird, der auf der Grundlage seiner eigenen Verfassung nicht durchbrochen werden kann, erscheint dieses Vorgehen legitim. 23) Die strategische Notwendigkeit, eine revolutionäre Situation unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Bundesrepublik herzustellen, die dann über revolutionäre Bewusstseinsbildung ein, wo auch immer lokalisiertes, revo-

lutionäres Potential aktualisiert, verlangt geradezu Übergriffe und "blindwütige Reaktionen des Polizeiapparates", damit die Dialektik von Reform und Revolution zugunsten der letzteren aufgehoben werden kann. Diese strategische Entscheidung fällt in der richtigen Erkenntnis, dass der Liberalismus dort, wo er totalitären Angriffen adäquat begegnen will, sich selbst aufgeben muss.

2. Hebel der Revolution

Solange wie im gegenwärtigen Stand die revolutionäre Emanzipationsbewegung von den Massen weitgehend isoliert vorangetrieben wird, kann eine Strategie der Revolution nicht mehr sein als eine Strategie zur Schaffung einer revolutionären Situation. Es geht nicht so sehr um die - unter welchen Mehrheitsverhältnissen auch immer - machtpolitische Durchsetzung eines massenhaften Interesses, sondern um die Propagierung des "kritischen Bewusstseins" einer intellektuellen Elite. Das Bemühen um die Erweiterung der Basis eines revolutionären Potentials verlangt bewusstseinverändernde Aktionen, die als unmittelbares Ziel nicht die Aufhebung von Herrschaft selbst, sondern ihre Sichtbarmachung für die von ihr Betroffenen haben. Erst hierdurch wird der Prozess der Aufklärung und Solidarisierung der "Beherrschten" in Gang gesetzt. "Latente" Herrschaft muss "manifest" werden, und das um jeden Preis. Kommt es - wie etwa bei Abwehrreaktionen von tätlich Angegriffenen zu Manifestationen von Herrschaft, die vorher auch nicht latent vorhanden war, werden sie nicht ungern als strategischer Gewinn verbucht.

Dass Kampagnen und Aktionen - der strategischen Notwendigkeit gehorchend - mehr in den Dienst einer bewusstseinsmässigen Mobilisierung gestellt werden und nicht etwa die Machtergreifung an bestimmten, besonders leicht verwundbaren Stellen ("Weichteilen") einleiten, wird von linken Mitläufern als auch deren Kritikern immer wieder missverstanden. Jürgen Habermas z.B. erhebt den Vorwurf des "Symbolismus" und der "Scheinrevolution" gegenüber der studentischen Protestbewegung und will sie im gleichen Atemzug strategisch widerlegen unter Hinweis auf die fehlende "revolutionäre Situation". 24) Das logisch-strategische Kalkül gibt jedoch der revolutionären Linken Recht. In einer vorrevolutionären Situation erscheint es unsinnig, revolutionäre Akte zu inszenieren, solange mangelndes Potential ihnen jede Erfolgsaussicht abspricht. Scheinre-

volutionäre praktisch-politische Aktionen vermögen im Bereich des Theoretisch-Bewusstseinsmässigen durchaus revolutionär zu verändern. Der Vorwurf pseudorevolutionärer Aktivität träfe ohnehin nur in einer Situation, die revolutionäre Aktionen forderte. Eine revolutionäre Lage, an der gemessen studentische Aktionen als nicht adäquat und daher pseudorevolutionär befunden werden müssten, wird jedoch von Habermas entschieden verneint:

"Jedes, aber auch jedes der bisher allgemein akzeptierten Anzeichen für eine revolutionäre Lage fehlt. Ganz gewiss fehlt aber die subjektiv drückende Gewalt einer als unerträglich allgemein ins Bewusstsein tretenden Situation. Wo das Unerträgliche auf Definitionen noch wartet, wo das Unrecht noch nicht manifest, die Empörung keine Reaktion von Massen ist, muss Aufklärung den Parolen erst vorangehen. Wer unter diesen Umständen eine revolutionäre Umwälzung taktisch ins Auge fasst und agitatorisch betreibt, verfällt schlicht einem Wahn". 25)

Das, was Habermas hier als eine nicht gangbare politische Praxis verneint, wird von der Linken strategisch begründet. Gemeinsam ist beiden das Ziel: "massenhafte Aufklärung" durch bewusstseinsverändernde Aktionen. Da auch Habermas als den Adressaten von Veränderungsstrategien das Bewusstsein erkennt, könnte er argumentieren, dass dieser Adressat durch die von ihm verworfenen Aktionen nicht erreicht wird oder zumindest nicht positiv verändert wird, nicht aber, dass diese Aktionen aufgrund der gegenwärtigen Bewusstseinskonstellationen und Machtverhältnisse das politische System nicht revolutionieren können.

Die Linke will in der Einsicht politisch handeln, dass ein manipuliertes Bewusstsein keinen intakten Masstab des Erträglichen mehr sein eigen nennt und erkennt scheinrevolutionäre Aktionen als strategischen Ansatz zur Bewusstseinsveränderung. Bei ihrem Kritiker Habermas angemahnt werden muss eine alternative Strategie der "massenhaften Aufklärung", nicht eine hiervon losgelöste allgemeine Strategie der Veränderung, deren Ansätze er formuliert. 26)

Die von studentischen Theoretikern intendierten Aktionen und Kampagnen der letzten Jahre standen unter dieser unmittelbaren strategischen Zielsetzung der Aufklärung des Bewusstseins als wesentliche und gegenwärtig zu erfüllende Voraussetzung einer Veränderung des politischen Systems und trennten sie als Bewusstseinskampagnen klar von politischer Machtergreifung 27)

in der Antinotstandskampagne:

"Der Erfolg unseres Kampfes bemisst sich deshalb nicht allein an der Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetze, sondern an dem durch den Kampf zu gewinnenden Widerstandspotential und politischen Bewusstsein der Arbeiterklasse"; 28)

in der Anti-Springer-Kampagne:

"Die Gewaltsituation wurde als politisch gegen dieelementarsten Bedingungen der Protestbewegung gerichtet sofort erkannt und in praktisches Bewusstsein als Widerstandswillen umgesetzt; dafür gab es freilich bereits organisatorische Bedingungen in informellen Kaderstrukturen. Die Manipulationszentrale des Springer-Konzerns verlor ihren abstrakten Charakter und wurde exemplarisch für den gesamten Machtzusammenhang begriffen. ... Für eine kurze Zeit schien es möglich, die Isolation der Protestbewegung direkt und dauerhaft zu durchbrechen"; 29)

in der Justizkampagne:

"Diese Erfahrung, die wir jetzt wieder mit der Justiz machen, machen wir ja schon seit Jahren: dass nämlich das antiautoritäre Bewusstsein nicht zuerst geschärft wird durch kritische Theorie, durch Referat plus Korreferat, sondern dass wir von dem letzten Glauben an das Gute in diesem System befreit worden sind durch unmittelbare, sinnlich erfahrene praktische Konfrontation mit den Agenturen des Staatsapparates. ... Unsere Aufgabe läge darin, durch die Propaganda der Tat das verschüttete Klassenbewusstsein partiell wieder zu mobilisieren". 30)

Die Notwendigkeit einer besonderen Strategie der Aufklärung im Rahmen der allgemeinen Strategie der Veränderung des Systems erweist sich auch noch aus einem anderen Grund: partielle Verbesserungen in der sozialen Organisation sind durch ihren qualitativen Unterschied, zu grundlegenden Veränderungen nicht einmal erste Schritte eines kontinuierlichen Weges zur Emanzipation, verhindern aber die

für notwendig gehaltene Qualität des Bewusstseins, die emanzipatorischen Veränderungen erst Bahn brechen kann. Eine vorzeitige Harmonisierung der durch Provokation entschleierte Antagonismen muss sich für eine revolutionäre Strategie als Hemmnis auswirken, die latente Konfliktsituationen permanent aktualisieren will. Partielles Unrechtseingeständnis der Gegenseite, liberales "Entgegenkommen" in begrenzten Bereichen sind für diese Strategie eine ständig drohende Gefahr; ein längerfristiger Konsensus mit gegnerischen Gruppen muss für die Bewegung als tödlich empfunden werden. Diese Erfordernisse revolutionärer Strategie setzen der linken Politik eine Radikalitäts-Schwelle, die in Richtung politischer Konzeptionen liberaler oder linksliberaler Aufklärer und Systemabweichler bei Strafe der "Aufweichung" nicht unterschritten werden darf. Die internen Diskussionen um die in ihren Konsequenzen für die Hochschulreform so bedeutsame "Bündnispolitik" 31) und die praktische Hochschulpolitik der letzten sechzig Jahre sind hierfür der treffende Beweis. Die kompromisslose Verurteilung des Establishments hat zudem zur Folge, dass ein Akzeptieren linksradikaler Forderungen und Vorstellungen für die "Regierenden" nicht weniger als das Eingeständnis bisherigen politisch-kriminellen Tuns bedeuten würde. Damit ist ein sicherer Garant für die Unüberschreitbarkeit dieser Schwelle auch seitens einzelner aufgeklärter Teilhaber der Herrschaft, die einen qualitativen Reformprozess einzuleiten gewillt sind, gewonnen.

Der abstrakte Charakter von Theorie bringt es mit sich, dass in ihr gegensätzliche Positionen zwar abgegrenzt und untermauert werden können, andererseits sich aber auch Positionen formal vereinen lassen, die erst in der Praxis auf ihre konkreten inhaltlichen Implikationen hin abgeklopft werden und dann sehr verschiedene Auswirkungen zeigen. Kritische Theorie vereint in sich die Konzeptionen sozialistischer und linksliberaler Vorkämpfer einer

besseren Welt, erst in der Praxis und der auf sie bezogenen Strategiediskussion zeichnen sich die Gräben zwischen ihnen deutlich ab. Dabei ist bezeichnend, dass ein von einer allgemeinen kritischen oder neomarxistischen Theorie kommendes deduktives Vorgehen einem theoretischen Interesse eher verhaftet bleibt, hingegen das praktische Interesse einer induktiven Analyse zur Begründung von Handlungsanweisungen den Horizont des rein Strategischen selten sprengt. Von einer durchgehaltenen strategischen Absicht der unmittelbaren Bewusstseinsveränderung durch radikales Umdenken aus lässt sich die harmonisierende Tendenz einer mit dem Abstraktionsgrad proportional steigenden Einhelligkeit theoretischer Sätze nicht verhindern. Die Verwirklichung dieses Zieles ist auf den Bereich der strategischen Auseinandersetzungen um praktische Aktionen verwiesen. In der Konkretion des politischen Tagesgeschehens lässt sich jene bewusstseinsverändernde engagierte Radikalität erst herstellen, die Theorien wortgewaltig, aber eben nur "theoretisch" proklamieren können.

Zur Erläuterung soll hier die strategische Aufbereitung der Westberlin-Frage durch die Westberliner APO näher untersucht werden. Die Analyse eines Mitglieds des Westberliner Republikanischen Clubs, Jörg Huffschmid, sagt, dass Westberlin, die "schwächste Stelle" im Kapitalismus, "selbst durch die Anwendung der sonst recht erfolgreichen faschistischen Polizeimethoden ökonomisch und damit in seiner Lebensfähigkeit nicht gerettet werden kann". 32) Die einzige Überlebenschance der Stadt biete sich in einem rigorosen Abbau der politischen Spannung, wodurch das wirtschaftliche Investitionsrisiko wieder tragbar werde. "Dieser Zusammenbruch kann weder durch Nixon-Besuche noch durch Bundesversammlungen rückgängig gemacht werden". Eine von den "klügeren Politikern in Ost und West" eingesehene Notwendigkeit der Entspannungspolitik hätte zur Konsequenz, "dass Westberlin als nützlicher Brückenkopf zwischen zwei friedlich koexistierenden, wenn auch gegensätzlichen ge-

gesellschaftspolitischen Systemen etabliert wird". 33)
Dieser mögliche neue Status von Westberlin ist nach den
Informationen Hufschmids bereits in "Plänen" West-
berliner Gruppen konzipiert, denen in wesentlichen ge-
meinsamen Punkten Ostberliner Pläne entsprechen. Darin
liege die Gefahr einer vorzeitigen Harmonisierung re-
volutionär zu nutzender Konfliktsituationen, die Huf-
schmid abschliessend zu folgendem Appell veranlasst:

"Genossen, noch verhalten sich die Kapitalisten irrational gegenüber sich selbst, noch meinen sie es sich lei-
sten zu können, auf die Verhandlungen zu verzichten oder
sie scheitern zu lassen. ... Nutzen wir die Zeit, bevor
sie ihre eigenen Notwendigkeiten erkennen. Nutzen wir
die Zeit zu weiterer Basismobilisierung, nutzen wir sie,
um durch militante Aktionen unseren Widerstandswillen zu
bekunden und den Widerstandswillen der Massen zu wecken.
Nutzen wir die Zeit, um zu verhindern, dass sich die Mau-
schelpolitiker in West und Ost auf unserem Rücken und zu
unseren Lasten endgültig einigen". 34)

Die politische Situationsanalyse sei hier in ihrem Ergeb-
nis dahingestellt. Es liegt die Vermutung nahe, dass
eine Interessenidentität der Ostberliner und Westberliner Ad-
ministration von Hufschmid eigens hergestellt wurde, um
militanten "Widerstand" in Westberlin durch einen neuer-
lichen Beleg der "Konspiration der Herrschenden" zu
rechtfertigen. Nur am Rande erwähnt sei auch die elitäre
Ignoranz gegenüber den artikulierten Bedürfnissen der
"Massen" Westberlins. Man kann diese Bedürfnisse als mani-
puliert erklären und deshalb negieren, aber dann verbietet
sich auch der Hinweis, dass bei künftigen Verhandlungen nur
die Funktionäre und nicht die Massen selbst beteiligt sein
würden: "Der neue Status wird in Spitzengesprächen zwi-
schen beiden Seiten ausgehandelt, ohne dass die Massen über-
haupt gefragt werden", heisst es einleitend zu den den Sta-
tus Westberlin charakterisierenden Punkten. Diese aufge-
zählten Punkte entsprechen jedoch genau dem bisherigen
Programm der Westberliner Führung, für das sie die Zu-
stimmung der Bevölkerungsmehrheit erhielt: Beibehaltung der
kapitalistischen Produktionsweise, Integration in das Wirt-

schafts- und Rechtssystem der Bundesrepublik, Ausbau des Osthandels, Entspannung und Verständigung mit der DDR. 35) Jörg Huffschmids Ausführungen gipfeln in dem Satz: "Unser Kampf in dieser Stadt ist der Kampf gegen den Spätkapitalismus, dessen Existenz überhaupt nur noch mühsam simuliert werden kann". 36) Dabei ignoriert er die von ihm zuvor entwickelte Zukunftsperspektive Westberlins, die im kapitalistischen Sinne so rosig ist, dass sie die Revolutionäre unter Zeitdruck setzt.

Resultierte die Unstimmigkeit dieser strategischen Konzeption allein aus dem analytischen Unvermögen des Autors, wäre sie von geringem Interesse. Die Insuffizienz dieser Strategie-Konzeption ist jedoch ein Symptom für die Schwierigkeit, bewusstseinsverändernde Strategien zu entwickeln, die in ihrem Erfolg schwer zu kalkulieren und in ihren Wirkungen bisher meist falsch eingeschätzt worden sind. Strategie steht unter dem Zwang der Mittelwahl für entschiedene Ziele und ist versucht, Veränderungsmöglichkeiten auch dort als erfolgverheissend aufzuzeigen, wo sie nach einer realistischen Einschätzung der Lage nicht gegeben sind. Zu einer realistischen Einschätzung der Lage gelangt man jedoch nur durch den Einsatz einer entwickelten wissenschaftlich-analytischen Methode zur Eruierung aller fassbaren Bedingungen der komplexen Verhältnisse. Die theoretische Bestimmung politischen Handelns in einer komplexen Situation mit nur zum Teil überschaubaren Auswirkungen würde durch das abwägende "Einerseits-andererseits" jedoch in jedem Fall der Radikalität in der Durchführung eines gefassten Entschlusses Abbruch tun.

Zwei Bereiche des Gesellschaftssystems lassen sich unterscheiden, in denen Aktionen mit der strategischen Zielsetzung der Bewusstseinsveränderung vorzugsweise angreifen. Einmal ist es der Bereich verfestigter Verhaltensmuster und -strukturen, der seine Angriffsfläche durch äussere Riten und Traditionen bietet, die sehr leicht zu "entlarven" und als überflüssig oder inadäquat und deshalb lächerlich hinzustellen sind. Diese strategischen Hebel

bieten sich in der Justiz und vor allem in der Hochschule, wo auch diese "spassige Seite der Revolution" nicht unwesentlich zur Bewusstseinsrevision studentischer Massen beigetragen hat.

Der zweite Bereich, der sich strategischen Ansätzen der radikalen Aufklärung öffnet, umfasst das kritische Potential der Intellektuellen des linken Liberalismus und sonstiger Intellektueller, sich aber nicht unbedingt politisch artikulierender Dissidenten des Systems. Dieses Potential derjenigen, die gewillt sind, rational und offen sich mit neuen politischen Ideen und Bewegungen auseinanderzusetzen, wird als kritisches, jedoch von der Linken in der Regel nicht anerkannt und hat in strategischen Überlegungen nicht selten den Stellenwert des nützlichen Idioten. Auch die politische Funktion dieser Gruppe im Kräftespiel der Machtverhältnisse wird nicht fruchtbar gemacht. Die Möglichkeit des rationalen Dialogs wird selten genutzt, und wenn, dann folgt seiner bewusst betriebenen Emotionalisierung ein vorzeitiger Abbruch, weil eine sich abzeichnende dritte Position ins Klassenkampfschema nicht einzuordnen ist. Es steht ausser Zweifel, dass diese fluktuierende und oft unentschiedene Gruppe der linken Liberalen zur Einebnung von "Klassen-gegensätzen" nicht unwesentlich beigetragen hat und - wie etwa in Westberlin - mit verhinderte, dass die "Klassenfrage" als Machtfrage tatsächlich gestellt und auch entschieden wurde. Sie hat den Sieg der Reaktion verhindert, denn bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen ist auf eine leichtfertig gestellte "Machtfrage" nur eine reaktionäre Lösung denkbar. Dass linke Liberale wechselnd Zustimmung und Ablehnung zu radikalen Aktionen bekunden, wird als kurzsichtiger oder auch böswilliger Sozialdemokratismus, Revisionismus oder Reformismus registriert, nicht aber als mögliches Indiz für eine gewisse Unbestechlichkeit dieser Position gewertet.

Neben diesen beiden Bereichen des strategischen Ansatzes wird auf einer diese überschneidenden Ebene noch eine drit-

te Zielgruppe bevorzugt angesprochen. Hier werden jeweils von breiten Bevölkerungskreisen als besonders ungerecht oder drückend empfundene Einstellungen oder Verhaltensweisen "der da oben" herausgegriffen und als Misstände des Systems, d.h. als logische und unausweichliche Konsequenz kapitalistischer Produktionsweise und imperialistischer Politik einsichtig gemacht. Indem unreflektierte Ärgernisse des täglichen Lebens, für die oft anonyme Institutionen oder aber ganz spezielle Personen verantwortlich gemacht werden, in den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gerückt werden, wird versucht, eine bisher unpolitische Protesthaltung der Unterprivilegierten des Systems so zu politisieren, dass diese Haltung in eine begründete Ablehnung des Gesamtsystems umschlägt. Die besondere Aufgabe dieses Aufklärungsprozesses stellt sich darin, die auftretenden Härten des sozialen Zusammenlebens gegenüber schwachen Minoritäten, die mehr oder minder zufällig den Einzelnen treffen, als Wesen des Systems herauszustellen. So sind nicht nur Studenten, Schüler, Arbeitslose, Straffällige und Asoziale Adressaten dieser Strategie, sondern vor allem auch diejenigen, die von bestimmten als ungerecht empfundenen Massnahmen des Staates betroffen sind, wie durch Stadtсанierung, Freigabe der Mieten, Ladenschlussgesetze, etc.

In diesen grundlegenden theoretischen Ansätzen im Rahmen einer allgemeinen Strategiediskussion werden die Absichten der Erhellung und Veränderung des Bewusstseins vor machtpolitischen Umsturzversuchen noch weitgehend durchgehalten. Erst die Taktik der direkten Aktion zeigt dann die Verwässerung dieser Zielvorstellung durch unkritische Vermengung mit dem revolutionären Pathos historischer Strassenkämpfe. Der Umkreis einer aus theoretischer Zucht entlassenen, dem Massenverhalten und der Massenreaktion überantworteten direkten Aktion entwickelt sich zum Tummelplatz von Vulgärstrategen, die in faschistoider Fixierung auf den "Gegner" sich in dem Glauben wännen, den

Griff nach der Macht tatsächlich zu tun. Auf diese Aktio-
nisten einer Scheinrevolution trifft Habermas' Kritik zu
Recht. Nicht identifiziert werden dürfen sie jedoch mit
denjenigen Trägern der studentischen Protestbewegung, die
ihr politisches Handeln in den Rahmen einer theoretischen
Konzeption weiterhin gestellt haben und dabei eine für den
Aufklärungsprozess bewusst einkalkulierte Mittelfunktion
scheinrevolutionärer Aktionen durchaus mit einbeziehen.

"Grundsätzlich erfolgt der Angriff auf den Gegner immer
auf seine schwächste Stelle, wobei die eigenen Kräfte
konzentriert eingesetzt werden", formulierte ein Mitglied
des Republikanischen Clubs Westberlin. 37) In dieser Stra-
tegieanweisung fehlt auch nicht die Verbrämung, dass sie
den "Umschlag der Quantität zur höheren Qualität" ge-
währleisten soll und Hinweise auf die Notwendigkeit, die
Reaktionen des Gegners zu erkennen und sie möglichst
vorauszusehen. Die wesentlichen Probleme einer Auseinander-
setzung in Form einer Aktion oder Demonstration werden
jedoch ignoriert, weil sie die Anwendung theoretisch-
analytischen Wissens und Methodenbewusstseins voraussetzen:
wichtiger als der Hinweis, dass der Gegner da zu treffen
ist, wo er zu treffen ist, wäre die Frage nach dem Gegner
selbst.

Die Beantwortung dieser Frage hätte jedoch wesentliche Kon-
sequenzen für die praktischen Auseinandersetzungen. Ist die
Polizei etwa bewusst gewalttätig oder manipuliert; ist
der aktuelle Gegner "Polizei" als staatliches Exekutions-
organ oder ist er die Reihe einzelner Polizisten als so-
ziale Rollenträger? Eine weitere wichtige Frage zielt
auf den Adressaten der Veranstaltung. Ist es das zufällige,
hochgradig emotionalisierte und in der Regel feindselige
Strassenpublikum, ist es das gezielt ausgewählte Publikum
einer bestimmten Veranstaltung (Konzert, Parteiversamm-
lung), sind es die gewählten Repräsentanten des Volkes,
die sich von der Empore oder aus dem Rathausfenster

das Spektakel ansehen, sind es die Journalisten, sind es die "Herrschenden", die sich den Verlauf der Aktion von ihren persönlichen Referenten vortragen lassen, ist es das Millionenpublikum am Fernsehschirm, sind es vereinzelte ästhetisierende Intellektuelle, sind es schliesslich Mitläufer aus den eigenen Reihen oder sonstige Nahestehende ("Fronterlebnis")? Lässt sich das Bündel der gleichzeitigen optimalen Einwirkungsmöglichkeiten auf den unmittelbaren Gegner der Provokation (Polizei), auf den Adressaten der bewusstseinsverändernden Wirkung der Provokation (Publikum), auf das mittelbare politische Ziel dieser Provokation (Umsturz) und auf die bewusstseinsstabilisierende Funktion (Teilnehmer selbst) mit identischen Mitteln verfolgen?

Der offenbare Mangel eines für die allgemeine Strategie der Veränderung zwar theoretisch ermittelten, strategisch im einzelnen aber nicht nach verschiedenen Zielgruppen durchsystematisierten Stellenwertes von Aktionen wird noch verstärkt durch den Mangel einer rationalen Erfolgskontrolle. Wahlweise werden Erfolgskriterien aufgestellt und wieder verworfen; entscheidend ist die hohe Teilnehmerzahl von Aktionen ("Masse") oder die Zusammensetzung der Teilnehmer (Arbeitnehmeranteil) oder der Solidarisierungseffekt beim Publikum oder der Solidarisierungseffekt in den eigenen Reihen oder die Härte und Borniertheit der behördlichen Reaktion. Es gilt, sich darüber klar zu werden, dass z.B. die Stärkung des eigenen klassenkämpferischen Bewusstseins durch das gemeinsame Erlebnis gewaltmässiger Konfrontation sich nicht mit gleichen Mitteln erreichen lässt wie eine bewusstseinsmässige Einwirkung auf die Bevölkerung, die sich oft erst infolge dieser Konfrontationen - von Massenkommunikationsmitteln unterstützt - emotional und aggressiv auflädt.

3. Exkurs: Hochschulreform

Die Behandlung der Hochschulreform durch linke Studenten soll auch in ihrer zeitgeschichtlichen Skizzierung deshalb ausführlicher untersucht werden, weil sie exemplarisch ist für die Veränderung der theoretisch-strategischen Zielsetzung und Mittelwahl des Widerstandes. In der Hochschulreformdiskussion ging es ursprünglich um die Erarbeitung analytischer Modelle für eine demokratische Organisation von Lehre und Forschung. Die Hochschule als gesellschaftlich verfasste Wissenschaft musste in den ihre Strukturen wesentlich mitbestimmenden gesellschaftlichen Bezügen untersucht werden. Sozialistische Studenten konstatierten als vorläufiges Ergebnis ihrer Anstrengungen Anfang der 60iger Jahre: eine Veränderung der Verhältnisse an der Hochschule ist nur durch die Veränderung der Verhältnisse der Gesamtgesellschaft möglich. Diese gesamtgesellschaftliche Perspektive der reformistischen ersten Phase einer der Öffentlichkeit angetragenen theoretisch konzipierten Neuorganisation der Hochschule wurde abgelöst durch die zweite Phase der ersten Versuche einer praktischen Selbstorganisation eines "kritischen" Wissenschaftsbetriebes. In Westberlin und einigen weiteren Hochschulorten entstanden die "Kritischen Universitäten" als alternative radikaldemokratische "Gegenuniversitäten". Auch in dieser Phase war das primäre Ziel noch unmittelbar konstruktiv die Hochschulreform. Mit dem Fehlschlag dieser Versuche und den Konfrontationen mit Bevölkerung, Polizei und politischer Führung auf der Strasse bei Kampagnen und Demonstrationen allgemein-politischer Zielsetzung wurde in der dritten Phase die "Destruktion" des Wissenschaftsbetriebes mit Verweigerungsstrategien und revolutionären Aktionen eingeleitet. Im Glanz scheinbarer und echter Erfolge (Massenbasis) hatte die Hochschulreform in den sich zunehmend radikalisierenden revolutionären Ideologien nurmehr reine Mittelfunktion für den ge-

samtgesellschaftlichen Kampf. Der strategische Leitsatz der Anfangsphasen wurde umfunktionalisiert in: Veränderung der Gesellschaft mittels des revolutionären Hebels der Hochschulreform. Eine vierte Phase zeichnet sich schliesslich ab im gleichzeitigen Verfall von Theorie, Strategie und Praxis durch Pragmatismus und Individualismus in den verschiedenen Aktionen, Kadern und Projektgruppen der Basis. Die Auflösung der Verbandsorganisation von VDS und SDS und die zunehmende Isolierung der "reinen Theoretiker" von den Praktikern der revolutionären Arbeit sind dabei die augenfälligsten Symptome.

Diese Einteilung in vier Hauptphasen der Entwicklung muss durch eine detailliertere Nachzeichnung der studentischen Protestbewegung begründet werden.

Das wichtigste Dokument zur Charakterisierung der ersten Phase ist die Denkschrift des SDS zur Hochschulreform von 1961, 38) deren wesentlich erweiterte Neuauflage im Jahre 1965 von vier Autoren des ehemaligen studentischen Mitarbeiterkreises der ersten Denkschrift als umfassende Studie vorgelegt wurde. 39) Die folgende Darstellung der Hochschulverfassung und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen aus linksreformistischer Sicht in dieser ersten Phase der Eskalation des Protestes hält sich im wesentlichen an diese Denkschrift.

Die klassische Universität Humboldts und Schleiermachers erhielt ihre Ausprägung in dem Versuch, ihre Organisationsformen dem vorherrschenden Wissenschaftsideal einer "reinen Wissenschaft" dienlich zu machen. Die Berliner Neugründung zu Anfang des 19. Jahrhunderts, von der diese Überlegungen ihren Ausgang nahmen, hatte sich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob ihre Institution dem gesellschaftlichen oder dem staatlichen Bereich zugehören sollte. Mit der Trennung des Staates von der Gesellschaft erfüllten auch die Universitäten nicht mehr allein die Funktion der

Ausbildungsstätte für den Nachwuchs der staatlichen Verwaltung, sondern gewannen zunehmend ihr Selbstverständnis als freie Horte der Vernunft und des Sittlichen, - Werte, die auf politischer Ebene erst noch zu verwirklichen waren.

Der wirtschaftliche Aufschwung seit der Reichsgründung bewirkte den Strukturwandel der Universität zum modernen Forschungs- und Ausbildungsbetrieb. Der sozio-ökonomische Entwicklungsprozess drängte auf die Ausbildung der Erfahrungswissenschaften, die bisher als "reine Naturwissenschaften" im Rahmen der grundlegenden philosophischen Wissenschaft betrieben wurden. Die wissenschaftliche Arbeit wurde zunehmend betriebsförmig organisiert und tendierte zur Spezialisierung und Technisierung ihrer Forschungsprozesse.

"Wissenschaft und ihre Lehre, bisher nur ein locker vergesellschafteter Kommunikationsprozess zwischen isoliert arbeitenden Gelehrten oder Studenten, gerinnen zum vergesellschafteten Arbeitsprozess, zum Betrieb kooperierender Wissenschaftler und Auszubildender". 40)

Der Staat organisiert eine strenge Institutshierarchie, die den Lehrkörper um seine Spitze, das Ordinariat, zunftartig aufgliedert. Die Forschungsergebnisse werden in den Tauschverkehr des kapitalistischen Systems einbezogen" als Objekte privatwirtschaftlicher oder staatskapitalistischer Aneignung und Verwertung". 41)

Die Hochschule ist heute Objekt wirksamer Einflüsse der staatlichen Bürokratie und der Wirtschaftsverbände. Dieser Druck von aussen bedroht ihre innere Autonomie, ihre Satzungsbefugnis über Promotion, Habilitation und Studiengestaltung, die sie als Erbe der Tradition der "freien Gelehrtenrepublik" übernommen hat. Mit einer "krisenfesten Verankerung der Selbstverwaltungsautonomie" wurden die Universitäten nach dem zweiten Weltkrieg in die neue Demokratie gesetzt. Deren einstiger Vorzug erweist sich jedoch jetzt als "Hindernis für eine Hochschulreform aus eigener Kraft". 42)

An der Frage, ob die Hochschule dem von aussen an sie herangetragenen ökonomischen Leistungsprinzip des kapitalistischen Systems nachgeben soll - oder bereits nachgegeben hat - , oder ob sie sich "demokratisieren" kann, entfaltet sich die Kritik des SDS.

"Demokratisierung der Hochschule" wird danach verwirklicht als die Einheit von drei Faktoren:

- "a) der faktisch demokratisierenden Tendenzen i n n e r - h a l b des Wissenschaftsbetriebs selber;
- b) der Chancen g e s e l l s c h a f t l i c h e r Demokratisierungsansprüche an die soziale Organisation und Funktion von Wissenschaftsbetrieb und Hochschule; aber auch
- c) der immanenten Grenzen beider Demokratisierungsimpulse an den Strukturwidersprüchen der bestehenden ... gesellschaftlichen Verhältnisse, herrschenden Interessen- und Bewusstseinslagen ...". 43)

Diese Einheit bewirkt, dass Probleme des gesamtgesellschaftlichen Bereichs, wie Mitbestimmung, innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie, monopolistische Herrschaftsansprüche, usw., in die Hochschulpolitik mit einbezogen werden müssen. Antihierarchische Herrschaftsstrukturen innerhalb der Hochschule "sind im Kern identisch mit den politischen Ansprüchen einer Demokratie auf Abbau repressiver inhumaner Herrschaft in der Gesellschaft". 44)

Denn die "allgemein-gesellschaftlichen Pressionen und sozialpsychologischen 'Grosswetterlagen' (reproduzieren sich) in der konkreten westdeutschen Gesellschaft ... mit oder gegen den Willen der Professoren und Studenten auch in der Hochschule". 45)

Die repressiven Tendenzen der Gesellschaft finden ihre Entsprechung in der Universität als ihrer Organisation, die ihre Aufgabe nach Auffassung der SDS-Autoren gegenwärtig nicht mehr allein in der Bereitstellung verwertbarer Forschungsergebnisse wahrnimmt, sondern die "gleichzeitig - möglicherweise vorwiegend - der Stabilisierung und Rechtfertigung bestehender Herrschaftsverhältnisse" dient. 46)

So gilt es auch im Hochschulbereich zwischen notwendigen und überflüssigen ("ungleichzeitigen") Herrschaftsstrukturen zu unterscheiden, um eine Erbschaft zu tilgen, die "aus verspäteter Industrialisierung und krampfhafter nationaler Einigung, vor allem aber aus der systematisierten Barbarei des Nationalsozialismus" übernommen wurde. 47) Die Demokratisierungsbewegung hat sich so mit den "grundlegenden Widersprüchen von gesellschaftlicher Produktion und 'privaten' und bürokratischen Verfügungsmonopolen" auseinanderzusetzen; 48) denn gerade an der Universität zeigt sich die Kluft zwischen dem Anspruch der Demokratie, die freie Gesellschaft der Menschen auf der Grundlage eines rationalen Konsensus herzustellen, und den tatsächlich bestehenden autoritären Herrschaftsstrukturen:

"Die Erfüllung einer jetzt nur formalen Autonomie vom Staat durch die selbstbewusste Distanz beim Vollzug ihrer vielgestaltigen Funktionen in der Gesellschaft ist der Universität nur in dem Masse möglich, wie sie in ihrem eigenen Betrieb und Arbeitsprozess jedem Einzelnen seine freie Entfaltung und demokratische Beteiligung gewährleistet". 49)

Der immanente Rationalisierungsprozess des bestehenden kapitalistischen Systems drängt in seinen Ansprüchen zwar auf die Rationalisierung des Wissenschaftsbetriebes, injiziert diesem dabei jedoch seinen eigenen Mangel: die ausschliessliche Orientierung am Leistungsprinzip. Es geht für die Gesellschaft ausschliesslich darum, einen "Modernitätsrückstand" der Universität aufzuheben und die Wissenschaft auf den technisch möglichen Höchststand zu bringen, 50) um die Universität als Wissensproduzent voll in die Mechanismen des kapitalistischen Marktes zu integrieren. Das Prinzip der "zweckfreien Forschung" wird damit gegenstandslos. Der Staat monopolisiert das Bildungswesen und übernimmt auch im Bereich der Wissenschaft "gesellschaftliche Funktionen, die den heutigen Eingriffen in das Marktgefüge entsprechen". 51)

Die Universität degeneriert zur "Akademiker-Fabrik", 52) die möglichst billig akademische Spezialisten ausstossen soll und deshalb ihre Ausbildung an den Kriterien ökonomischer Rationalität auszurichten hat. So fällt auch nach Jürgen Habermas "der Schatten einer autoritären Leistungsgesellschaft ... auf eine Korporation, die mit ihren feudalistischen Überbleibseln nicht nur für Repressionen eigener Art, sondern auch für archaisch anmutende, aber bitter notwendige Freiheitsreservate gesorgt hat". 53)

Der von der Gesellschaft ausgeübte Zwang zur Industrialisierung des universitären Betriebes gerät somit zunehmend in Widerspruch zu dessen gegenwärtiger Verfassung, deren Strukturen sich "betriebsstörend" auswirken müssen, da sie sich dem von der kapitalistischen Produktionsweise an sie herangetragenen Organisationsziel als dysfunktional erweisen. Ihre Arbeitsformen muten, an den Kriterien der modernen technisierten Umwelt gemessen, archaisch an. Die durch diesen Druck ausgelöste Rationalisierung führt in ihren Konsequenzen jedoch zu Ergebnissen, die den Inhalten des Demokratisierungspostulats genau entgegenstehen. Auch ein rationalisierter Betrieb ist weiterhin durch die Konzentration der Betriebsmittel in den Händen einiger weniger "Monopolisten" charakterisiert. Eine demokratische Universität lässt sich jedoch erst durch den Abbau ihrer hierarchischen Herrschaftsstrukturen verwirklichen. Diese Strukturen gilt es zu analysieren:

Die SDS-Autoren gehen davon aus, dass der Mensch als schöpferischer Wissenschaftler oder Künstler "eines größeren Masses an B e f r i e d i g u n g menschlicher Wünsche in seiner Tätigkeit (bedarf), um sie sinnvoll auszuführen", wohingegen der Mensch in der mechanisierten Industriearbeit letztlich nur durch die A n g s t vor dem Verlust seines materiellen Auskommens und sozialen Prestiges seine Funktion im kapitalistischen System erfüllt. 54)

Aus diesen psychisch-sozialen Bedingungen der wissenschaftlichen Arbeit lassen sich daher die hierarchischen Herrschaftsstrukturen nicht als Sachgesetzmäßigkeiten begründen. Die überkommene Struktur der Universität ist vielmehr das Produkt historisch überholter Entwicklungstendenzen, die in der modernen Zeit ihre wesentliche Stütze im autoritären Selbstbewusstsein der Lehrstuhlinhaber finden, die in der Organisation der wissenschaftlichen Arbeit lediglich ihrem Interesse an Herrschaft folgen. So sind die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Instituten durch die "Allmacht" der Ordinariate bedingt. Sofern sich nicht, wie vorwiegend in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen, mehrere Lehrstuhlinhaber in ein Institut teilen, sind diese gleichzeitig die Direktoren ihres Fachinstitutes und bestimmen dessen Forschungsrichtung. Sie verfügen über die Personal- und Sachmittel und sind die Chefs der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Aus der persönlichen Abhängigkeit der wissenschaftlichen Lehrkräfte von den Ordinarien erwächst die materielle und geistige Unsicherheit ihrer Stellung: der Aufstieg in der wissenschaftlichen Personalpyramide ist "fast nur über das Wohlwollen eines Lehrstuhlinhabers möglich", und das "Pfründen-System" hat immer noch erhebliche Unterschiede des finanziellen Einkommens zur Folge.

"Die Mehrzahl der sogenannten N i c h t o r d i n a r i e n - nirgends sonst wird wohl eine Berufsgruppe negativ durch eine andere definiert - ist auch in der Lehre faktisch auf enge Spezial- und Randgebiete verwiesen, während den Ordinarien die grossen Haupt- und Pflichtvorlesungen bzw. -seminare vorbehalten bleiben". 55)

Die Kritik des SDS an der Hochschulstruktur konzentriert sich in der Denkschrift von 1965 auf die Elemente, die eine Demokratisierung der Universität bisher verhindert haben:

In der Position des Institutsdirektors liegen Autoritätsansprüche begründet, die in seinem Selbstverständnis als auch im Verständnis der ihm untergebenen Mitarbeiter und

Studenten "obrigkeitlichen Geist und Verwaltungsstil" offenbaren. 56) Der Institutsdirektor steht als leitender unmittelbarer Staatsbeamter in engem Kontakt mit den hohen Beamten der staatlichen Bürokratie und überträgt hier vorherrschendes autoritatives Denken auf den eigenen, ihm unterstellten Bereich.

Die Beamtenstellung der Hochschullehrer und Assistenten und die Eingliederung der Wirtschaftsverwaltung der Hochschule in die staatliche Verwaltung hat "zu einer zusätzlichen Verankerung der obrigkeitsstaatlichen Hochschul- und Institutsorganisation im überkommenen, nur notdürftig dem Grundgesetz angepassten Verwaltungs-, Haushalts- und Beamtenrecht geführt". 57) Hier ist eine selbständige Herrschaftsebene entstanden, die partiellen Reformabsichten bisher Widerstand geleistet hat.

Die obrigkeitliche und privilegierte Stellung der Lehrstuhlinhaber findet ihre Stütze auch in der in der bürgerlichen Gesellschaft vorherrschenden "öffentlichen Meinung", der es fast als "Sakrileg" erscheint, "der Nation die geistige Führergestalt des Lehrstuhlinhabers nehmen zu wollen und 'amerikanische Verhältnisse' einreissen zu lassen". 58) Die symbolhafte Gestalt des deutschen Professors vereinigt sich in der Öffentlichkeit zudem mit der Vorstellung einer allmächtigen Wissenschaft, die als abstrakte Wissenschaftsgläubigkeit die Kritik der Arbeits- und Organisationsformen der Wissenschaft selber zum Tabu erklärt.

Der Einfluss der Wirtschaftsunternehmen und Verbände wird durch die Vergabe von Mitteln teilweise über die Institute und deren Direktoren direkt auf den Wissenschaftsbetrieb ausgeübt und bestärkt Tendenzen, die einer Demokratisierung entgegenstehen. Dabei treten "als Repräsentanten 'der Wirtschaft' ausschliesslich Repräsentanten des Kapitals auf". 59)

Gegenüber den Institutsdirektoren und ihren "Finanz- und Geschäftspartnern in Wirtschaft oder Staatsressorts" ist die Hochschulautonomie als akademische Selbstverwaltung wegen ihrer unzureichenden Ausstattung mit nicht zweckgebundenen finanziellen Mitteln ständig gefährdet. Die Kultusministerien können ihre Aufgabe als sachverständige und zielbewusste "hochschul- und wissenschafts p o l i - t i s c h e Instanz" gegenüber dem Durchsetzungsvermögen der ökonomisch mächtigen Sonderinteressen nicht wahrnehmen. "Es lässt sich eine kontinuierliche 'Erosion' von Einfluss, Kontroll- und Entscheidungsgewalt der staatlichen Hochschulverwaltungen feststellen". 60)

Der Student selbst ist "Objekt" der Erziehung innerhalb einer patriarchalisch strukturierten akademischen Gemeinschaft. Seine hochschulpolitische Mitarbeit ist auf die Wahrnehmung eng begrenzter Selbstverwaltungsaufgaben beschränkt. Der von der modernen industriellen Leistungsgesellschaft auf die Universität ausgeübte Druck zur Leistungssteigerung wird von einer Universität, die an überkommenen Strukturen der Arbeitsorganisation festhält, an die Studenten weitergegeben, die sich repressiven Massnahmen wie Zwangsexmatrikulation oder disziplinarrechtlicher Kontrolle "kritischer" Betätigung ausgesetzt sehen. "Die Universität kompensiert also die erhöhte Leistungsanforderung durch mehr oder weniger primitive Mittel der Disziplinierung der Studenten". 61)

Da die Ordinarien ihre Autonomie der Organisation von Forschung und Lehre in der bestehenden Form verteidigen, musste die Universität durch Konzentration "auf die unausgeschöpfte Kapazität" der gegenwärtigen Ausbildungseinrichtungen ihren Leistungswillen demonstrieren. Das führte, wie Wolfgang Lefèvre später feststellte, zu einer für die Studenten unerträglichen Arbeitssituation, in der sie nichts mehr zu verlieren haben. 62)

Aus den vorangegangenen Ausführungen wurde ersichtlich, dass der SDS bereits im Jahre 1961, bzw. 1965 in der antidemokratischen Struktur der westdeutschen Universität nur geringe Chancen für Reformen sah, die diese aus eigener Kraft verwirklichen kann. Der Studentenverband glaubte damals jedoch gewisse Tendenzen beobachten zu können, die auf begrenzte Veränderungen der Hochschulorganisation drängten:

So bewirke das weitere Anwachsen der Studentenzahlen und der Forschungsaufträge für Professoren und Institute "eine gleichsam naturwüchsige, vom kurzfristig-punktuellen Bedarf vorangetriebene Kapazitätsausweitung", die auf die Dauer nicht ohne Rückwirkung auf die Organisation der wissenschaftlichen Arbeit bleiben könnte. 63)

Ferner werde sich das Interesse der Unternehmer an der Forschung in der Hochschule auf deren Struktur auswirken und ein neues Mass von Effizienz an die traditionsbelasteten schwerfälligen Selbstverwaltungsorgane herantragen.

Zum dritten beeinflussten die Prinzipien einer zunehmend dirigistischen Regulierung des ökonomischen Produktionsprozesses durch den Staat die Planung und Rationalisierung der mit der Wirtschaft "verflochtenen" Institute. 64)

Diese Chancen sollten von "bewussten Demokraten" an der Hochschule wahrgenommen werden. Sie wurden jedoch als nicht ausreichend angesehen, die Universität soweit zu verändern, dass eine durch demokratische Verhältnisse "sinnvoll" gemachte Arbeitssituation geschaffen werden könnte. Wirkliche Reformen wurden als darüberhinausreichend in zwei prinzipielle Ansätze unterschieden: in die "technokratische" und die "demokratische" Hochschulreform.

Die technokratischen Reformversuche sind nach Ansicht der SDS-Autoren vor allem in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates dokumentiert. Am 10.6.1966 legte dieser seine "Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen" vor. 65) Der Wissenschaftsrat

versuchte darin, mit einer weitreichenden bildungspolitischen Konzeption Studienziel und Studiengang an den wissenschaftlichen Hochschulen grundsätzlich neu zu orientieren und die Richtung einer Reform aufzuweisen, die dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft und der gesellschaftlichen Entwicklung gerecht werden sollte. Der Verband Deutscher Studentenschaften begrüßte diese Empfehlungen mit dem Vorbehalt weiterer Beratungen. 66) Der VDS bedauerte zwar, dass eine Reihe von Fragen offengeblieben waren, wies jedoch daraufhin, dass bedeutsame Anregungen des 1962 vorgelegten VDS-Gutachtens "Studenten und die Neue Universität" übernommen worden waren. In seiner Stellungnahme zu den Empfehlungen bejahte der VDS zudem die umstrittene Studienzeitbegrenzung im "Junktim" mit einer Neuorientierung der Studienziele und einer Reform der Studienorganisation" und lehnte es ab, "in einer 'Verschulung' des Studiums einen Vorwurf zu sehen". 67)

Der Sozialistische Studentenbund sah in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates keinen gangbaren Weg und lehnte diese ebenso ab, wie die aktuellen Zustände der Hochschulorganisation. Für ihn zielten die "offiziellen" Reformbestrebungen lediglich auf die Herstellung einer "technokratischen Universität", die geeignet ist, die Möglichkeiten einer dritten - demokratischen - Universität zu verschleiern und damit ihre Verwirklichung zu verhindern. 69) Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates wurden als "scheinbare Lösung" kritisiert, da sie sich lediglich an leistungssteigernden Kriterien orientierten und damit industrielle Maßstäbe in den Wissenschaftsbetrieb übernehmen wollten, ohne die repressiven hierarchischen Strukturen der Universität anzutasten:

"Der Hochschulbetrieb soll auf der Basis der geltenden traditionellen Berufsbilder 'rationalisiert' werden. Abgekapselt von dem aufklärerisch-humanistischen Erbe, den gesellschaftlichen Anforderungen und zukunftsweisenden Tendenzen der Gegenwart, werden die Hochschulen endgültig von Elfenbeintürmen in Elfenbeinfabriken verwandelt, in denen professorale Fachidioten studentische Fachidioten ausbilden". 70)

Die Kritik des SDS an diesen technokratischen Reformbestrebungen verband sich mit der eindeutigen Absage an die Einstellung des damaligen VDS, der seine Ordnungsvorstellungen den Theorien des "konstitutionellen Obrigkeitsstaates" entnommen hätte und deshalb die Demokratisierung der Universität falsch verstehen müsste. Der Selbstverwaltungsgedanke wurde nach Ansicht des SDS von den Studentenschaften zu eng und im Grunde unpolitisch gefasst. Die Konzentration auf die eigenen, überschaubaren "studentischen" Angelegenheiten vermittelte ihnen lediglich ein Selbstverständnis als "nachgeordnete Behörde":

"Für die (Angelegenheiten) der Hochschule, wie auch, bei konsequenter Durchführung des Prinzips, für die der übrigen Gesellschaft betont die Studentenschaft ihre Unzuständigkeit". 71)

Die repressive Bewusstseinslage des überwiegenden Teils der Professoren und der Studenten erforderte nach der Meinung des SDS auch an der Universität einen revolutionären Weg ihrer Veränderung. Die synchrone Verwirklichung von Demokratie in der Gesellschaft und Demokratie in der Hochschule konnte erst Erfolg verheissen. Den Studenten als dem fortschrittlichsten und radikalsten Teil der Opposition musste dabei eine "Schlüsselstellung" als Protagonisten der Demokratisierungsbewegung zukommen. Sie waren dabei zuerst auf ihren eigenen Bereich, die Hochschule, verwiesen, sollte der Durchbruch gelingen.

Dieser "demokratische" Weg der Reform wird inhaltlich bereits 1961 als unmittelbar notwendige Neuorganisation gefordert:

"(Demokratisierung) verwirklicht sich erst durch die gleichberechtigte Teilhabe der Dozenten, Assistenten und Studenten an der Verfügungsgewalt über die wissenschaftlichen Arbeitsmittel und an der Entscheidung über alle Universitätsangelegenheiten". 73)

1965 konstatieren die SDS-Autoren in ihrer Denkschrift,

dass "die H o c h s c h u l o r g a n i s a t i o n
a l s G a n z e s in absehbarer Zeit am allerwenigsten
einer demokratischen Willensbildung unterworfen werden
kann". 74) Daraus ergibt sich für den SDS die Notwendigkeit,
bei der Konstruktion seines demokratischen Hochschulmo-
dells den widerspruchsvollen gesamtgesellschaftlichen
Voraussetzungen gerecht zu werden, indem er "'an sich'
vernünftige", nämlich radikaldemokratische Modelle so-
weit modifiziert, dass ihre Inhalte in der repressiven
Umwelt nicht wirkungslos oder gar in ihr Gegenteil ver-
kehrt werden. 75) Der revolutionäre Durchbruch wird an
der Universität mit reformistischen Schritten eingeleitet.

Damit handelt der SDS in seiner Kritik an der konkreten
Institution der Universität nach dieser Konzeption in der
Einsicht, die ihm bei den Versuchen zur Veränderung ge-
samtgesellschaftlicher Zustände versagt blieb. Die ab-
strakte totale Negation, die der Gesellschaft in anderen
Bereichen entgegengesetzt wird, konkretisiert sich hier
zu hochschulpolitischen Ordnungsvorstellungen, die einer
sachlichen Diskussion noch zugänglich sind.

Die SDS-Denkschrift setzt mit ihrer Analyse der demokra-
tisierenden Strukturprinzipien da ein, wo bereits die
gegebenen sozialen Voraussetzungen dieser Demokratisierung
Möglichkeiten eröffnen:

Zunehmende Rationalisierung und Spezialisierung im Wissen-
schaftsbetrieb fordern die "Bildung neuer wissenschaftli-
cher Kollegien und Arbeitsgruppen, die eine begrenzte
funktionale Autonomie in ihrer Arbeit entwickeln". 76)
Diese Gruppen beanspruchen antihierarchische Strukturen
oder zumindest kollegiale Arbeitsformen, die intensive
und direkte Kommunikation und Koordination erst ermögli-
chen. Die Forderung nach Abbau der Herrschaftsverhältnisse
gilt hier nur innerhalb dieser "funktional verselbstän-
digten Arbeitsbereiche". 77)

Der zweite Punkt der Reform betrifft die Rotation der Ämter und Arbeitsaufträge zwischen den einzelnen wissenschaftlichen Lehrern und Mitarbeitern. Das würde die Aufgliederung der Kompetenzen der Lehrstuhlinhaber in einzelne "funktionale" Schwerpunkte bedeuten und die Reduktion der übermässigen Amtsautorität auf einen "rationalen Kern". Mehrere Mitarbeiter könnten sich so in die Aufgaben eines Lehrstuhles teilen, und der Gelehrte ist veranlasst, Forschung und Lehrtätigkeit unter wechselnder Priorität auszuüben.

Des weiteren wird die Entlastung der Wissenschaftler in Forschung und Lehre von den reinen Dienstleistungsfunktionen in Wirtschafts- und Materialverwaltung, Dokumentation und vorwissenschaftlichem Elementarunterricht vorgeschlagen. Diese Bereiche sollen verselbständigt und besondere berufliche "Laufbahnen" eingerichtet werden.

Als vierter Vorschlag wird der Ausbau des Department-Systems gefordert, wobei auch hier "extra-funktionales hierarchisches Gefälle zwischen den Funktionsstäben und Gruppen" das Haupthindernis ist. 78)

Um Auslese und Aufstieg der Wissenschaftler den "funktionalen Bedürfnissen" anzupassen, ist das bisherige Patronage-System bei der Berufung und Habilitation durch freie Ausschreibung und Bewerbung zu "ergänzen oder zu ersetzen", deren Beurteilung den zentralen Fachgremien obliegen soll. 79) Dazu gehört, dass endlich auch die Mitarbeit in Forschungsteams gegenüber der Einzelarbeit als gleichwertiger Nachweis wissenschaftlicher Qualifikation anerkannt wird. Nur unter diesen Voraussetzungen entsteht erst ein annähernd "freies Spiel" wissenschaftlicher Leistungskonkurrenz". 80)

So ist schliesslich eine "funktionsgerechte Gliederung des Lehrkörpers und der wissenschaftlichen Mitarbeiter nach Leistungs- und Laufbahnstufen erforderlich, die die privilegierte Sonderstellung des Lehrstuhlinhabers aufhebt und das Autoritätsgefälle auf funktionale Notwendigkeiten in befristeten Arbeitssituationen reduziert." 81)

Weitere Reformvorschläge befassen sich mit der Lage der Studentenschaft. Die Studentenschaft soll voll an den Gremien der Hochschulselbstverwaltung beteiligt werden und für ihre Selbstverwaltung institutionelle Garantien erlangen, die es ihr ermöglichen, die Studenten öffentlich und rechtsverbindlich zu vertreten. Der Gleichstellung der Studenten mit den übrigen Mitgliedern der Universität und darüberhinaus mit den Lohn- und Gehaltsbezieher in der Gesellschaft dient die Forderung nach einem kosten-deckenden Studienhonorar. Die SDS-Autoren legen Wert auf die Feststellung, das seine Einführung "nur einem gene-
rellen Trend der Sozialpolitik" entspricht und dieses Prinzip nicht Bestandteil einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft ist:

"Das Studienhonorar ist nur e i n Element in diesem langfristigen Trend, der sich als ' ö k o n o m i - s c h e Emanzipation' auch der einkommenslosen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen vom Einkommen ihrer Eltern verstehen lässt". 82)

Diese konkreten Reformvorschläge heben sich - neben der in ihnen geübten Mässigung - dadurch hervor, dass in ihnen ausschliesslich funktionalistisch argumentiert wird. Sie gewinnen dadurch an Überzeugungskraft, werden aber schon in jener Zeit nicht dem umfassenden Anspruch gerecht, den der SDS in der Übertragung seines antizipierten Gesellschaftsbildes auf die Hochschule an deren Organisation stellt. Denn schon in dieser ersten Phase der Entwicklung der studentischen Protestbewegung wird das Endziel der herrschaftsfreien Hochschulorganisation in der freien Gesellschaft in der theoretischen Diskussion klar ange-steuert. Der Begriff der unbestimmten Negation verstellt jedoch noch nicht die praktischen Gestaltungsversuche an der konkreten Aufgabe der Hochschulreform. Die Notwendigkeit und die Richtung von Veränderungen werden analytisch aufge-zeigt. Die Theorie hat auch dadurch noch eine engere Ver-bindung zur Praxis, dass versucht wird, bestimmte, die wis-senschaftliche Arbeit begründende Werte positiv zu ermit-

teln, die für Kritik und Neugestaltung leitend sind. Diese Zwecke bleiben jedoch vage und werden in ihren Bedingungen nicht bestimmt:

So soll etwa das Studium zu einer Tätigkeit werden, "die einen Wert und eine Bedeutung in sich hat". 83) Es wird ein Hochschulmodell gefordert, "das nicht patriarchalisch und repressiv, sondern demokratisch ist, das heisst: offen für die Kreativität des Einzelnen". 84) Auch die Abgrenzung der wissenschaftlich schöpferischen Arbeit an der Hochschule, die "Befriedigung" verleiht, von der mechanistischen Tätigkeit im gesamtgesellschaftlichen Arbeitsprozess, die auf "Angst" beruht" und daher unmenschlich ist, kann nicht recht gelingen. 85) Menschliche Tätigkeit muss eingehender differenziert werden, will man gültige Kriterien ihrer Unterscheidung finden.

Eine Reform des Wissenschaftsbetriebes, die sich nicht an Sachzwängen orientiert und damit nicht dem Druck von aussen auf ökonomische Leistungssteigerung nachgibt, sollte allgemeine Werte einer menschlichen Daseinsordnung unter der Norm "Demokratie" verwirklichen. Solange es nicht gelang, die Vorschläge zur Veränderung aus diesen Werten funktional zu begründen, musste sich die Kritik des SDS mit Kriterien bescheiden, die sich lediglich an Begriffen wie "Reibungslosigkeit" und "Effizienz" wissenschaftlicher Arbeit orientieren und damit von den Massstäben der kapitalistischen Leistungsgesellschaft noch wenig unterschieden.

Der organisationssoziologische Ansatz der erwähnten Denkschrift erwies sich jedoch als ausserordentlich fruchtbar und machte sie zur Diskussionsgrundlage auch liberaler und sozialdemokratischer Reformer in den folgenden Jahren. Die Massstäbe der möglichen Veränderungen waren noch weitgehend die einer kritischen Betriebssoziologie und nicht die utopisierten einer emanzipierten Gesellschaft. Diese Mässigung ging auf Kosten der revolutionären Dynamik im Unterschied zu späteren linken Publikationen zur Hochschulsituation.

An dem zuerst in Westberlin statuierten praktischen Exempel einer "demokratischen" Universität wurde deutlich, wieweit sich revolutionäre Praktiker bei der Verwirklichung ihrer Vorstellungen von der hier dargelegten theoretisch begründeten Konzeption entfernt hatten. Die Zuspitzung der hochschulpolitischen Auseinandersetzung in dieser zweiten Phase, die mit dem Gründungsaufwurf der "Kritischen Universität" in Westberlin ihren Höhepunkt fand, hat eine ihrer wesentlichen Ursachen in der Entwicklung des "Berliner Modells" und der in ihm angelegten Konfliktmöglichkeiten.

Mit der Gründung der Freien Universität in den ersten Nachkriegsjahren wurde das Modell einer westlich-demokratischen Universität entwickelt, das wesentliche Wertvorstellungen einem dezidierten Antikommunismus entnahm. Die Autonomie der Universität und die Beteiligung der Studenten an ihren Selbstverwaltungsgremien entsprach dem westlichen Demokratieverständnis gegenüber der in die zentrale Zwangsgewalt des östlichen Systems genommenen alten Humboldt-Universität. Als das Selbstverständnis der Bonner Demokratie als pluralistische Repräsentativ-Demokratie durch zunehmend radikaldemokratische Ordnungsvorstellungen vorwiegend junger Intellektueller infrage gestellt wurde, kam es auch zum Konflikt im Verständnis des Berliner Modells. In ihm konkurrierten zwei Prinzipien der akademischen Willensbildung: "einerseits das körperschaftliche im Akademischen Senat und den Fakultäten, andererseits das parlamentarisch-demokratische in der Studentenschaft". 86)

Der Sozialistische Studentenbund hatte sich die Verwirklichung des zweiten Prinzips im Willensbildungsprozess der Gesamt-Universität zum Ziel gesetzt, um den Widerspruch zu überwinden und seine Demokratievorstellung durchzusetzen. Seine Versuche, diesen Widerspruch zu "artikulieren" und zu "aktualisieren" und die Studentenschaft zwecks Abhilfe zu "politisieren", stiessen auf den Widerstand des überwiegenden Teils der Professorenschaft, die

mit "Beruhigungsappellen", "Restriktionsmassnahmen" und der Drohung des "Staatseingriffs" diese politischen Aktivitäten "kritischer Studenten" abwehrten. 87) Nach den Worten Wolfgang Lefèvres standen der SDS und ihm Gleichgesinnte in jener Zeit vor der von der akademischen Seite "vorgeschriebenen" Alternative: Machtprobe oder Unterordnung:

"Das Ergebnis, das wünschenswert ist und realistisch-weise erzielt werden kann, ist die Herbeiführung einer Situation, in der die Ohnmacht der universitären Administration und der Professoren offenkundig wird. Diese Situation ist dann gegeben, wenn die akademische Seite die Universität vorübergehend schliessen muss, denn das würde zeigen, dass die Professoren und die universitäre Administration nicht gegen den Willen der Studenten Herr der Universität sein können" 88)

Den linken Studenten war bei der Durchsetzung dieses Ziels im Rahmen des etablierten Universitätsbetriebes kein Erfolg beschieden, was nicht zuletzt der Grund für die überwiegend depressive Selbsteinschätzung über eine längere Periode hinweg war. Die Ereignisse des 2. Juni 1967 hatten zudem - nach eigenem Urteil - "die Ohnmacht der Studenten gezeigt, wenn diesen die organisierte Gewalt des Systems gegenübertritt". 89) Auch stand der grösste Teil der Studentenschaft den revolutionären Zielen passiv gegenüber. In der Folge der Ereignisse des 2. Juni stellte sich - wie es einer ihrer Wortführer ausdrückte - "die Frage des Überlebens der oppositionellen Bewegung in Berlin". 90)

Die dem SDS in jenen Tagen durch die kurzsichtige Reaktion der Westberliner Polizei und politischen Führung in einer umfassenderen Solidarisierungsbewegung kurzfristig zur Verfügung stehende Massenbasis und die "antiinstitutionelle Linie" des FU-ASTA schien ihm dennoch eine Chance zu geben. Diese Chance wurde als einzigartige Möglichkeit genutzt, in einem einheitlichen revolutionären Schritt eine radikal-demokratische Hochschulorganisation zu schaffen und das schon seit längerem diskutierte Projekt der Gegenuniversität in die Tat umzusetzen.

Im Juli 1967 wurde von dem aus Studenten und Assistenten zusammengesetzten Initiativausschuss der Veranstaltungsplan einer "Kritischen Universität" als "Organ der Studentenschaft" vorläufig festgelegt und veröffentlicht. 91) Die massgeblichen Initiatoren dieser Gegenuniversität waren Mitglieder des SDS oder politisch Nahestehende, die ihr ausseruniversitäres Zentrum im "Republikanischen Club" in Berlin gefunden hatten. Aufschluss über die Ziele dieser "demokratischen" Universität vermittelte das provisorische Vorlesungsverzeichnis:

"Eine freie Studienorganisation der Studenten an allen Hoch- und Fachschulen unter der Beteiligung interessierter Schüler, Arbeiter und Angestellter könnte zu einer radikaldemokratischen Opposition oder Gegengewalt im Bereich von Wissenschaft, Schule und Intelligenz und damit zu einer Komponente ausserparlamentarischer antiautoritärer Opposition werden". 92)

Es sollten dabei Themen wie "Notstandspläne der Bundesrepublik", "'öffentliche Meinung' und der Springer-Konzern" und die "Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt" erarbeitet werden, die nach Ansicht der Initiatoren in dem offiziellen Wissenschaftsbetrieb keine Berücksichtigung fanden. Die Veranstaltungen sollten dazu beitragen, die Verbindung von "permanenter Hochschulkritik" mit der "praktischen Vorwegnahme von Studienreformen" herzustellen, wobei ausdrücklich auf den Nutzen für die späteren Berufsanforderungen hingewiesen wurde. 93)

Eine Analyse der angeführten Themen zeigt deutlich, wie sehr das Anliegen der Hochschulreform bereits zurücktrat gegenüber der Erarbeitung theoretischer Positionen zur Vorbereitung allgemein-politischer Aktionen. Den verschiedenen Themen sind keine Erläuterungen zum Verständnis ihres eingefassten Inhalts beigegeben, sondern bereits die Fixierung der Forschungsergebnisse, die jeweils in wenigen apodiktischen Sätzen umrissen wurden. 94) Das provisorische Vorlesungsverzeichnis hatte so den Charakter eines politischen Agitations- und Schulungsprogramms in bewusst

einseitig parteilicher Haltung, aus der nicht ersichtlich werden konnte, wie sozialistische Studenten das gerade von ihnen vertretene Prinzip der Freiheit von Forschung und Lehre realisieren wollten. Es bleibt unverständlich, weshalb die Initiatoren ihrem Verzeichnis eine derart rudimentäre wissenschaftstheoretische Konzeption zugrunde legten, die die Möglichkeiten einer "Kritischen Universität" als Komplementärveranstaltung der bestehenden verspielen musste.

Damit findet auch die Frage nach dem damaligen "demokratischen Gehalt" der Gegenuniversität ihre (unbefriedigende) Antwort. Es ging nicht mehr darum, Formen wissenschaftlicher Arbeit zu entwickeln und zu exerzieren, die gegenüber dem herrschenden Wissenschaftsbetrieb eine qualitativ andere Demokratie einrichteten. Es ging darum, der vorgeblich kritischen Veranstaltung eine einseitige ideologische Richtung zu indoktrinieren. Damit wurden die dem Meinungsstreit ausgesetzten Gegenstände wissenschaftlicher Untersuchung einer methodischen intersubjektiven Kontrolle entzogen und mussten unter die Herrschaft Einzelner geraten. Die Gründung und Begründung der "Kritischen Universität" einer demokratischen Ordnung in sozialistischem Verständnis nachzuweisen. Die Frage, wie sich Demokratie unter den Menschen verwirklichen lässt, wurde schon in dem ersten Realisierungsversuch verschüttet.

Die Gründung der "Kritischen Universität" war ein erster Versuch zur Institutionalisierung des Klassenkampfes. Als nach einem Semester angestrebter Arbeit und Grundsatzdiskussionen die Arbeitsgruppen der Gegenuniversität sich wieder auflösten oder in andere Aktionsgruppen umfunktionalisierten, waren diese Versuche, konkurrierende Formen einer Gegenwissenschaft zu entwickeln, durch die Konzentration der studentischen Hauptakteure auf die allgemein-politische Entwicklung und auf die direkte Konfron-

tation mit dem Establishment schon überholt. Der Vietnamkongress, die "Sozialistische Februarkonferenz", die Unruhen im Anschluss an das Attentat auf Rudi Dutschke und die Diskussionen um die Politik der Studentenbewegung angesichts der Bundestagswahl 1969 kennzeichnen ab Frühjahr 1968 eine dritte Phase der Protestbewegung, in der die Frage der Organisation des Widerstandspotentials erneut als dringlichster Punkt auf der Tagesordnung steht. Für den Hochschulbereich bringt die Eskalation des Kampfes auf der Strasse ebenfalls neue Formen der Auseinandersetzung mit sich, die in einer Bestandsaufnahme von SDS-Mitgliedern wie folgt charakterisiert werden:

"Trotz der modellhaften Ansätze eines selbstorganisierten Wissenschaftsbetriebes machten KU und ad-hoc-Gruppen die Erfahrung, dass weder die Errichtung einer Konkurrenz neben der etablierten Universität noch die Umfunktionalisierung von Lehrveranstaltungen den kapitalistischen Wissenschaftsbetrieb sprengen konnten. Die Erkenntnis und die Ereignisse an anderen europäischen Universitäten leiteten eine neue Phase in der Hochschulpolitik ein: die I n s t i t u t s b e s e t z u n g e n . Damit sollte:

- die Existenz des kapitalistischen Wissenschaftsbetriebes selbst zeitweise aufgehoben werden;
- die Ordinarienherrschaft abgeschafft, die Irrationalität bürokratischer Herrschaft sowie die Ignoranz ihrer Vertreter veröffentlicht werden.
- die Produktionsentscheidungen an die Basis zurückverlegt werden, d.h. Inhalte und Durchführung wissenschaftlicher Arbeit von den Betroffenen und Beteiligten selbst bestimmt werden. Die Besetzung strebte also eine tendenzielle Vergesellschaftung der Produktionsmittel der Universität an, indem sie ausseruniversitären Gruppen die Gelegenheit gab, sich dieser Mittel zu ihrer Emanzipation zu bedienen.
- eine neue Qualität emanzipatorischer Wissenschaftspraxis, die den Klassenkampfcharakter der Universität in Frage stellte, begonnen werden". 95)

Ein knappes Jahr später hat sich der Katalog der politischen Kampfmassnahmen inhaltlich und verbal weiter radikalisiert. Die Hilflosigkeit der alten Ordinariatenuniversität vermittelte der Revolte ein Erfolgserlebnis, 96) das jetzt in der von radikalen Studentenführern schon seit Jahren geforderten "klaren klassenkämpferischen Sprache" 97) formuliert wird:

"Die sozialistische Politik an der Hochschule kann darum nicht von der Notwendigkeit der Reform des bürgerlichen Studiums ausgehen, sondern trägt die Bedürfnisse der Revolte nach grundsätzlicher Veränderung der Gesellschaft, die ihr eigentliches Feld nach wie vor ausserhalb der Universität hat, in die Universität hinein. Sie benutzt die Universität, genauer, sie gebraucht die Wissenschaft, um ihren Kampf zu stabilisieren und zu organisieren.

Diese Politik an der Hochschule ist gekennzeichnet durch:

- das systematische Stören des Lehrbetriebes als beständiges Problematisieren der Verwertungszusammenhänge von Wissenschaft;
- den Kampf um den Abbau der irrationalen Herrschaftsansprüche der Ordinarien in der Aufhebung der autoritären Arbeitsweise in den Seminaren und Forschungsprojekten;
- die Initiierung von Satzungsdiskussionen mit dem Ziel, effektive Mitbestimmungsformen der Studenten (mindestens Halbparität) zu erkämpfen und gleichzeitig 'befreite Gebiete' in den Universitäten zu schaffen, in denen eigene Lehr- und Forschungsvorhaben durchgeführt werden können, die sowohl den Kampf ausserhalb der Universität intensivieren, als auch innerhalb der Universität die Revolte stabilisieren;
- die Organisation von aktiven Streiks und die Ausspernung sich der Reform entziehender Professoren als Kampf-massnahmen zur Durchsetzung der studentischen Forderungen".

98)

Der partielle Konsensus in den Satzungs- und Hochschulgesetzdiskussionen mit den gemässigten Gruppen wird hier zugunsten einer durchzuhaltenden revolutionären Linie im Hochschulbereich endgültig aufgegeben. Taktische Rücksichten finden ihren Niederschlag allenfalls in dem Postulat "mindestens Halbparität", was ebenso wie die Drittelparität eine willkürliche Festsetzung ist und sich deshalb rational kaum begründen lässt. Die Nähe dieser Mitbestimmungsparitäten zu ständestaatlichen Ordnungsvorstellungen war einer der wesentlichen Gründe für das Missbehagen der Studenten, deren theoretisches Konzept die "Selbstbestimmung" am Arbeitsplatz vorsieht. Das Abrücken der Linken von der Drittelparität, die als der wesentlich tragende Kompromiss der Reformsatzung des Otto-Suhr-Instituts an der Freien Universität Berlin angesehen werden darf, war vorhersehbar und ist in einer revolutionären Konzeption nur folgerichtig.

Im Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes zur 23. o. Delegiertenkonferenz des SDS wird vor der Gefahr einer Formalisierung der Diskussion, wie sie in den Forderungen nach Drittelparität sich abzeichnete, gewarnt, der man auch dadurch nicht entgehen könne, dass man die Forderung auf "Halbparität" heraufschraube. Dass ein SDS-Mitglied während der Satzungsdiskussion an einer norddeutschen Universität einen kompletten Satzungsentwurf vorgelegt habe, zeige "die Gefahr, in Satzungsdiskussionen in automatisch programmierter Sachlichkeit vom Kern der studentischen Forderungen abgebracht zu werden". 99)

Die taktische Position der Drittelparität wurde aufgegeben, als wesentliche Forderungen der linken Studenten nach dezentralisierter Selbstorganisation der wissenschaftlichen Arbeit im Rahmen der Fachbereiche und der Konstituierung von Lehr- und Forschungsgruppen ausserhalb der Fach-einheiten erfüllt waren und weitergehende Forderungen sich durch den Kompromisscharakter der Satzung nicht mehr realisieren liessen, andererseits das durch den Kompromiss angelegte Konfliktpotential sich einer weiteren Radikalisierung und Mobilisierung gefügig erwies:

"Die Satzung musste notwendig Kompromisscharakter haben. Dennoch ist sie ein Erfolg studentischer Hochschulreform-bemühungen. Diese Reform demokratisiert formal die Entscheidungsstrukturen am Otto-Suhr-Institut. Die Verabschiedung dieser Satzung durch fast alle Studenten (eigentlich ein bedenklich stimmendes Indiz) ist aber die Voraussetzung zur Produktion jener neuen Konflikte, an denen die Studenten, während sie auf der Verwirklichung ihrer selbst erdachten und durchgesetzten Veränderungen bestehen, immer wieder die Grenzen der Reform, die Unmöglichkeit wirklicher Demokratisierung ihres Arbeitsplatzes Universität ohne Demokratisierung der Gesellschaft erfahren (...). Hier wird klar, dass diese Satzung unentbehrlich ist, nicht weil sie Demokratie ist, sondern weil sie den Studenten die Notwendigkeit der Demokratisierung der Gesellschaft bewusst macht". 100)

Der Satzungskompromiss als reformistischer Schritt auf dem revolutionären Weg behält als wesentliches Element die klare strategische Zielsetzung der Bewusstseinsveränderung:

"Die Auseinandersetzung am Otto-Suhr-Institut zeigt immer noch die Möglichkeit, an schwachen Stellen innerhalb der Universitätshierarchie selbst mit reformistischen Vorschlägen eine Entlarvung der zentralen Universitätsbürokratie zu bewirken". 101)

Hinzu kommt jedoch hier der Glaube, durch den "Übergang von Formen des antiautoritären Protestes zu Kampfformen des antikapitalistischen Widerstands" 102) machtpolitisch Terrain erorbert zu haben:

"Die Möglichkeiten, an den Hochschulen befreite Gebiete zu schaffen, das Eingreifen in den Bundestagswahlkampf 1969, die Destruktion der Bundeswehr, die Kampagne gegen die westdeutsche Klassenjustiz und der Kampf gegen Institutionen der imperialistischen Allianz (...) wird die theoretische Diskussion und die praktische Durchführung dieser Aktionen bestimmen und zeigen, inwieweit sich eine neue Militanz in der westdeutschen Widerstandsbewegung strategisch konstituiert". 103)

Hochschulpolitische Teilerfolge werden nicht mehr von allgemeinspolitischen Veränderungen getrennt gesehen. Die Strategiediskussion des vergangenen Jahres stellt eindeutig die Interdependenzen und den wechselseitigen Eskalationseffekt in den Vordergrund:

"Die Mobilisierung der Studenten an den westdeutschen Universitäten vollzog sich in erster Linie über die vom SDS als Avantgarde dieser Bewegung artikulierte Identifizierung mit den Befreiungsbewegungen in der 3. Welt. In dieser Identifizierung fand der SDS zu jener Kompromisslosigkeit seiner Aktionen und Forderungen, die die Voraussetzung jener Mobilisierung waren". 104)

Die Hochschule selbst bleibt in dieser Konzeption weiterhin die stabilisierende und mobilisierende Basis einer Bewegung, die ihre aktuellen Probleme und Aktionen im weltweiten gesamtpolitischen Zusammenhang sieht. "In den Aktionen gegen den Vietnamkrieg, ebenso in den Kämpfen gegen den Springerkonzern und die Verabschiedung der NS-Gesetze war die Universität selbst nur der Ort, an dem die Verweigerung als Befreiung zum politischen Engagement sich vollzog". 105)

Damit ist die Hochschule nur mehr ein Feld der Auseinandersetzung unter anderen, auf dem die revoltierenden Studenten ihre Positionen gegenüber liberalen und reaktionären Gegnern absteckten und ausbauen. Die Hochschule als Experimentierfeld für neue Formen einer demokratischen Zusammenarbeit aller an Forschung und Lehre Beteiligten, wie sie liberale und linksliberale Reformer ins Auge fassten und zu realisieren versuchten, 106) wird nunmehr als strategisches Mittel und funktionaler gesellschaftlicher Teilbereich für die revolutionäre Veränderung der Gesamtgesellschaft gesehen. "Die unmittelbare Aufgabe ist ..., die Hochschulrebellion jetzt auf die Spitze zu treiben (...), um daraus die Kraft für die Verlagerung des Hauptkonflikts von der Hochschule auf die Betriebe zu gewinnen und gleichzeitig die dafür notwendigen strukturellen Voraussetzungen zu schaffen". 107)

Die Verlagerung der Hauptaktivitäten der linken Gruppen in den ausseruniversitären Bereich kennzeichnet die gegenwärtige vierte Phase der Entwicklung. Zur Liquidierung des VDS durch den SDS erklärte das VDS-Vorstandsmitglied Michael Wolf vor der Presse, der Sozialistische Studentenbund habe eingesehen, dass die Gesellschaftsrevolution nicht von der Hochschule aus erreicht werden könnte. Man müsse sich jetzt darauf konzentrieren, "durch kritische Hochschulabsolventen die Revolution in der Gesellschaft aufzubauen". 108)

Die Zusammenschlüsse kritischer Hochschulabsolventen und bereits Berufstätiger in antiautoritären Arbeitsgruppen wurden im Berliner SDS unter der Parole "Syndikalisierung der Überbauberufe" schon seit längerem diskutiert:

"Anwaltskommunen, Organisation von Rote-Kreuz-Trupps von linken Ärzten, linke Abteilungen in Krankenhäusern, sozialistische Lehrervereinigungen, Übernahme einzelner wissenschaftlicher Institute durch linke Wissenschaftler stehen hier als Symbole". 106)

Die fortschreitende Differenzierung an der Basis geht einher mit dem Zerfall zentraler Organe der Studentenschaft. Mit der Auflösung überregionaler plebiszitärer und exekutiver Instanzen für die praktische Arbeit haben auch Theorie und Strategie ihre zentralen Formen der Diskussion, Kontrolle und Bewährung verloren. Diese Zerfallserscheinungen lösten heftige Fraktionskämpfe innerhalb der revolutionären Opposition aus, die zur formellen Auflösung des SDS durch die Liquidierung des Bundesvorstandes am 22.3.1970 in Frankfurt führten.

Die gegensätzlichen Positionen in den Auseinandersetzungen der diesem Eklat vorangegangenen Monate sollen hier kurz ausgezeichnet werden, weil an ihnen abzulesen ist, wie die aufgebrochene Interessendifferenz und der Methodenpluralismus sich wohl in Einzelfällen durch ausgezeichnete praktische Arbeit ausweisen, die notwendige Einheit der Strategie der Veränderung hingegen endgültig zerbrechen. Die gescheiterte VDS-Politik des Bundesvorstandes des SDS spielt hier unter den äusseren Umständen eine wesentliche Rolle.

In einer "Erklärung der Bundesvorstände des SDS und VDS" versuchen die beiden Vorstände, sich gegenüber der Kritik ihrer Mitglieder zu rechtfertigen. Bei der Übernahme des VDS habe sich der SDS von der Einschätzung leiten lassen, dass den technokratischen Reformbestrebungen, "in deren Vollzug die Reste bürgerlich demokratischer Studentenvertretung abgeschafft werden sollten", 110) über kurz oder lang Erfolg beschieden sei und deshalb die Chance einer überregionalen Organisation nach Auflösung der Studentenvertretungen an den einzelnen Hochschulen genutzt werden müsse. "Damit sollte eine Diskussion in Gang gesetzt werden, die die antiinstitutionellen, antiautoritären SDS-Kerne zwingt, sich mit den strategischen Problemen zukünftiger Organisation der Studenten in einer realitätsbezogenen Weise auseinanderzusetzen" 111). Aus dieser Zielsetzung erschien es den SDS-Bundesvorstands-Strategen erforderlich, den VDS machtpolitisch in die

Hand zu bekommen, was bedeutete, dessen Vorstand mit grossen Machtbefugnissen auszustatten, den Zentralrat aber so schwach zu halten, wie es das in Rechnung zu stellende "reaktionär bürgerliche Legitimationsbedürfnis der antiautoritär Mobilisierten" eben noch erlaubte."In bezug auf den Zentralrat sind wir so verfahren, als sei der SDS eine identitätsbewusste sozialistische Organisation mit klaren bündnispolitischen Vorstellungen, für die ein gemeinsames Funktionalisieren des Zentralrates für die Politik des SDS eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre". 112)

Diese "Zweischlächtigkeit" der Politik des SDS-Bundesvorstandes in der VDS-Frage wird in dem Aufsatz zweier SDS-Mitglieder, die als Wortführer weiter Teile der an der Basis arbeitenden sozialistischen Studenten gelten dürfen, hart kritisiert. 113) Die Politik des SDS-Bundesvorstandes dokumentiere jenes falsche organisatorische Verhältnis zwischen einem unkontrollierten Spitzengremium, das sich bei seinen Entscheidungen auf Meinungsbildungsprozesse "informeller Kader" beruft, und den "arbeitenden Gruppen selbst", die zum blossen Objekt dieser Politik geworden sind. Diese unhaltbare Situation lege, nachdem sich der VDS-Vorstand selber abgeschafft habe, auch die Abschaffung des SDS-Bundesvorstandes nahe, zumal er sich einer Selbstkritik nicht für fähig zeigte.

Die beiden Autoren kommen zu dem Schluss:

"In der Misere des Bundesvorstandes gegenüber dem VDS zeigt sich die Misere zentraler Politik in der gegenwärtigen Phase. Die antiautoritäre Bewegung hat nirgends wirklich demokratische Strukturen bis jetzt hervorgebracht ... In einer sozialistischen Politik gehört aber die demokratische Entscheidungsstruktur zum politischen Inhalt selbst". 114)

Hier werden die wesentlichen Schwächen der revolutionären Oppositionsbewegung benannt: die Entscheidungsprozesse werden immer weniger transparent, Legitimationsgründe wer-

den willkürlich konstruiert und wieder fallen gelassen. Das dem Gegner jederzeit unterstellbare objektiv "falsche Bewusstsein" wächst sich zur Generalformel für die Neutralisierung anderer Meinungen und zur Legitimierung autoritärer Entscheidungen aus.

Diese durch den globalen Manipulationsbegriff sozialistischer Theorie produzierte pauschale Missachtung repräsentativ-demokratischer Meinungsbildung und Entscheidungsfällung in den Institutionen des liberalen Staates schlägt in der Praxis zurück auf die Entscheidungsprozesse der antiautoritären Bewegung selbst. Das allzu leichtfertige theoretische Verdikt subjektiver Bewusstseinslagen als objektiv klassenfeindlich, reaktionär oder ahistorisch, das die Bedingungsanalyse der spätkapitalistischen Klassengesellschaft zum Schema parteilicher Indoktrination vereinfachte, erweist jetzt seine Insuffizienz gegenüber praktischen Aufgaben. Die negatorische "Kritische Theorie" des antiautoritären Lagers hat keine positiven Kriterien für mögliche demokratische Entscheidungsstrukturen geliefert. Die einem agitatorischen Bedürfnis entsprungene theoretische Identifikation von kritischer Theorie mit einer Theorie der totalen Negation muss gegenüber dem notwendig prozesshaften Charakter der Praxis versagen. Da diese Theorie sich allein an zwei Zuständen - dem negierten gegenwärtigen und dem postulierten zukünftigen - entfaltet, kann sie keine Kriterien für konkrete Strategieweisungen entwickeln, die das dynamische Auf und Ab von aktuellem Erfolg oder Misserfolg, Fortschritt oder Rückschritt in der täglichen Praxis der direkten Aktionen als Schritte auf dem Wege der Emanzipation in der Perspektive der globalen Theorie bewältigen.

Die durch Destruktion eroberten "befreiten Gebiete" werden so zu luftleeren Räumen. Das befreite Gebiet wird strategisch zwar häufig noch irrtümlich als "Position" im Scheine

machtpolitischer Auseinandersetzungen begriffen, praktisch ist es als "emanzipierter" Teilzustand der Gesellschaft nicht mehr als ein entstrukturiertes Vakuum, in das unkontrolliert autokratische und reaktionäre Verhaltensweisen mit einer starren Rollenteilung in Führer und Massen einfließen. In diesen Räumen ist die revolutionäre Opposition von der Theorie einer blinden Praxis überantwortet worden, die selbst minimalsten Ansprüchen an Transparenz, Legitimation, Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Minderheitenschutz und Kontrolle der Entscheidungsprozesse nicht genügt und von der revolutionäre Strategie nicht mehr erhoffen kann, als eine stereotype Interpretation des Freund-Feind-Verhältnisses im Klassenkampf. Damit fällt emanzipatorische Praxis in ihren Errungenschaften hinter diejenige bürgerlicher Freiheitsräume weit zurück. Die Funktion strategischer Agitation beschränkt sich auf die bekannte bewusstseinsmässige Entlastungsfunktion des Blitzableiters, der innere Schwierigkeiten durch Hypostasierung der äusseren Gefahren nach draussen abführt.

Die strategische Grundkonzeption wird somit nicht mehr von der theoretischen Analyse der gesamtgesellschaftlichen Bedingungen revolutionärer Praxis abgesteckt, sondern degradiert zur Funktion von pragmatischen Lösungsversuchen jeweils aktueller Schwierigkeiten der lokalen Basis. Die Vielfalt dieser Probleme spiegelt sich wieder in einer Vielfalt von lang- und kurzfristigen, defensiven und offensiven, Verschleierungs- und Enlarvungs-, Einfach-, Doppel- und Triplestrategien.

Strategie gerät damit vollends zur Taktik und hinterlässt als Leerstelle den Mangel eines kommunikativen Bandes zwischen theoretischer Konzeption, ihrer Umsetzung in Handlungsanweisungen und der aktuellen Tagespraxis. Dieser Mangel erweist sich als verhängnisvoll, wenn es darum geht, die praktischen Methoden des politischen Kampfes verantwortlich festzulegen und die Praxis der Befreiung als einer möglichen Praxis der befreiten Gesellschaft adäquat auszuweisen.

T e i l I I I

Praxis der revolutionären Opposition

1. Die Methode der revolutionären Veränderung

Der mangelhafte theoretisch-strategische Legitimationszusammenhang des auf revolutionäre Veränderung gerichteten politischen Handelns lässt sich am Beispiel der Gewaltanwendung in seinen praktischen Konsequenzen am deutlichsten nachzeichnen. An diesem Beispiel muss auch die Frage untersucht werden, ob "revolutionäre Praxis" nicht nur heisst: Praxis der qualitativen Veränderung, sondern auch gegenüber den historischen Methoden des Umsturzes: qualitativ andere Praxis der Veränderung. Das würde heissen, revolutionär sind nicht nur die Ziele, sondern auch die Methoden, mit denen sie erreicht werden sollen.

In der Technik der Provokation, in Revolutionsspielen und in bestimmten Formen der Kommunikation und solidarischen Interaktion hat die antiautoritäre Bewegung zweifellos gewisse neue Methoden für eine neue Praxis entwickelt und kann auch gerade hier durch den Überraschungseffekt des Neuen die wirksamsten Erfolge verbuchen. Diese Methoden erweisen sich jedoch allein der Praxis der Bewusstseinsveränderung adäquat. Die Praxis der machtpolitischen Veränderung bleibt von ihnen unberührt. Wo sie dennoch unter dieser Zielsetzung angewendet werden, verhindern sie theoretisch angeleitetes, erfolgskontrolliertes Handeln und verstärken nur die irrationale und emotionale Komponente jeder direkten Aktion, indem sie die Auswahl ihrer Handlungskriterien nicht mehr der versuchten Erkenntnis der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen entnehmen, sondern sie der Subjektivität spontanen Lustempfindens - in der Regel der Befriedigung triebhafter Aggression - überlassen.

In der argumentatorischen Schwäche des überraschten Adressaten der Provokation ist noch kein machtpolitischer Terraingewinn zu sehen. Machtpolitische Veränderungen lassen sich allein durch gewaltsame Methoden erzielen. Das ist die Handlungsmaxime des militanten Flügels der linken Protestbewegung, die in der Praxis eindeutig - in der Theorie verschleierte - sich gegenwärtig durchgesetzt hat. Damit ist für das Ins-Werk-Setzen der neuen Gesellschaft von Frieden und Freiheit diejenige Methode als einzig brauchbare erkannt worden, die in der bisherigen Geschichte jede revolutionäre Veränderung oft genug initiiert und immer schliesslich durchgesetzt hat, doch aus Gründen der Bestandssicherung dann nicht mehr entlassen werden konnte.

Hannah Arendt hat auf den Sachverhalt hingewiesen, "dass die Sprache hilflos ist, wenn ihr die Gewalt gegenübertritt, ... dass die Gewalt selbst stumm ist, unfähig nämlich, sich im Wort wirklich adäquat zu äussern". 1)

In der Entscheidung für die Gewalt als Methode der politischen Auseinandersetzung äussert sich die resignative Konsequenz einer Haltung, die von Überzeugungsversuchen mittels sprachlicher Kommunikation nichts mehr erwartet. Die gegenseitige Ausschiesslichkeit von Gewalt und Sprache ist den militanten revolutionären Gruppen dabei durchaus bewusst, nicht selten haben sie diesen Sachverhalt sinnlich selbst erfahren. Die Ablösung der einen Methode durch die andere vollzieht sich im strategischen Kalkül und ist die gewollte Eskalation des Klassenkampfes.

Die Rechtfertigung der Gewaltanwendung in hochindustrialisierten parlamentarisch-demokratischen Gesellschaften vollzieht sich auf den verschiedenen Ebenen der moralischen, strategischen, naturrechtlichen und historisch-materialistischen Argumentation, wobei diese Argumentationsketten in einem allgemeinen Begriff der politischen Rechtfertigung diese verschiedenen Ebenen oft verwischen

oder mit Recht zusammenzufassen versuchen. Die jeweils dominierende Legitimationsebene lässt sich jedoch leicht bestimmen und darf deshalb hier getrennt dargestellt werden, weil sie die gewählte Perspektive bezeichnet, in der praktische Konsequenzen gewollt, vernachlässigt oder ignoriert werden.

Auf der moralischen Ebene der Legitimation dominiert ein unpolitisches Gerechtigkeitsempfinden, das revolutionäre Gegengewalt als gleichsam erzwungenen Widerstand gegen eine unverhältnismässig drückende Gewalt des Staatsapparates versteht. Das Recht des Verfolgten und Unterdrückten auf gewaltsamen Widerstand artikuliert sich politisch erst durch seine Verschmelzung mit der naturrechtlichen Legitimation. Eine isolierte moralische Betrachtung des Gewaltproblems führt eher zum gegenteiligen Schluss: dass Gewalt prinzipiell kein Mittel zur Lösung politischer Konflikte ist, auch wenn diese Konflikte die Widersprüche der Klassenlage widerspiegeln. 2)

In der auf die erste politische Aktion mit unbestritten offensiver Gewaltanwendung durch Gruppen der ausserparlamentarischen Opposition vor dem Westberliner Landgericht am Tegeler Weg im November 1968 nachgeholten theoretischen Aufarbeitung des Gewaltproblems kritisierte der Vorstand des Republikanischen Clubs in Westberlin diese Vertreter der APO, die aus moralischen Beweggründen von einer Unverhältnismässigkeit der eingesetzten Mittel sprachen: "Einer offensiv und militant geführten Aktion folgte eine defensive Interpretation". In den Diskussionen um die Ereignisse am Tegeler Weg habe sich gezeigt, "dass sich die Gruppen der ausserparlamentarischen Opposition den Argumentationsrahmen immer noch von ihren Gegnern oder scheinbaren Freunden vorschreiben lassen". 3) Die Kritik richtete sich gegen den von diesen Gruppen vertretenen moralischen Gewaltbegriff als einem Begriff von "verdinglichten Werten", der nicht geeignet sei, das Problem der Gewalt in den Zusammenhang zurückzuführen, in den es gehört:

"in den Zusammenhang der politischen Strategie der Veränderung der sozialen Verhältnisse". 4)

Ein Versuch, den in traditioneller Moral befangenen gewalt-abstinenten Gruppen auf der moralischen Argumentations-ebene zu begegnen, ist der Diskussionsbeitrag des SDS-Mitgliedes Bernhard Blanke, in dem eine neue revolutionäre Moral postuliert wird: "Moral ist nämlich als revolutionäre keine der Gesinnung, sondern ist eine Frage des Könnens. Sie muss p r o d u z i e r t werden, man muss sie im Kampf erst erlernen". 5) Dabei will Blanke moralische Hemmungen wie etwa bei gezielten Steinwürfen auf Polizisten als "humanen Kern" auch der revolutionären Gesinnung nicht aufgehoben wissen. Es geht ihm um die sinnvolle Anwendung der Gewalt in einem kalkulierten Risiko frei von individueller Aggression:

"Nur der kollektive Kampf ist die Ebene, in der individuelle Aggressivität politische Dimension und strategische Ausrichtung erhalten kann. Andernfalls verewigt man die 'kulturellen' Leistungen der repressiven Gesellschaft, die jene der Möglichkeit nach revolutionären Aggressionen in 'sinnvoller' Tätigkeit gebunden hat". 6)

Die Produktion einer kollektiv erzeugten neuen Moral der Gewaltanwendung ist für Blanke unumgänglich, denn: "Revolutionäre haben aber nicht an Schlagstöcke zu denken, sondern an die Pistolen (Maschinengewehre, Panzer, etc.). die d a n a c h kommen". 7)

Indem die die Gewalt legitimierende Moral als revolutionäre Fertigkeit im Strassenkampf erlernt werden soll, wird das Problem der Gewaltanwendung aus der Wertediskussion ausgeklammert und der politischen Tagespraxis überantwortet. In diesem Pragmatismus trifft sich die moralische Begründung mit der rein strategischen Legitimationsebene, wenn über Fragen der Moral letztlich das "kalkulierte Risiko" entscheidet. Es ist nicht einsichtig, wie im Falle des Konflikts der "humane Kern" der traditionellen Ethik sich in der zufälligen Praxis der kollektiven, in der gewaltsamen Konfrontation mit dem Gegner produzierten Kampfmoral durchsetzen könnte.

Das strategische Argument der Legitimation von Gewaltanwendung offenbart am deutlichsten den Theorieverlust in der Initiierung, Vorbereitung und Bilanzierung politischer Aktionen. Die notwendige Ziel-Mittel-Analyse weicht der nachträglichen Aufbereitung des methodischen Vorgehens der Aktion anhand von rechtfertigenden ad-hoc-Strategien. Sowohl die theoretische Ortung einer praktischen Aktion als auch die strategische Erfolgskontrolle werden hierdurch ausgeschlossen. Der Verlust von theoretisch erarbeiteten Einstellungen zur revolutionären Praxis hat den Zerfall der Strategie befördert mit der Folge, dass keine Argumentationskette gelingen will.

In der Erklärung des Vorstandes des Republikanischen Clubs in Westberlin zu den Diskussionen um die gewaltsame Aktion vor dem Westberliner Landgericht heisst es:

"Wir müssen aber davon ausgehen, dass weder Gewaltlosigkeit (oder 'nur Gewalt gegen Sachen') noch Militanz an sich ein politisches Konzept sind, sondern lediglich Elemente einer Strategie der Veränderung der sozialen Verhältnisse". 8)

Der eigenmächtigen Stellungnahme des RC-Vorstandes für die gewaltsame Aktion folgten öffentliche Distanzierungen von Clubmitgliedern und weitere Auseinandersetzungen im RC-Bulletin. In den strategischen Argumenten war das prinzipielle Votum für Gewaltanwendung als Wertentscheidung bereits getroffen und wurde nicht mehr infrage gestellt:

"Einen prinzipiellen Gewaltverzicht ... der APO in ihren Auseinandersetzungen mit der staatlichen Gewalt darf ... es nicht geben, solange die APO das Ziel einer revolutionären ... Umgestaltung der gesellschaftspolitischen Ordnung verfolgt". 9)

Die offensive Gewaltanwendung wird von der defensiven dabei nicht aus moralischen Überlegungen getrennt, sondern in Verfolgung des strategischen Ziels: gewaltsame Aktion zur Aufklärung der Bevölkerung:

"Grundsätzlich muss immer sichergestellt sein, dass die offensive Gewaltanwendung von der Gegenseite ausging und dass die Unverhältnismässigkeit der eingesetzten Gewaltmittel stets zu Lasten der Gegenseite geht". 10)

Der hier klar als strategisches Erfolgskriterium herausgestellte Effekt der bewusstseinsverhellenden Funktion in bezug auf die Bevölkerung ist jedoch wiederum nur von bestimmten Gruppen unverbindlich herausgestellt worden. Gewaltsame Aktion als Mittel der Aufklärung über den repressiven gesellschaftlichen Zusammenhang gegenüber einer gegen Studenten emotionalisierten Bevölkerung auf dem gegenwärtigen Bewusstseinsstand ist von den APO-Strategen einer nüchternen Erfolgskontrolle nie unterzogen worden und hätte mit grosser Wahrscheinlichkeit ein negatives Ergebnis gehabt.

Eine klare Zielvorstellung der gewaltsamen Aktion vor dem Westberliner Landgericht schält sich in den nachträglichen analytischen Darstellungsversuchen und Diskussionen nicht heraus. Ein ganz anderes Erfolgskriterium - die aktuelle kämpferische Überlegenheit statt Bewusstseinsveränderung der Westberliner Arbeiterschaft - war z.B. für die Vorstandsmeinung des Republikanischen Clubs bestimmend: Das Mitglied des Redaktionskollektives des RC-BULLETIN, Solveig Ehrler, erkannte den Erfolg der Aktion vor dem Landgericht in der "exemplarischen" Demonstration folgenden Tatsachen: "1. Studenten lassen sich nicht nur verprügeln, sie sind auch bereit, selber zu schlagen; 2. Polizei ist auch schlagbar". 11) Diese Folgerung ergibt sich aus der Bilanz der Aktion:

"Zum erstenmal hat es ... mehr verletzte Polizisten als Demonstranten gegeben, zum erstenmal sind nicht Demonstranten vor Wasserwerfern, Gummiknüppeln und Pferden geflohen, sondern haben Demonstranten Polizisten in die Flucht geschlagen. ... Für sie (die Demonstranten, d.V.) war der Schritt von der masochistischen Hinnahme von Gewalt zur handfesten Gegengewalt eine Befreiung vom Trauma des 2. Juni, ein Schritt der Emanzipation". 12)

Wenn das Problem der Gewaltanwendung aus dem Rahmen der revolutionären Strategiereflexion herausfällt, wenn Stra-

ategie der Revolution immer schon Strategie der Gewaltanwendung ist, bleibt in der Tat die aktuelle "militärische" Überlegenheit das primäre Erfolgskriterium. Wenn eine alternative Strategie der Gewaltlosigkeit nicht mehr ernsthaft als strategisches Problem revolutionärer Theorie diskutiert wird, erreichen die Vermerke über Erfolg oder Niederlage einer Aktion nicht einmal mehr die Reflexionsebene revolutionärer Strategie, sondern erschöpfen sich in taktischen Schlüssen ("Studenten lassen sich nicht nur verprügeln, sie sind auch bereit, selber zu schlagen"), die, als Surrogat der Strategiereflexion missbraucht, in Kurzschlüsse sich verwandeln müssen ("Polizei ist auch schlagbar").

Für die naturrechtliche Legitimation der Gewaltanwendung bieten die immer wieder zitierten Schlussätze aus Herbert Marcuses Aufsatz "Repressive Toleranz" eine schon beinahe klassische Formulierung: "Ich glaube, dass es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein 'Naturrecht' auf Widerstand gibt, aussergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben ..." 13) Für eine Rechtfertigung auf dieser Ebene erscheint es Gruppen der revolutionären Opposition notwendig, das offizielle Gerede von der "verschwindend kleinen Minderheit" aufzunehmen und aus der geringen Zahl auch das geringe positive Recht der Minoritäten abzuleiten. Die Identifizierung der eigenen Situation mit derjenigen der verfolgten und entrechteten religiösen und rassischen Minderheiten der ganzen Welt rechtfertigt erst den Appell an das natürliche Recht, sich seiner eigenen Haut zu wehren.

Auf einer vierten Ebene der historisch-materialistischen Rechtfertigung von Gewaltanwendung wird schliesslich der Versuch unternommen, alle Herrschafts- und Ordnungsverhältnisse in der Geschichte als Gewaltverhältnisse zu interpretieren und die sie negierenden und sie tragenden Kräfte in zur Gewaltanwendung legitimierte und nicht-legitimierte einzuteilen. Herbert Marcuse versucht hier, Mass-

stäbe zu entwickeln, die eine objektive Unterscheidung von repressiven und emanzipatorischen Gesellschaftsstrukturen ermöglichen, indem er die Unterscheidung zwischen politisch richtig und falsch gleichsetzt mit der Unterscheidung zwischen progressiv und regressiv im Sinne einer zielgerichteten historischen Entwicklung und behauptet, dass die Unterscheidung "zwischen Fortschritt und Regression sich rational auf empirischem Boden treffen lässt". 14) Aus der Geschichte lässt sich ablesen, dass der Unterschied zwischen revolutionärer und reaktionärer Gewalt hinsichtlich seiner historischen Funktion mit dem Unterschied zwischen der von den Unterdrückten und der von den Unterdrückern geübten Gewalt gleichzusetzen ist. 15) Unterdrückung ist so immer reaktionär. Da die Geschichte auf Aufhebung der Unterdrückung zielt, ist Unterdrückung auch immer regressiv.

Die Frage, wer kompetent ist, den Stand der geschichtlichen Entwicklung zu ermitteln und die Gewalten als legitim und nicht-legitim zu benennen, findet für Marcuse ihre "logische Antwort: jedermann 'in der Reife seiner Anlagen', jeder, der gelernt hat, rational und autonom zu denken". 16) Der Einzelne, der sein Bewusstsein als autonom versteht, sieht sich so in die Lage versetzt, die repressiven Tendenzen in der Gesellschaft zu erkennen und ihnen Widerstand zu leisten. Dieser Widerstand ist als Vollzug des "geschichtlichen Fortschrittkalküls" legitimiert, der der "Kalkül der voraussichtlichen Verringerung von Grausamkeit, Elend und Unterdrückung ist". 17)

Unter Bezug auf Herbert Marcuse forderte der Frankfurter Sozialtheoretiker und ehemalige SDS-Mitglied Oskar Negt in einem Vortrag nach dem Attentat auf Rudi Dutschke: "Es ist Aufklärung darüber notwendig, dass es einen Unterschied zwischen progressiver Gewalt und reaktionärer Gewalt in der Geschichte gibt". 18) Negt wendet sich gegen diejenigen, die heute das Problem der Gewalt ausschliess-

lich unter moralischen Gesichtspunkten behandeln oder unreflektiert Gewaltanwendung gegen das bestehende System proklamieren. Es komme darauf an, "ihre wechselnde Bedeutung im konkreten Zusammenhang der gesellschaftlichen Kräfte zu erkennen". 19)

Im Konkurrenzkapitalismus des 19. Jahrhunderts konnte, wie Negt ausführte, das liberale Bürgertum noch von der Hoffnung ausgehen, "dass sich der selbstregulierende Mechanismus des kapitalistischen Warenverkehrs in einen zwanglosen Interessenausgleich der Marktkontrahenten verwandeln wird, der am Ende jede Form politischer Zwangsgewalt überflüssig macht". 20) Im Monopolkapitalismus wird die Allgemeinheit der die freie kapitalistische Konkurrenz beschirmenden Gesetze durch Massnahmegesetze und Generalklauseln aufgehoben, "sodass deren Verbindlichkeit in dem Masse überhöht, der historischen Legitimation entzogen wird, wie seine gesellschaftliche Basis schwindet". 21) Die Grenzen zwischen Gewalt und Recht verwischen, wofür ausschliesslich diejenigen verantwortlich sind, "die nichts getan haben, das Rechtsbewusstsein breiter Bevölkerungsschichten zu entwickeln, und die keine Gelegenheit versäumten, etwa das Recht auf politische Demonstrationen durch demonstrative Gewaltanwendung als gleichzeitig untergeordnetes und gefährliches Recht unter Beweis zu stellen". 22) Mit der Verkümmernng des Rechtsbewusstseins wächst die Ausübung von Gewalt und Aggression gegenüber den Minderheiten.

In einer historischen Bilanz der manifesten oder latenten Gewaltsamkeit der herrschenden Ordnung folgert Negt die

"Tatsache: dass das im Weltmasstab feststellbare Ausmass geschichtlich begründeter revolutionärer Gewalt, die produktive Anstösse für die Emanzipation der Menschen und ihre Befreiung von erniedrigtem, ausgebeutetem Dasein brachte, in keinem Verhältnis zur sinnlosen Vernichtung von Menschen und Gütern in den imperialistischen Kriegen und in den kolonialen Strafexpeditionen steht. Auf tausend Kriege kommen, wie Bloch sagt, höchstens zehn Revolutionen" 23)

Diese Rechtfertigung revolutionärer Gewalt durch den quantifizierenden Vergleich ihrer Kosten mit denen der reaktionären Gewalt ist weniger das Ergebnis historisch-gesetzmässiger Ableitung, sondern die Bereicherung der verschiedenen Legitimationsebenen der Gewaltanwendung noch um eine weitere Variante. So spricht Negt auch vorzugsweise von "Regelverletzungen" gegen das geltende Rechtssystem und hat damit die Problematik der revolutionären Gewaltanwendung schon begrifflich entschärft. Diese Inkonsequenz wird dann vollends deutlich, wenn es nach einer detaillierten Beschreibung der Gefahren der Refaschisierung in Westdeutschland in den Schlussätzen dieses Aufsatzes "Politik und Gewalt" heisst:

"Die einzige Möglichkeit, seine Rückkehr (des Faschismus, d.Vf.) in allen verschleierte und offenen Formen zu verhindern, besteht in der täglichen Realisierung liberaler und politischer Freiheitsrechte." 24)

Die Praxis der ersten gewaltsamen Aktionen der revolutionären Opposition zeigt, dass die Frage der Gewaltanwendung nicht mehr auf der theoretischen Ebene expliziert und als Werthaltung vom Einzelnen oder vom Kollektiv entschieden wird. Als theoretische Versuche sind allein die Bemühungen zu verzeichnen, zwischen repressiver und revolutionärer Gewalt in der Geschichte zu unterscheiden, wobei dieser Versuch sehr abstrakt und die Lokalisierung der fortschrittlichen Kräfte analytisch nicht gesichert ist. Die Praxis der Aktionen zeigt ferner, dass die Frage der Gewaltanwendung bisher am wenigsten auf der Ebene revolutionärer Strategie entschieden wurde, wo sie nach der vorherrschenden Meinung revolutionärer Strategen hingehört. Die aus der Unklarheit der allgemeinen Strategiediskussion resultierende Zufälligkeit der aposteriori festgestellten Zielgruppen und Erfolgskriterien einer Aktion 25) verhindert auch den verantwortlichen strategischen Gebrauch der Methode der Gewaltanwendung. Der Grad der Gewaltsamkeit einer Aktion entscheidet sich in

ihrem Verlauf. Er ist dann aber nicht die blosse Funktion des Masses der Gewaltausübung der Exekutoren des staatlichen Machtapparates, sondern kann bei einer zeitweisen Schwäche des provozierten Gegners ebenso sehr in die Höhe schnellen wie bei dessen erdrückender Machtfülle. Ohnmachts- und Überlegenheitsgefühl können bei möglicherweise entgegengesetzten strategischen Erfordernissen der praktischen Situation beide gleicherweise zur Eskalation der Gewalt führen.

2. Die Organisation des revolutionären Potentials

"Das Problem der Organisationsfrage stand jeweils dann im Vordergrund der Diskussion der Arbeiterparteien, wenn diese ihrer Aufgabe, Theorie und Praxis, oder genauer gesagt, sozialistisches Endziel und politischen Tageskampf der konkreten historischen Situation adäquat zu vermitteln, nicht mehr gerecht werden konnten". 26)

In diesen einleitenden Sätzen eines vom Verlag für sozialistische Literatur "Neue Kritik" im Jahre 1967 herausgegebenen Bandes historischer Beiträge zur "Situation im Klassenkampf" wird dem Organisationsproblem sehr genau ein strategischer Stellenwert und dessen praktische Bedeutung zugewiesen. Wenn es hier auch um die Organisation einer sozialistischen Partei geht, so sind deren Probleme doch eng verbunden mit den organisatorischen Problemen einer antiautoritären Bewegung, die den Gefahren einer durch Bürokratisierungs-, Obrigarchisierungs- und reformistische Tendenzen verfestigten Parteistruktur entgehen will. 27)

Die Notwendigkeit, nach den ersten spontanen Massenaktionen vor allem an der Hochschule im Wintersemester 1968/69 die aktuelle Massenbasis auch organisatorisch zu sichern, rückte die Organisationsfrage in den Diskussionen der revolutionären Opposition zunehmend in den Vordergrund. Dringend wurde der Ruf nach einer organisatorischen Zusammenfassung der revolutionären Kräfte zudem durch die innerverbandlichen Auseinandersetzungen des führenden Sozialistischen Studentenbundes, die auf der 23. o.Delegiertenkonferenz im September 1968 durch organisatorische Umstrukturierungsverlangen der verschiedenen "Minoritäten" 28) des Verbandes offen ausbrachen und dessen weitere Existenz infrage stellten. Der Tenor, der diese Diskussionen beherrschte, lautete, dass die Organisation aus einer zentralen Theorie gegenwärtig überhaupt nicht mehr abgeleitet werden kann 29) und dass die Widersprüche der Theorie als der Theorie einer Studentenbewegung eine pragmatische Lösung der Organisationsfrage verlangen, "solange diese theoretischen Widersprüche der Studentenbewegung

nicht in einer breiten revolutionären Bewegung aufgeho-
ben sind". 30)

Die Organisationsprobleme des antiautoritären Potentials
sind durch die beherrschende Rolle der studentischen
Avantgarde zugleich die Organisationsprobleme des Sozia-
listischen Studentenbundes. Gegen Ende des Jahres 1968 ver-
stärkten sich die internen Auseinandersetzungen des SDS
zur offenen Krise, die eine wesentliche Ursache in der
mangelhaften theoretischen Herausarbeitung des Organi-
sationsproblems hatte und schliesslich zur Auflösung füh-
ren musste. Von SDS-Mitgliedern selbst wurde dieser Mangel
in vernichtender Offenheit formuliert:

"Auf dem Boden der objektiven Spaltung in theoretische
Arbeit und spontane, oft willkürliche Praxis hat sich eine
Radikalität gebildet, die oft auch schlechte Aktionen
romantisch verklärt und sogar die Verständnislosigkeit
der 'out-groups' zum Gütezeichen ernannt. Ich halte
jede platonische Distanz für falsch, glaube aber, dass
ein erheblicher Teil unserer Reaktionen schon gar nicht
mehr bewusst ist und nur noch massenpsychologisch erklärt
werden kann". 31)

"In dem Auseinanderklaffen von globaler Theorie und tech-
nizistischer Diskussion der Organisationsfrage zeigt sich,
dass die Bestimmung des strategischen Stellenwertes der
Studentenbewegung als aktueller Form der revolutionären
Bewegung in diesem Kontext noch keineswegs gelungen
ist". 32)

Die Ursachen dieser Auflösungserscheinungen werden in einem
Aufsatz von Joscha Schmierer zur Organisationsfrage den
Widersprüchen zugeschrieben, die sich innerhalb der stu-
dentischen Avantgarde und zum anderen zwischen Studenten-
bewegung und den "potentiell revolutionären Klassen"
ergeben. "Diese Widersprüche drücken sich innerhalb der
Avantgarde als ungeklärte theoretische Gegensätze aus,
die sich in einer nicht wirklich ausdiskutierten verschie-
denen Einschätzung der Studentenbewegung niederschlagen".
33) Als Beispiel werden die unvermittelten Theorien über
das revolutionäre Subjekt, die Randgruppentheorie und die
Theorie der technischen Intelligenz als neuer Arbeiter-
klasse angeführt, die, an einzelne praktische Fragestel-
lungen angelegt, zu jeweils verschiedenen strategischen

Folgerungen führen müssen. 34)

In einem Arbeitspapier Berliner SDS-Mitglieder wird das Autoritätenproblem als einer der wesentlichen Widersprüche innerhalb des Studentenverbandes bezeichnet und gefolgert, "dass sich das Autoritätenproblem im SDS nur unter der Voraussetzung einer Neuentwicklung der politischen Strategie des SDS lösen lässt". 35) Gefordert wird eine Politik der "Konstruktion von gegengesellschaftlichen Elementen"; denn "die Avantgarde der Zauberkünstler wird dann notwendig denjenigen Gruppierungen weichen müssen, die innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche gegengesellschaftliche Organisationstypen entwickeln und so die soziale Basis jeder politischen Aktivität schaffen". 36) Die Konstruktion von Elementen der Gegengesellschaft sei dann ein folgerichtiger weiterer Schritt auf die praktizierte provokative Entlarvung und Destruktion von Elementen der repressiven Gesellschaft. In dieser organisatorischen Wendung der vieldiskutierten Theorie der "befreiten Gebiete" wird der fortschreitende Ausbau von emanzipatorischen Strukturen in gesellschaftlichen Teilbereichen für möglich gehalten:

"Ausgehend von Massenaktionen und Kampagnen werden organisatorische Momente entwickelt, die die Inhalte derartiger Kampagnen in partikulären Reformmodellen umsetzen und damit die organisatorische und politische Vorbereitung weiterer Kampagnen liefern mit dem Ziel, diese gesellschaftlichen Positionen stetig auszubauen. Als untrennbare Bestandteile einer derartigen Strategie sind zu nennen: Die Konstruktion gegengesellschaftlicher Elemente muss ... sich verwirklichen in den Bereichen der Produktion und Konsumtion, Erziehung und Ausbildung, Kommunikation, ... sie müssen in den jeweiligen Bereichen und Institutionen immer tendenziell die Machtfrage stellen, ..." 37)

In Gestalt der Kinderläden und linker Arbeitsgruppen innerhalb der Universität zeigten sich erste Ansätze einer solchen organisatorischen Praxis, ebenso wie in den Diskussionen um die "Syndikalisierung der Überbauberufe", 38) die die Schaffung von Gegensektoren der Gesellschaft durch Assoziationen von Wissenschaftlern, Lehrern, Anwälten und Ärzten zum Ziel haben. Nach Meinung der Ber-

liner SDS-Autoren muss dabei sichergestellt sein, dass die "revolutionäre Arbeitsfähigkeit der in ihnen organisierten Menschen" nicht durch neue autoritäre Strukturen behindert wird. Die gegengesellschaftlichen organisatorischen Elemente "müssen ausserdem in der Lage sein, die Gefahr des reformistischen glückliche-Inseltums zu umgehen (dies vermittelt sich über die inhaltliche Bestimmung der gegengesellschaftlichen Elemente als Kampforganisation)". 39)

Das ehemalige Mitglied des Bundesvorstandes des SDS, Frank Wolff, konzediert zwar: "die Idee, dass die revolutionäre Organisation das Reich der Freiheit schon vorwegnehmen müsse, ist heute wegen der Intensität und Reichweite zentraler gesellschaftlicher Tendenzen historisch eher angemessen als etwa im Anarchismus des letzten Jahrhunderts", äussert sich sonst aber wesentlich kritischer gegenüber diesen Vorstellungen: "Die Emanzipationsmodelle werden vermutlich ausserhalb des SDS eine grössere praktische Resonanz haben, als dass sie im Verband organisations-technisch umgesetzt werden können". Als Beispiel wird die erste Berliner Kommune erwähnt, die zwar eine wichtige Rolle als Identifikationssymbol gespielt, aber keine Impulse für emanzipatorische Elemente einer Organisation vermittelt habe. Entscheidendes Merkmal der gegenwärtigen Debatten sei die Fetischisierung des Emanzipationsbegriffes und die technizistische Simplifikation der Organisationsfrage: 40)

"Es wird ... gerade die Differenz verschwiegen zwischen dem Anspruch auf Glück und der mühsamen Praxis, die auf seine Realisierung gerichtet ist und ihm in ihrer notwendigen Disziplin häufig genug zuwiderläuft". 41)

Ein Jahr später, im Sommer 1969, ist der Kommunikationszusammenhang der revolutionären Opposition völlig auseinandergebrochen. Die verfehlte VDS-Politik des SDS-Bundesvorstandes verstärkt nur dessen rapiden Funktionsverlust bei zunehmender Isolierung von der Basis. Der Partikularisierung der antiautoritären Bewegung in ad-hoc- und Basisgruppen, die sich einzeln vor voneinander sehr unterschiedliche unmittelbare praktische Aufgaben, vor allem der

ausseruniversitären Mobilisierung gestellt sahen, konnte die herkömmliche Organisationsform des Verbandes nicht mehr begegnen. Die Zusammenarbeit zwischen den Gruppen ergab sich nurmehr fallweise und pragmatisch. In den immer seltener werdenden studentischen plebiszitären Massenversammlungen wurden - wie es ein SDS-Mitglied selbst formuliert - "durch den Wissens- und Artikulationsvorsprung der besten Agitatoren Führer- und Massenstrukturen (erzeugt), die von einem bloss antiautoritären Bewusstsein nicht rational aufgearbeitet werden konnten". 42)

Derselbe Autor prangert die Erscheinungsformen eines "formalisierten Antiautoritarismus" innerhalb der Arbeitsgruppen an, der "auf der einen Seite ein theoriezerstörendes, auf der anderen ein praxisersetzendes Moment" produziere. 43) Aus dem antiautoritären Bedürfnis, Theorie als Instrument der Herrschaftsausübung im Wissenschaftsbetrieb zu zerstören, entwickelte sich eine Ideologie der "kollektiven Arbeit": "Mit der Zerstörung des gesellschaftlich vorgegebenen blinden Leistungsprinzips geht bei ihm die Zerstörung von Leistungsmotivation überhaupt einher". 44) Unmittelbare emanzipatorische Bedürfnisse hätten jedoch nur eine Realisationschance, wenn die sie objektiv hindernden Bedingungen erkannt und bekämpft werden könnten.

"Die Tatsache, dass 'unmittelbare' Bedürfnisse in der Organisation der Diskutierenden intersubjektiver Vermittlung bedürfen, um die Bedingungen ihrer Verwirklichung angeben zu können, setzt die Abstraktion von der eigenen Unmittelbarkeit voraus, um Sozialität, die Bedingung von Solidarität ist, in einer Organisation von Individuen mit sehr divergenten Motivationen überhaupt erst zu konstituieren". 45)

Das einseitig ausgelegte Prinzip der neuen Unmittelbarkeit 46) zeigt hier seine zerstörerische Wirksamkeit, wenn es gilt, einheitliche Strukturen einer keimenden revolutionären Bewegung innerhalb des "repressiven" gesamtgesellschaftlichen Zusammenhanges durch Verzicht auf unmittelbaren Lustgewinn und durch Investition an entfremdeter Arbeit sicherzustellen.

In der jüngsten Entwicklung der organisatorischen Situation in Westberlin lässt sich die Tendenz ausmachen, dass Erfolge der Basisarbeit langfristig wesentlich mehr kritisches Potential mobilisieren werden, dass aber die Chance für die Entwicklung eines einheitlichen revolutionären Bewusstseins minimal ist. Die Situation lässt sich hier tatsächlich am treffendsten im Jargon des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL charakterisieren:

"Berlins APO, die älteste und stürmischste in Deutschland, ist so links, dass keiner dem anderen links genug ist. Da gibt es 'Antiautoritäre', die 'Marxisten-Leninisten' als 'Dogmatiker' abqualifizieren, während die Marxisten-Leninisten die Antiautoritären 'Putschisten' heissen. Da gibt es 'Traditionalisten', die Maoisten' rundweg 'Spalter' nennen, während die Maoisten die Traditionalisten 'Opportunisten' schelten. Und alle APO-Aktivisten gemeinsam schimpfen die Traditionalisten 'Revisionisten' oder 'Stalinisten'". 47)

Die verschiedenen Bezirksbasisgruppen, die sich als relativ beständige Zusammenfassung revolutionärer Kräfte in der Betriebsarbeit erwiesen, sind selbst zum Feld der Auseinandersetzung von konkurrierenden Gruppen geworden. Der Versuch, in einem Westberliner Delegiertenrat der Basisgruppen eine einheitliche Konzeption zu erarbeiten, ist fehlgeschlagen. Der sich in den KPD-Organisationen und Roten Garden neu konstituierende traditionalistische Flügel des SDS konzentriert sich auf die Gründung von Roten Zellen und Agitationszentren, aus denen sich Elemente einer überregionalen organisatorischen Koordination r e v o l u t i o n ä r e r Kräfte nicht entwickeln lassen, die in ihrer organisatorischen Schwäche jedoch sich mehr und mehr veranlasst sehen, auf orthodoxe Parteistrukturen des etablierten Sozialismus zurückzugreifen. Damit wird das wesentliche Problem revolutionärer Praxis in der gegenwärtigen Phase auf die Schulung potentieller Revolutionäre reduziert und erstreckt sich nicht mehr auf die Erforschung möglicher Organisationsformen der Revolution:

"Wichtig ist, herauszufinden, was zur Praxis der Aktionen hinzutreten muss, um ihre Wirksamkeit und die proletarische Eigeninitiative zu fördern und so den Prozess der revolutionären Erhebung der Massen zu beschleunigen. Ganz formal heisst das: Schulung als Voraussetzung der Herausbildung der Kaderorganisationen". 48)

In den Entscheidungsprozessen der an der Basis arbeitenden Gruppen entwickeln sich zwar - vor allem durch den persönlichen Zusammenhalt - formlose Spielarten direkter Demokratie, jedoch keine radikaldemokratischen Ansätze, "die politische Entscheidungssituation organisatorisch zu präzisieren", wie es ein Jahr früher noch für die Arbeit im Rahmen des Gesamtverbandes des SDS gefordert wurde.

49) Räte demokratische Vorstellungen sind zwar historisch-theoretisch aufgearbeitet worden, werden aber als Organisationsmodelle für die praktischen Aufgaben der Gegenwart kaum mehr diskutiert:

Frank Wolff führt an, dass "inhaltliche Kontrolle von einer bürokratischen Räteorganisation, wie sie es gegenwärtig sein müsste, überhaupt nicht geleistet würde". 50)

Joscha Schmierer weist diejenigen Vorstellungen zurück, in denen durch Räteorganisation die "sozialdemokratische" Verbandsstruktur des SDS zugunsten revolutionärer Aktionsformen von Gruppen ersetzt werden soll. Hier werde "das nur als Produkt des massenhaften revolutionären Kampfes zu verwirklichende Räte system als abstraktes Organisationsschema einer Avantgarde verschrieben, auf deren Funktionsbestimmung man sich erst gar nicht mehr einlässt". 51)

Für Gaston Salvatore ergeben sich die Schwierigkeiten von räteartig organisierten Projektgruppen aus der Tatsache, dass "die autoritäre Fixierung bestehen bleibt und sich hauptsächlich auf die dominierenden Persönlichkeiten der Projektgruppen konzentriert". 52)

In der aktuellen Kampfsituation zeichnen sich diese Grup-

pen nach Salvatore zwar durch besondereren Zusammenhalt und in gewissem Masse revolutionäre Solidarität aus, "die Aktion aber verhindert meistens die theoretische Diskussion. Ist die Kampfsituation vorbei, fehlt es an selbständigen Organisationen, die die theoretische Extensionsarbeit weiterführen". 53) Die Organisation des antiautoritären einzelnen Intellektuellen bleibt für Salvatore die Voraussetzung jeder revolutionären Strategie. Angesichts der Gefahren und besonderen Schwierigkeiten einer Intellektuellenorganisation versucht er die Forderung

"es ist unerlässlich, dass man eine Plattform bildet, auf der alle Sektionen des antiautoritären Lagers vertreten sind und alle allgemeinen Fragen und Stellungnahmen auf nationaler und internationaler Ebene erfasst werden", 54)

zu präzisieren. Lebensnotwendig für die Schaffung eines "Gegenmilieus", das es als emanzipatorischen Kern immer mehr auszuweiten gilt, ist eine aus der theoretisch einheitlichen Sicht des revolutionären Kampfes in den "Ländern der Volksrevolution" und den Metropolen gewonnene Strategie, die jedoch für das praktische Vorgehen in beiden Bereichen einen grundlegenden Unterschied berücksichtigen muss:

"In den Metropolen hat man in diesem Zusammenhang eine ungemein schwierigere Lage als in den Ländern der Volksrevolution. Die Subversion kann dort in einem Moment betrieben werden, da die Befreiung der einzelnen Individuen von allen reaktionären Überbleibseln noch nicht stattgefunden hat. Es wird notwendig, die Kulturrevolution nach der Übernahme der Macht fortzusetzen, um jene Überbleibsel und Ungleichzeitigkeiten abzuschaffen. In den Metropolen bedeutet die strategische Notwendigkeit der Akzentsetzung auf die Kategorie der Zukunft: Kulturrevolution und Revolutionierung müssen gleichzeitig durchgeführt werden". 55)

In dieser strategischen Konzeption hat die Organisationsfrage zwar den ihr zukommenden zentralen Stellenwert, aber dennoch keinen eigenen Ansatz einer möglichen Lösung. Die notwendige Richtungsanzeige erschöpft sich in dem mehrfach variierten abstrakten Appell:

"Man muss eine Organisationsform finden, die fähig ist, die Brutalität des Systems mit Teilerfolgen zu bekämpfen. Solche Teilerfolge, unerlässlich in der Übergangsperiode, müssen dem System Schaden zufügen und gleichzeitig Spielraum für eine Antizipierung der Zukunft schaffen". 56

Der Zerfall des SDS und der Partikularismus der die revolutionäre Arbeit fortführenden oppositionellen Gruppen verhilft gegenüber der Spontaneitäts-Euphorik in der Organisationsfrage, mit der die ersten Massenaktionen beurteilt wurden, allmählich der Einsicht zum Durchbruch, dass es zur Konzentration und Ausrichtung der revolutionären Kräfte theoretisch konzipierter Strukturen bedarf, die auch ein funktionales Mass an Bürokratisierung beinhalten.

Mit der Frage, ob revolutionäre Organisationsformen überhaupt aus einer spontanen und weitgehend unbewussten Praxis sich entwickeln können, da jene ja Praxis erst steuern und koordinieren sollen, beschäftigt sich Georg Lukacs ausführlich in seinem Aufsatz "Methodisches zur Organisationsfrage" aus dem Jahre 1922, in dem er die theoretische Dimension der Organisationsfrage entfaltet, die er als "geistiges" Problem verstanden wissen will: 57) "Die Frage der Organisation einer revolutionären Partei lässt sich nur aus einer Theorie der Revolution selbst organisch entwickeln", 58) d.h. die "richtige Funktion" der Organisation im revolutionären Prozess muss theoretisch ermittelt werden. Und in dieser theoretischen Funktionsbestimmung weist sich die Organisation als "Form der Vermittlung zwischen Theorie und Praxis" aus. 59)

Lukacs führt aus, dass jede theoretische Denkrichtung augenblicklich in die Organisationsfrage münden muss, wenn der Weg ihrer Verwirklichung gesucht wird. In dieser Wendung ins Organisatorische vollziehe sich die Rückwirkung der praktischen Aktion auf das politische Denken selbst: die Organisierbarkeit ist der Indikator für die praktische Realisationschance des theoretisch Gewollten;

"Während in der blossen Theorie die verschiedenartigsten Anschauungen und Richtungen friedlich nebeneinander leben können, ... stellen sich dieselben Fragen, wenn sie organisatorisch gewendet sind, als schroffe, einander ausschliessende Richtungen dar". 60)

Es wäre nach Lukács jedoch falsch, aus diesem Sachverhalt auf die Möglichkeit einer Falsifikation der Theorie durch die praktische Aktion zu schliessen. Die blossе Aktion kann keinen Masstab für die Gültigkeit einer theoretischen Richtung liefern, sie ist "ein Gewirr von einzelnen Handlungen einzelner Menschen und Gruppen. ... Dieses an sich wirre Gefühl gewinnt erst Sinn und Wirklichkeit, wenn es in seiner geschichtlichen Totalität, also in seiner Funktion im Geschichtsprozess, in seiner Vergangenheit und Zukunft vermittelnden Rolle aufgefasst wird". 61) Erst in dem Versuch, "aus theoretischen Differenzen organisatorische Folgerungen zu ziehen", wird es möglich, "die Theorie vom Gesichtspunkt der Praxis aus wirklich zu kritisieren". 62)

Lukács meint hiermit keine Absage an die These Rosa Luxemburgs, dass "die Organisation als Produkt des Kampfes erst entstehen muss", sondern den Hinweis darauf, dass die organische, gleichsam naturwüchsige Entstehung gewisser Organisationsformen in der Aktion nicht überschätzt werden darf gegenüber bewusst konstruierten organisatorischen Elementen 63). "Es handelt sich also um die Wechselwirkung von Spontaneität und bewusster Regelung". 64)

Bei Lukács wird die Lösung der Organisationsfrage zum Konstituens praxisbezogener revolutionärer Theorie. Indem das organisatorische Problem mit in den Zusammenhang der theoretischen Bedingungsanalyse der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, den Entwurf der möglichen Gesellschaft und die Strategie ihrer Verwirklichung hineingenommen wird, wird eine Einheit von Theorie und Praxis hergestellt, die nicht in der Vorstellung einer starren Synchronisation mündet, sondern in einer stimulierenden

und korrigierenden Wechselwirkung beider Bereiche. Dass Theorie und Praxis sich gegenseitig immer wieder einholen müssen, ist eine unerlässliche Vorbedingung für den Erfolg eines auf gesellschaftliche Veränderung gerichteten politischen Willens.

Einer abstrahierten kritischen oder revolutionären Theorie, die in ihrem Denkprozess nicht bis zur organisatorischen Konsequenz vorstösst, muss die praktische Absicht abgesprochen werden. Wenn Lukács im Jahre 1969 die Theoretiker der Frankfurter Schule für die praktische Folgenlosigkeit ihrer Gedanken kritisiert, die niemandem weh tun, (6) dann hat er 1922 schon die Begründung dafür geliefert, dass etwa das "allgemeine Bewusstsein" Adornos, in dem Kritische Theorie ihre Wirksamkeit entfalten soll, zugleich der Ort deren "Unbewusstheit" ist, weil praktisch-organisatorische Fragen ausgeklammert worden sind:

"Diese 'Unbewusstheit' in den Organisationsfragen ist aber ganz bestimmt ein Zeichen der Unreife der Bewegung. Denn Reife oder Unreife lassen sich eigentlich nur daran ermes- sen, ob eine Einsicht oder Einstellung über das, was zu tun ist, für das Bewusstsein der handelnden Klasse und ihrer führenden Partei in einer abstrakt- unmittelbaren oder konkret-vermittelten Form vorhanden ist. D.h. solange ein zu erreichendes Ziel in noch unerreichbarer Ferne liegt, können zwar besonders Scharfsichtige das Ziel selbst, sein Wesen und seine gesellschaftliche Notwendigkeit bis zu einem gewissen Grade klar sehen. Sie werden aber dennoch unfähig sein, die konkreten Schritte, die zum Ziele führen könnten, die konkreten Mittel, die aus ihrer - eventuell - richtigen Einsicht zu gewinnen wären, sich selbst bewusst zu machen". (66)

S c h l u s s

Vom revolutionären zum evolutionären Modell

In der zusammenhängenden Darstellung von Theorie, Strategie und Praxis wurde deutlich, dass diese Bereiche ihre Funktion für ein wissenschaftlich ¹²abgeleitetes praktisches Handeln der revolutionären Opposition verloren haben. Indem praktisches Handeln aus einer revolutionären Theorie nicht mehr begründet und in einer revolutionären Strategie nicht mehr kalkuliert wird, verliert es seine beanspruchte Qualität als wissenschaftliche Politik.

Vom Standpunkt der sich um Verwissenschaftlichung der Politik bemühenden Politologie kann der Geltungsanspruch der revolutionären Opposition nicht anders gewertet werden als die Ansprüche der übrigen im pluralistischen Kräftespiel ihre Interessen verfolgenden Gruppen. Die theoretische Qualität der linken Konzeptionen kann gegenüber dem weitgehend theorielosen politischen Pragmatismus der Mitte oder der Rechten erst dann wieder ins Gewicht fallen, wenn ihr Bezug zur Praxis wiederhergestellt ist. Solange die Praxis der revolutionären Opposition ihrer Theorie beziehungslos gegenübersteht, hat sie auch von wissenschaftlicher Politik sich abgespalten.

Dieses leere Verhältnis von Theorie und Praxis hat nur begrenzt seine Ursache in den akuten Mängeln revolutionärer Konzeption und Aktion. Ein wesentlicher Grund liegt in der allgemeinen Problematik von sozialwissenschaftlicher Erkenntnis im Verhältnis zum sozialen Handeln. Gerade die Linke hat unter dem Schlagwort "Politisierung" von Öffentlichkeit, Wissenschaft, Erziehung, etc. diese Problematik bewusst zu machen versucht. Mit der Hinwendung zur Praxis sollte die Rolleneinheit des fachlich und beruflich Eingegrenzten als politisch Handelnder wieder hergestellt werden.

Diese Abspaltung, die die Linke nach aussen zu bekämpfen sich bemühte, hatte sich jedoch in ihren eigenen Reihen längst vollzogen. Das Autoritäten- und Minoritätenproblem innerhalb des SDS, die personale Trennung in die Theoretiker "der ersten Stunde" und die folgenden Pragmatiker und Aktionisten, verschärfen sich bis zur Auflösung der organisatorischen Einheit des Studentenverbandes.

Die Auflösungstendenzen des von dieser Opposition intendierten Zusammenhanges von revolutionärer Theorie und ihrer Praxis lassen sich wie folgt zusammenfassend charakterisieren:

Durch den Mangel eines klar strukturierten Verhältnisses werden von der Theorie aus Elemente der Praxis unter der Massgabe selektiert, dass sie die schematisierte Situationsanalyse stützen und sich den aus dem totalen Entwurf zukünftiger Gesellschaft gefolgerten Tendenzen einordnen lassen. Es fehlt dabei das abwägende Interesse, praktische gesellschaftliche Experimente wie etwa das Beispiel der verschiedenen Kommunen, den radikaldemokratischen Entscheidungsprozess von "Massenaktionen" oder die Bewältigung organisatorischer Probleme "befreiter Gebiete", usw. auf ihre "objektiven" Bedingungen und Möglichkeiten hin abzuklopfen und auch ihren nicht-emanzipatorischen Gehalt entsprechend zu gewichten.

Die strategische Frage findet ihre Antwort nicht im Bereich der Theorie, sondern orientiert sich an der aktuellen Praxis und muss deshalb ihre Einheit verlieren. In ihrer primären Bestimmung von den Aktionen her ersetzt Strategie die kalkulierte Handlungsanweisung durch agitatorische und manipulative Funktionen.

Die Praxis ist damit von Theorie und Strategie als blinde Aktion entlassen. Erst unter öffentlichem Legitimationsdruck bedient sie sich vereinzelter Elemente beider Be-

reiche und beschränkt sich auf den Versuch der pragmatischen Einordnung. In einer forcierten Kampfsituation herrscht dann das Interesse an Mobilisierung und an Erweiterung des aktuellen Kräftepotentials vor. In diesem Moment sind die "Erkenntnisse der Kritischen Theorie ... zwar handlungsmotivierend, aber nicht handlungsorientierend" (67)

Das unkontrollierte Verhältnis von Theorie und Praxis der revolutionären Opposition produziert so zu einem wesentlichen Teil die immanenten Schwierigkeiten der einzelnen Bereiche, wie es selbst wiederum zugleich wieder deren Ergebnis ist:

Im Bereich der Theorie ist der Grund für die misslungene Vermittlung von Zielvorstellung und erfahrener Wirklichkeit inhaltlich und methodisch primär in dem Nebeneinander zweier Aufgabenstellungen zu suchen, die zugleich bewältigt werden müssen. Der emanzipatorische Entwurf der zukünftigen Gesellschaft verlangt spekulatives, utopisches Denken, das sich absondert von einem angesichts der notwendigen Systematisierung gesellschaftlicher Komplexität historisch-empirisch strukturierten Denken, das aus der Erfahrungswelt von Vergangenheit und Gegenwart möglichst abgesicherte Voraussagen für die Zukunft treffen will.

Solange diesen unterschiedlichen Denkansätzen zwei qualitativ verschiedene Methodologien zugrunde liegen, deren Synthese gegenwärtig nicht möglich scheint, ist der konstatierte Gegensatz keine Frage der Perspektive ("Vorwärts- oder Rückwärtsschauen"), sondern eine prinzipielle der Struktur des Denkens selbst. Damit ist auch die Frage "Was tun?" von der Frage "Was könnte sein?" methodologisch und nicht nur perspektivisch abgespalten und allein dem empirischen Ansatz zugewiesen.

Eine Theorie der revolutionären Opposition, die in ihrem Gesamtentwurf den Erfordernissen des zweifachen methodologischen Ansatzes nicht gerecht wird, wird in ihren Aus-

sagen zu verhängnisvollen Fehleinschätzungen verleitet: Indem der utoposche Entwurf als normatives Mass der Analyse der Bedingungen der bestehenden Gesellschaft zugrundegelegt wird, wird der reale gesellschaftliche Entwicklungsprozess in seinen progressiven und regressiven Tendenzen analytisch verkannt.

Im Bereich der *S t r a t e g i e* wirkt sich die methodologische Unbestimmtheit durch die unverhältnismässige Gewichtung gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen und gesellschaftlicher Kräfte aus, so dass revolutionäre Euphorie oder opportunistische Resignation bei der Festlegung der Chancen einer qualitativen Veränderung mehr vom Temperament und vom Status des einzelnen Theoretikers abhängig ist als von objektiven Kriterien seiner Analyse. Hinzu kommt, dass strategische Zielsetzungen von so fundamentalem Unterschied wie zwischen "Bewusstseinsveränderung" und "politischer Machtergreifung" offen bleiben, so dass von einer einheitlichen Strategie überhaupt nicht gesprochen werden kann. Die Einheit der Strategie ist jedoch die notwendige Voraussetzung, die Begriff und Funktion der Strategie überhaupt erst rechtfertigt. Strategie kann und muss revidiert werden, ihr Charakter als Ziel-Mittel-Reflexion verbietet jedoch ihre Partikularisierung in sich widersprechende taktische Einzelanweisungen. Im Gegensatz zur Theorie, wo die Vielfalt der Meinungen und Standpunkte nichts über ihren Wahrheitsgehalt aussagt, ist für die Strategie der Grad der Einheit das dominante Qualitätsmerkmal. Von zwei sich widersprechenden strategischen Folgerungen muss eine falsch sein, da es hier nicht um mehrdeutige Erklärungsversuche, sondern um die Abteílung des von der Situation geforderten praktischen Handelns in einer theoretisch begründeten Absicht geht.

Im Bereich der *P r a x i s* schliesslich offenbart sich die Kategorie des die Gesellschaft verändernden politischen Handelns als purer Aktionismus. Das Unvermögen der

Theorie der revolutionären Opposition, ihre Kategorien und ihren Begriffsapparat strategisch zu artikulieren, ist dafür die eine Ursache. Die andere liegt in der Weigerung, auf die gestellte konkrete Organisationsfrage mit einer in ihrem Abstraktionsgrad reduzierten Theorie zu antworten und dadurch Rechenschaft zu geben über die Realisationschance des theoretisch, strategisch und praktisch Vorgestellten.

Die formelle Auflösung des SDS war nur das äussere Zeichen für die Kapitulation vor der Organisationsfrage. Die einzelnen Gruppen der revolutionären Opposition werden anti-institutionell weiterarbeiten. Hier wird ein kritisches Potential gesichert und ausgeweitet, das eine Praxis als revolutionär versteht, die Verbindung zur Kritischen Theorie als revolutionärer Theorie und die strategisch kalkulierte Handlungseinheit jedoch weitgehend aufgekündigt hat. Revolutionäre Praxis hat so eine "konstruktive" Aufklärungsfunktion im liberalen Spielraum des bestehenden Systems übernommen und mobilisiert dessen immanente Möglichkeiten zur Veränderung in einer Masse, wie es reformistische Praxis allein nie hätte bewirken können.

Um diese reformistische Konsequenz politischer Aktionen in revolutionärer Absicht zu begreifen, bedarf es jedoch einer neuen modellhaften Vorstellung des Verhältnisses von Theorie und Praxis, die von den Generalformeln der revolutionären Opposition wesentlich differiert.

Das lineare Vorgehen: Entwurf der freien Gesellschaft, Analyse der Bedingungen und Möglichkeiten der bestehenden Gesellschaft, Strategieranweisung zur Realisation des Entwurfs in der aktuellen Situation und schliesslich die revolutionäre Aktion - erweist sich als nicht verwendbares starres Schema, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst den revolutionären Veränderungsversuchen widerstehen oder sich in einer Richtung und in Fristen evolutionär verändern, die die radikale Absicht nicht vorsah.

Das ist etwa der Fall, wenn revolutionäre Aktionen eine reformistische Praxis der Institutionen einleiten, die dem strategischen Erfordernis der Schaffung einer revolutionären Situation als Voraussetzung einer totalen Umwälzung diametral entgegenläuft. In der Regel erklären sich Theoretiker und Praktiker dann gegenseitig für inkompetent, und der distanzierte Dritte konstatiert das Auseinanderfallen von Theorie und Praxis mit der Begründung, dieses Schema sei nicht geschlossen und einheitlich angewendet worden. Die aus den generellen Formeln über das Verhältnis von Theorie und Praxis resultierende Konsequenz, dass Theorie die Praxis und Praxis die Theorie für falsch erklärt, kann erst überwunden werden in der Vorstellung eines permanenten rückkoppelnden Kreislaufes von Theorie und Praxis, wodurch Informationen, Erkenntnisse und Erfahrungen des einen Bereichs unmittelbare Reaktionen in dem anderen auslösen, die wieder zurückwirken auf den ersten, usw.

Ein in diesem Sinne als komplexes kybernetisches System begriffenes Verhältnis von Theorie und Praxis weist gegenüber dem linearen Modell zwei wesentliche Vorzüge auf. Dabei soll wieder unterschieden werden in die beiden grundsätzlichen Fragestellungen über das Verhältnis von Theorie und Praxis, wie sie in der Einleitung expliziert wurden:

In e r k e n n t n i s t h e o r e t i s c h e r Absicht ermöglicht die modellhafte Vorstellung des rückgekoppelten Verhältnisses von Theorie und Praxis einen besser gesicherten methodologischen Zugang, denn dieses Modell enthielte als Grundbedingung, dass die zwischen Theorie und Praxis fließenden Informationen und Impulse in einer identischen Sprache sich artikulieren müssen, um überhaupt von einem Bereich in den anderen hinübertreten zu können. Sobald deren Kategorien nicht miteinander korrespondieren, fallen sie als nicht akzeptiert heraus und werden nicht wie bisher missbräuchlich umgedeutet. Das

bedeutet z.B. für den utopischen Entwurf, dass er als schöpferische Idee selbst nicht infrage gestellt wird und im spekulativen Bereich sich frei entfalten kann. Sobald er jedoch Anspruch auf praktische Wirksamkeit stellt, ist er gezwungen, sich in Strukturen zu artikulieren, die mit denen des strategischen Bereichs korrespondieren. In dieser Adäquatheit der Strukturen ist eine Korrespondenz der Informationen und Daten hergestellt, die es ermöglicht, ihren Fluss nachzuzeichnen und die Modalitäten der Einwirkung und Rückwirkung des Bereichs der Erfahrung auf den Bereich ihrer theoretischen Verarbeitung transparent zu machen.

In p r a k t i s c h e r Absicht verspricht dieses Modell wirksame Abhilfe gegen die Resignation des politischen Willens zur Veränderung angesichts des Ausbleibens sichtbarer qualitativer Umwälzungen. Es zeigt, dass revolutionäre Einzelaktionen erst durch den permanenten Prozess der Wirkung und Gegenwirkung von Theorie und Praxis eine Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse in Gang setzen und in Gang halten. Dieses Modell erklärt, dass in Angriff genommene und vollendete Reformen in der Bundesrepublik der jüngsten Zeit nicht ihre Ursache in einem zielgerichteten theoretisch angeleiteten Veränderungsbemühen von - den "Revolutionären" gegenüber - erfolgreichen "Reformern" haben und auch nicht aus der Synthese radikaler Theorie mit gemässigter Praxis resultieren, sondern den aktuellen Stand des oben gekennzeichneten Flusses markieren. Der negatorische Wille der revolutionären Opposition wird in diesem Theorie-Praxis-Verständnis positiv gewendet, nicht weil sich die Theorie gemässigt oder ihre Praxis reformistisch gestaltet hätte, sondern weil ein das Verhältnis von Theorie und Praxis charakterisierender retardierender Mechanismus von Wirkung und Gegenwirkung die revolutionäre Idee zur evolutionären Realisation befördert.

A n m e r k u n g e n

V o r w o r t

E i n l e i t u n g

- 1) F. Frank, APO und Establishment aus biologischer Sicht, Oldenburg u. Hamburg 1969
- 2) J. Habermas, Dogmatismus, Vernunft und Entscheidung, in: Ders., Theorie und Praxis, Neuwied und Berlin 1967 S. 23 ff
- 3) F. Cerutti, Ein Brief an Jürgen Habermas, in: Die Linke antwortet Habermas, Frankfurt/M. 1968, S. 40
- 4) C. Offe, Kapitalismus - Analyse als Selbsteinschüchterung, in: Die Linke antwortet Habermas, a.a.O. S. 111
- 5) T. Adorno, Spiegel-Gespräch, in DER SPIEGEL 1969, Nr. 9, S. 208
- 6) Schon hier wird deutlich, dass etwa in erkenntnistheoretischer Absicht das Postulat der Einheit von Theorie und Praxis etwas ganz anderes bedeutet - nämlich Identität von Erfahrungstatsachen mit den über sie gemachten Aussagen - als unter unmittelbar praktischem Interesse: die persönliche Erfahrung und Realisierung von Theorie in der Praxis. Der Satz etwa: "Was Theorie aus eigener Kraft nicht schafft, muss dann Praxis leisten", gewinnt nur Sinn unter seinem praktischen Aspekt.
- 7) A. Brecht, Politische Theorie, Tübingen 1961, S. 325
- 8) J. Habermas, Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik in E. Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln und Berlin 1966, S. 294
- 9) Ebenda
- 10) J. Habermas, Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, a.a.O. S. 294
- 11) H. Marcuse, Über das Ideologieproblem in der hochentwickelten Industriegesellschaft, in: K. Lenk (Hrsg.), Ideologie, Neuwied und Berlin 1964, S. 336 f
- 12) K. Popper, Die Logik der Sozialwissenschaften. Referat zur Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 1961, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KfSS) 1962, Nr. 14, S. 235
- 13) T. Adorno, Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: KfSS 1962, Nr. 13, S. 256
- 14) J. Habermas, Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, a.a.O. S. 294

- 15) Vgl. T. Adorno, Spiegel-Gespräch, a.a.O. S. 204 ff
- 16) Ders. Marginalien zu Theorie und Praxis, in: DIE ZEIT 15.8.1969, Nr. 33, S. 10
- 17) Ebenda
- 18) Ebenda
- 19) Ebenda
- 20) Ebenda
- 21) G. Salvatore, Intelligenz und Organisation von Zukunft, in: Baran/Fried/Salvatore, Intellektuelle und Sozialismus, Berlin 1968
- 22) G. Lukács, Interview mit I. Fetscher im DEUTSCHEN FERNSEHEN am 10.9.1969 (Eigene Aufzeichnung)
- 23) Ebenda

T e i l I

- 1) H. Marcuse, Trieblehre und Freiheit, in: Psychoanalyse und Politik, Frankfurt/M. 1968, S. 6
- 2) Nitsch/Gerhard/Offe/Preuss, Hochschule in der Demokratie, Berlin 1965, S. 103
- 3) H. Marcuse, Das Ende der Utopie, in: Psychoanalyse und Politik, a.a.O. S. 70
- 4) a.a.O. S. 71
- 5) a.a.O. S. 73
- 6) a.a.O. S. 75
- 7) H. Marcuse, Repressive Toleranz, in Wolff/Moore/Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt/M. 1966, S. 99
- 8) W. Haug, Das Ganze und das ganz Andere. Zur Kritik der reinen revolutionären Transzendenz, in: J. Habermas (Hrsg.), Antworten an Herbert Marcuse, Frankfurt/M. 1968, S. 62
- 9) Vgl. U. Hommes, Provokation der Vernunft? Herbert Marcuse und die neue Linke, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT 1.11.1969, Nr. 44, S. 15 ff
- 10) Vgl. A. Neusüss, Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen, Neuwied 1968
- 11) Ders., Ausserparlamentarische Opposition, in: Schoeps/Dannemann, Die rebellischen Studenten, München 1968, S. 48
- 12) H. Marcuse, Das Ende der Utopie, a.a.O. S. 72
- 13) Ders., Zum Begriff der Negation in der Dialektik, in: Ders., Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft, Frankfurt/M. 1969, S. 187
- 14) A. Neusüss, Ausserparlamentarische Opposition, a.a.O. S. 49
- 15) K. Kosik, Die Dialektik der Moral und die Moral der Dialektik, in: Moral und Gesellschaft, Frankfurt/M. 1968, S. 19
- 16) a.a.O. S. 20 f
- 17) H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied u. Berlin 1967, S. 133 ff
- 18) Nitsch/Gerhard/Offe/Preuss, Hochschule in der Demokratie, a.a.O. S. 102

- 19) Hierzu heisst es in der SDS-Denkschrift zur Hochschulreform: Demokratie setzt den "rationalen Konsensus nach Massgabe eines erkannten allgemeinen Interesses mündiger Menschen" voraus (Nitsch/Gerhard/Offe/Preuss, Hochschule in der Demokratie, a.a.O. S. 102)
- 20) Aus diesem Versuch wird ersichtlich, wie leicht konkretisierte Vorstellungen der Zukunftsgesellschaft in einem sterilen Perfektionismus enden.
- 21) "Die marxistische Theorie heute hebt immer wieder hervor, dass der historische Materialismus nur durch die kritische Eliminierung der Metaphysik entstehen konnte (in deren Einflussbereich Marx selbst sich anfangs bewegt zu haben scheint), nämlich der Vorstellung von einer originären und ewigen Natur des Menschen. Im Gegensatz zu dieser Vorstellung steht die zentrale Idee des historischen Materialismus, dass der Mensch das Wesen ist, das sich selbst macht und verändert, indem es seine eigene Geschichte macht" (C. Luporini, die Wurzeln des moralischen Lebens, in: Moral und Gesellschaft, a.a.O. S. 39).
- 22) E. Mandel, Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt/M. 1967, S. 49
Vgl. auch die Formulierung dieses Hauptwiderspruchs bei J. Agnoli:
"Nicht, dass die Basis des sozioökonomischen Konflikts in der westlichen Welt sich wesentlich verändert hätte. Sie besteht nach wie vor in dem Widerspruch zwischen dem individuell-privilegierten Herrschaftsanspruch von Eigentum, Verfügungsgewalt und Wissen auf der einen Seite und den Inhalten einer modernen Gesellschaft auf der anderen Seite, die auf Kollektivproduktion gegründet ist und die durch die (potentiellen oder aktuellen) Forderungen unterprivilegierter Mehrheiten in Bewegung gehalten wird" (J. Agnoli, Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/M. 1968, S. 8).
- 23) E. Mandel, Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie, a.a.O. S. 49
- 24) Entwurf zu einer programmatischen Erklärung des SDS, Vorlage des Bundesvorstandes, in: Neue Kritik 1966, Nr. 34, S. 7 ff
- 25) a.a.O. S. 10
- 26) a.a.O. S. 11
- 27) Ebenda
- 28) E. Altvater, Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders. "Stabilisierte Wirtschaft", "Formierte Gesellschaft", in: Neue Kritik 1967, Nr. 40, S. 22
"In der Regel stützt der Staat diejenigen privaten Interessen, die sich durchzusetzen in der Lage sind, die also am meisten ökonomische Macht akkumuliert haben. Monopolisierung der Wirtschaft bedeutet daher auch, dass der Staat zum Staat des Monopolkapitals wird" (Ebenda).

- 29) Die Beschreibung dieses "allgemeinen-Repressionszusammenhangs" wurde von H. Marcuse übernommen: Die Produktivität der modernen Industriegesellschaft "zerstört die freie Entwicklung der menschlichen Bedürfnisse und Anlagen, ihr Friede wird durch die beständige Kriegsdrohung aufrechterhalten, ihr Wachstum hängt ab von der Unterdrückung der realen Möglichkeiten, den Kampf ums Dasein zu befrieden - individuell, national und international" (H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch, a.a.O. S. 11 f).
- 30) R. Dutschke, Spiegel-Gespräch, in: DER SPIEGEL 1967, Nr. 29, S. 30
- 31) Vgl. hier R. Dutschke, der scheinbar die Ursachen für die Oligarchisierung des etablierten Sozialismus nennt, statt einer Analyse jedoch lediglich eine phänomenologische Beschreibung des Sachverhaltes gibt:
"In den Ländern des sozialistischen Lagers entstand durch die Bestimmung von oben und durch die fehlende schöpferische Wechselwirkung zwischen Partei und Massen eine autoritär-sozialistische Gesamtstruktur" (R. Dutschke, Interview, in: V. Klokocha, Demokratischer Sozialismus - ein authentisches Modell, Hamburg 1968, S. 7).
- 32) Vgl. hierzu folgende unkritische Vermengung der aufgezeigten Probleme:
"Das durch die Verschleierung des gesellschaftlichen Grundwiderspruchs angestaute Agressionspotential, das sich in kollektiver Aktion zum Emanzipationskampf gegen die Herrschenden abheben könnte, wird gegen diese, aus dem System der Manipulation herausgetretenen und in ihrem Kampf ein Beispiel für die mögliche Befreiung gebenden oppositionellen Kräfte gerichtet. Die Entstehung sozialistischer Staaten und die ihnen objektiv mögliche Aufhebung von Mangel und Manipulation im Prozess der weltweiten Auseinandersetzung zwischen den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und dem imperialistischen Weltsystem erschüttert die gegen den inneren Feind mit dem Vorwand der äusseren Bedrohung errichtete Unterdrückungsmaschinerie" (Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit, Neue Kritik 1967, Nr. 44, S. 30).
- 33) Vgl. K. Kosik, Die Dialektik der Moral und die Moral der Dialektik, a.a.O. S. 10 ff
Kosik fordert als Voraussetzung einer Antwort die Anwendung der materialistischen Dialektik auf Theorie und Praxis des Marxismus:
"Für Marx war die materialistische Dialektik ein Instrument, das zur kritischen Enthüllung und Darstellung der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft diente. Heute freilich, wenn es zur Untersuchung ihrer

eigenen Theorie und Praxis kommt, setzen die Marxisten häufig den Idealismus an die Stelle des Materialismus, die Metaphysik an die Stelle der Dialektik, die Apologetik an die Stelle der Kritik. Unter solchen Umständen mehr denn je heisst Treue gegenüber Marx Rückkehr zum konsequenten Denken und zur Anwendung der materialistischen Dialektik auf a l l e Probleme der zeitgenössischen Gesellschaft, einschliesslich des Marxismus und Sozialismus. Darüberhinaus ist zu klären, wie es zu dieser Verkehrung der Standpunkte und Methoden kommen konnte.

Zunächst ist festzustellen, dass der Widerspruch zwischen Vernunft und Wirklichkeit, Bewusstsein und Wirkung, Moral und Tun, Subjekt und Objekt auch dort existiert, wo der Antagonismus zwischen Arbeiterklasse und Kapital aufgehoben ist. Bedeutet das, dass der Kapitalismus lediglich eine geschichtliche S o n d e r f o r m dieser Widersprüche ist und diese in allen gesellschaftlichen Formationen vorkommen? Oder heisst es, dass der Sozialismus als Bewegung und Gesellschaftsform noch nicht so weit entwickelt ist, dass man seine Auswirkungen auf das menschliche Zusammenleben und die Lenkung der Gesellschaft präzise benennen könnte?" (Ebenda).

- 34) Vgl. B. Blanke, Komplexität als Technokratenkomplex. Polemik gegen R. Düspohl: Zur Konzeption des SDS, in: Berliner Zeitschrift für POLITOLOGIE 1968, Nr. 2, S. 21, Anm. 1:
"Private Verfügung über die Produktionsbedingungen, i.e., den gesellschaftlichen Arbeitsprozess, ist Inhalt kapitalistischer Herrschaft, gleich, ob sie auf dem unmittelbaren Rechtstitel Eigentum beruht oder eine sekundäre oder tertiäre Ableitung dieses Rechtstitels darstellt. Private Verfügung über den gesellschaftlichen Arbeitsprozess, die sich vom Rechtstitel Volkseigentum ableitet, ist demnach auch Herrschaft".
- 35) Ein Beispiel aus jüngster Zeit liefert die auf das "neue sozialistische Eigentümerbewusstsein" zielende Kampagne in der DDR. Die Vermittlung dieses neuen Bewusstseins vollzieht sich bisher entweder durch Appelle an den profanen Eigennutz - "die Gesellschaft bist Du" - oder durch die Propagierung eines abstrakten Allgemeininteresses, das vom traditionellen westlichen Gemeinwohlbegriff nicht wesentlich differiert.
- 36) Deppe/Steinhaus, Politische Praxis und Schulung im SDS, in: Neue Kritik 1966, Nr. 38/39, S. 32
- 37) Vgl. die Auseinandersetzung der Neuen Linken mit Habermas in "Die Linke antwortet Jürgen Habermas", wo H. Lederer den Vorwurf des Revisionismus gegen Habermas erhebt, weil dieser zwar nicht die objektive Klassenlage, jedoch den klassenbewussten Adressaten der revolutionären Theorie vermisst und deshalb die Kräfte der revolutionären Bewegung den Kräften der manipu-

lierten Entpolitisierung für dauernd unterlegen hält (H. Lederer, Revolutionäre Strategie und liberales Maklertum, in: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt/M. 1968, S. 116).

- 38) Vgl. H. Marcuse, Repressive Toleranz, a.a.O. S. 120 u.a.
- 39) Gegenwärtig ist es sehr strittig, welche historische Bewegungskraft den Mittelschichten zugestanden werden muss, eine Analyse etwa der Durchsetzungsfähigkeit mittelständischer Politik gegen Gewerkschaften und Grosskapital im Bonner parlamentarischen System kann durchaus ergeben, dass freie Berufe wie Ärzte eine durch eigene gewachsene Standesordnung unangefochtene privilegierte Stellung haben, dass ferner die Landwirte in hohem Masse vom Leistungsprinzip dieser Gesellschaft freigesetzt sind, usw.
- 40) Zur Unterscheidung in die beiden Hauptrichtungen der Traditionalisten und Antiautoritären vgl. S. 64 ff
- 41) E. Mandel, Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie, a.a.O. S. 1
- 42) Vgl. Notiz im Berliner EXTRA-Dienst vom 22.2.1968, Nr. 16/III, S. 5, in der von der Konstituierung der Marxistischen Schulungsgemeinschaft im Republikanischen Club Berlin berichtet wird, die als Einführung in die Grundlagen des wissenschaftlichen Marxismus die "marxistische Wirtschaftstheorie von E. Mandel" behandeln will.
- 43) C. Rolshausen, Monopolkapital und Werttheorie, in: Neue Kritik 1967, Nr. 42/43, S. 26
- 44) Vgl. S. 17 ff
- 45) H. Marcuse, Zum Begriff der Negation in der Dialektik, a.a.O. S. 189
- 46) Ebenda
- 47) Ebenda
- 48) Vgl. S. 17 f
- 49) H. Marcuse, Zum Begriff der Negation in der Dialektik, a.a.O. S. 190
- 50) Vgl. J. Habermas, Zum Geleit, in: Ders. (Hrsg.), Antworten auf H. Marcuse, Frankfurt 1968, S. 13
- 51) H. Marcuse, Das Ende der Utopie, a.a.O. S. 73
- 52) Vgl. R. Ahlberg, Die politische Konzeption des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1968, S. 10 ff
- 53) Reiche/Gäng, Vom antikapitalistischen Protest zur sozialistischen Politik, in : Neue Kritik 1967, Nr. 41
- 54) a.a.O. S. 17 f
- 55) a.a.O. S. 18

- 56) Ebenda
- 57) Ebenda
- 58) a.a.O. S. 19
- 59) J. Habermas, Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt/M. 1968, S. 78
- 60) a.a.O. S. 79
- 61) a.a.O. S. 85
Habermas referiert hier aus einem unveröffentlichten Manuskript von C. Offe.
- 62) Habermas unterscheidet sich von seinen Kritikern offenbar lediglich durch die Frage, wieweit von sekundären und tertiären Erscheinungen auf die Ursachen zurückgegangen wird.
- 63) J. Habermas, Die Scheinrevolution und ihre Kinder, in: Ders., Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt/M. 1969, S. 194
- 64) Ders., Erkenntnis und Interesse, Frankfurt 1968, S. 58
- 65) a.a.O. S. 71
- 66) Ders., Technik und Wissenschaft als Ideologie, a.a.O. S. 79 f
- 67) a.a.O. S. 88
Zur Diskussion der Habermasschen Revision der Marxschen Mehrwertlehre vgl. W. Müller, Habermas und die Anwendbarkeit der Arbeitswerttheorie, in: Sozialistische POLITIK 1969, Nr. 1, S. 39 ff
- 68) A. Neusüss, Praxis und Theorie, in: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, a.a.O. S. 50
- 69) Vgl. Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit, a.a.O. S. 28 ff
- 70) a.a.O. S. 29
- 71) a.a.O. S. 30
- 72) a.a.O. S. 31
- 73) Vgl. H. Marcuse, Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers, in: Ders., Kultur und Gesellschaft III, Frankfurt/M. 1965, S. 110 f
- 74) J. Habermas, Technik und Wissenschaft als Ideologie, a.a.O. S. 49
- 75) H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch, a.a.O. S. 16b
- 76) a.a.O. S. 18
- 77) Vgl. C. Offe, Technik und Eindimensionalität. Eine Version der Technokratietheorie, in: J. Habermas (Hrsg.), Antworten auf H. Marcuse, a.a.O. S. 75
- 78) H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch, a.a.O. S. 23

- 79) J. Habermas, Technik und Wissenschaft als Ideologie, a.a.O., S. 56 ff
- 80) Ders., Zum Geleit, a.a.O. S. 12
- 81) C. Offe, Technik und Eindimensionalität, Eine Version der Technokratiethese, a.a.O. S. 88
- 82) a.a.O. S. 86 f
- 83) a.a.O. S. 87
- 84) Ebenda
- 85) a.a.O. S. 88
- 86) Ders., Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaften, 2. überarbeitetes Manuskript des Referats auf dem Frankfurter Soziologentag 1968, hersgg. von WiSo-ad-hoc-Gruppe/OSI-ad-hoc-Gruppe, Berlin o.J.
- 87) a.a.O. S. 21
- 88) a.a.O. S. 22
- 89) a.a.O. S. 25 f
- 90) a.a.O. S. 26 f
- 91) Vgl. H. Marcuse, Trieblehre und Freiheit, in: Psychoanalyse und Politik, a.a.O. S. 8:
"Was eigentlich herrscht, ist der zur unteilbaren Einheit gewordene ökonomische, politische und kulturelle Apparat, den die gesellschaftliche Arbeit aufgebaut hat".
- 92) Wohl wird andererseits den Institutionen wie Parlament und Parteien ein eigenes Interesse an Herrschaft und Manipulation zugesprochen, doch ist dann eher nach den in ihnen und durch sie handelnden Personen gefragt als nach organisatorischen Strukturen.
- 93) J. Agnoli, Die Transformation der Demokratie, a.a.O. S. 12
- 94) a.a.O. S. 19
- 95) a.a.O. S. 21
- 96) a.a.O. S. 26
Vgl. auch: Entwurf zu einer programmatischen Erklärung des SDS, a.a.O. S. 17
- 97) J. Agnoli, Die Transformation der Demokratie, a.a.O. S. 53 f
- 98) Entwurf zu einer programmatischen Erklärung des SDS, a.a.O. S. 13
- 99) J. Agnoli, Transformation der Demokratie, a.a.O. S. 25 f
- 100) Vgl. O.H.v.d. Gablentz, Rezension von: Agnoli/Brückner, Die Transformation der Demokratie, in: Berliner

Zeitschrift für POLITOLOGIE 1968, Nr. 2, S. 55

- 101) J. Agnoli, Die Transformation der Demokratie, a.a.O. S. 13
- 102) a.a.O. S. 75
- 103) Ebenda
- 104) a.a.O. S. 84
- 105) Ebenda
- 106) a.a.O. S. 85 f
- 107) Der 1969 erfolgte Rücktritt Gerstenmaiers als Bundestagspräsident liefert zwar keinen Beweis für die übliche Handhabung der Sanktionsgewalt demokratischer Vertretungskörperschaften im Parlamentarismus. Er zeigt jedoch exemplarisch, dass der Bundestag als verfassungsrechtlich geschütztes zentrales Entscheidungszentrum personale Sanktionsmöglichkeiten besitzt, dadurch dass die Anonymität des Interessendrucks in der öffentlichen Entscheidung der Abgeordneten aufgehoben wird.
- 108) Vgl. E. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964, S. 75
Fraenkel meint, "dass ein Repräsentativsystem, das dem ehernen Gesetz der Oligarchie nicht zu begegnen weiss, zur Selbstaufhebung verurteilt ist" (a.a.O. S. 75).
Man könnte sinngemäss ergänzen, dass, wenn dieses System im Falle der Oligarchisierung nicht fähig oder willens ist, sich selbst aufzuheben - was für ein in Erstarrung pervertiertes System sehr wahrscheinlich ist - es wider Willen aufgehoben werden muss von Kräften, die der Oligarchisierung nicht erlegen sind, also ausserhalb des Systems stehen. Man hätte dann den Indikator Fraenkels für die revolutionäre Situation und darf konstatieren, dass die Pluralismus-Theoretiker die Fortschrittsperspektive nicht verloren haben, sondern einzig den Grad der eingestandenen Misstände noch nicht als Perversion diagnostizieren.

T e i l II

- 1) Die grundlegende Problematik der Tatsachenaufbereitung durch notwendigerweise theoretisch-methodische Analyse wurde in der Einleitung dieser Untersuchung bereits dargelegt und soll hier nur noch einmal ins Bewusstsein gerufen werden. Der Mangel unseres Wissens und unserer Verfahrensweisen erlaubt gegenwärtig nicht mehr, als diejenige Methode zu ermitteln und anzuwenden, die die vorläufig besten Annäherungswerte verspricht.
- 2) J. Habermas, Technik und Wissenschaft als Ideologie, a.a.O. S. 84
- 3) Vgl. F. Lamm, Demokratischer Abbau der Demokratie, in: Lamm/Rosenbaum/Schauer/Schmiederer, Die Grosse Koalition und die nächsten Aufgaben der Linken, Frankfurt/M. 1967, S. 18 ff
Vgl. ebenfalls Reiche/Gäng, Vom antikapitalistischen Protest zur sozialistischen Politik a.a.O. S. 17 ff
- 4) Exemplarisch hier C. Offe, Kapitalismus - Analyse als Selbsteinschüchterung, a.a.O. S. 110 f:
"Aber wäre es nicht denkbar, dass die Reichweite und damit der Zuständigkeitsbereich von Theorien vom Typus der Marxschen zusammengeschrumpft ist und zwar aufgrund eben jener Unschärfen und Ambiguitäten der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, auf die Habermas mit seinen Revisionsvorschlägen reagiert? Dann hätte die veränderte Erscheinungsform des kapitalistischen Prozesses die Folge, dass jene Merkmale und Tendenzen dieses Prozesses, deren sich in seinen früheren Phasen die Theorie noch aus eigener Kraft versichern konnte, heute auf der Ebene der Praxis konstituiert werden müssten. Auch das Verhältnis von Analyse und Aktion wäre zirkulär. Unter solchen Bedingungen erlischt freilich auch die Autorität von theoretischen Urteilen darüber, ob eine konkrete historische Situation 'revolutionär' ist oder nicht. Die Kriterien, nach denen wir weiterhin über die revolutionären Chancen einer Situation entscheiden sollen, haben selber noch Spuren jener Orthodoxie an sich, denen Habermas sonst so produktiven Widerstand entgegensetzt. Über diese Frage können wir nichts wissen und voraussagen, wie immerhin am französischen Beispiel zu zeigen wäre. Diese Frage können wir nur im Zuge eines d i s z i p l i n i e r t e n P r a g m a t i s m u s d e r A k t i o n klären, der seine Erfolge freilich nicht an reformistischen Kriterien bemisst".

- 5) J. Schmierer, Bemerkungen zur Organisationsfrage, in: Neue Kritik 1966, Nr. 50, S. 15
- 6) a.a.O. S. 12
- 7) a.a.O. S. 12 f
- 8) M. Vester, Zur Dialektik von Reform und Revolution. Die Arbeitnehmer in der sozialistischen Strategie, in: Neue Kritik 1966, Nr. 54, S. 15-28
- 9) a.a.O. S. 16
- 10) Ebenda
- 11) a.a.O. S. 20 f
- 12) a.a.O. S. 21
- 13) Ebenda
- 14) Ebenda, M. Vester zitiert ein Rundschreiben des SDS vom 15.9.1965
- 15) a.a.O. S. 23
- 16) a.a.O. S. 24
- 17) Ebenda
- 18) a.a.O. S. 25
- 19) Ebenda
- 20) a.a.O. S. 20
- 21) J. Seifert, Der Kampf um Verfassungspositionen, in: Neue Kritik 1966, Nr. 25, S. 8
- 22) Vgl. R. Düspohl, Zur Konzeption des SDS, in: Berliner Zeitschrift für POLITOLOGIE 1966, Nr. 1 S. 15 f
- 23) Vgl. B. Rabehl, Der SDS und die Strategie der direkten Aktion in Europa, in: Neue Kritik 1968, Nr. 50, S. 45
- 24) J. Habermas, Die Scheinrevolution und ihre Kinder, a.a.O.
- 25) a.a.O. S. 196
- 26) a.a.O. S. 199
Die sechste seiner "Frankfurter Thesen" überschreibt Habermas zwar mit: "Die Taktik der Scheinrevolution muss einer langfristigen Strategie der massenhaften Aufklärung weichen", ersetzt aber im folgenden Text das spezielle Problem der Bewusstseinsveränderung durch das allgemeine Problem der Veränderung der Machtverhältnisse in der Gesellschaft und unterliegt damit eben jener Verwechslung, die er der Linken anlastet.

So heisst es u.a.:

Die Protestbewegung muss realistisch sein "im Hinblick auf die punktuellen Fortschritte, die inmitten der massiv restaurativen Entwicklung der letzten Jahre auch möglich gewesen sind. Diese isolierten Bastionen können als Verbesserung benutzt werden; sie sollten nicht einem indifferenzierten Urteil und pauschaler Ablehnung anheimfallen".

- 27) "Kampagnen und Kongresse konnten keine andere Funktion haben als Aufklärungsprozesse bei einem Teil der noch an dem Modell liberaler Öffentlichkeit fixierten in Gang zu setzen" (D. Claussen, Zur Kritik des falschen Bewusstseins der studentischen Revolte, in: Neue Kritik 1969, Nr. 53, S. 6)
- 28) Resolution der 21. Delegiertenkonferenz des SDS zur Notstandsgesetzgebung, in : Neue Kritik 1966, Nr. 38/39, S. 12
- 29) Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes zur 23. o Delegiertenkonferenz des SDS, in: Neue Kritik 1968, Nr. 50, S. 68
- 30) Welche praktische Solidarität erfordert die Konfrontation mit der Justiz? (Artikel einiger Berliner SDS-Genossen), in Neue Kritik 1969, Nr. 51/52, S. 12 f
- 31) Vgl. S. 83 ff
- 32) J. Huffschild, Rede auf dem teach-in zur Bundesversammlung in der TU-Berlin am 4.3.1969, in RC-BULLETIN 1969, Nr. 6, S. 10
- 33) a.a.O. S. 11
- 34) a.a.O. S. 12
- 35) a.a.O. S. 11
- 36) Ebenda
- 37) R. Keller, Grundsätze der Strategie, in: RC-BULLETIN 1969, Nr. 6, S. 13
- 38) Hochschule in der Demokratie, Denkschrift des SDS, a.a.O.
- 39) Nitsch/Gerhardt/Offe/Preuss, a.a.O.
- 40) a.a.O. S. 51
- 41) a.a.O. S. 62
- 42) J. Habermas, Universität in der Demokratie - Demokratisierung der Universität, in Universitätstage 1967, Veröffentlichung einer Vortragsreihe der Freien Universität Berlin am 19. und 20.1.1967, Berlin 1967, S. 70
- 43) Nitsch/Gerhardt/Offe/Preuss, a.a.O. S. 121
- 44) Ebenda

- 45) a.a.O. S. 110
- 46) a.a.O. S. 105
- 47) a.a.O. S. 106
- 48) a.a.O. S. 107
- 49) Hochschule in der Demokratie, a.a.O. S. 87
- 50) S. Leibfried, Universität und Formierung, Exemplarisch an den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums behandelt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1967, Nr. 4 S. 372
- 51) Hochschule in der Demokratie, a.a.O. S. 4
- 52) So auch K. Nevermann in seiner Immatrikulationsrede im Sommersemester 1966, vgl. S. Leibfried, Universität und Formierung, a.a.O. S. 373
- 53) J. Habermas, Rede auf dem Kongress "Hochschule und Demokratie" in Hannover am 9.6.1967, in: DER POLITOLOGE, Berliner Zeitschrift für Politische Wissenschaft 1967, Nr. 23, S. 3
- 54) Nitsch/Gerhardt/Offe/Preuss, a.a.O. S. 48
- 55) a.a.O. S. 4
- 56) a.a.O. S. 111
- 57) a.a.O. S. 113
- 58) Ebenda
- 59) a.a.O. S. 114
- 60) Ebenda
- 61) W. Lefèvre, Möglichkeiten für die Hochschulpolitik des SDS, in Neue Kritik 1966, Nr. 38/39, S. 28
- 62) a.a.O. S. 31
- 63) Nitsch/Gerhardt/Offe/Preuss, a.a.O. S. 116
- 64) a.a.O. S. 120
- 65) Auszüge in: T.H. Jüchter, Studienreform 1966, hrsgg. vom VDS, Bonn 1967, S. 17-48
- 66) Stellungnahme des VDS-Vorstandes vom 14.6.1966 zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, in T.H. Jüchter, a.a.O. S. 94 f
- 67) a.a.O. S. 97
- 68) Vgl. W. Lefèvre, Möglichkeiten für die Hochschulpolitik des SDS, a.a.O. S. 31
- 69) Ebenda
- 70) Kritische Universität, Provisorisches Verzeichnis der Studienveranstaltungen im Wintersemester 1967/68, hrsgg. vom ASTA der Freien Universität Berlin, Berlin 1967, S. 4
- 71) Nitsch/Gerhardt/Offe/Preuss, a.a.O. S. 424

- 72) Vgl. Reiche/Gäng, a.a.O. S. 27
- 75) Hochschule in der Demokratie, a.a.O. S. 89
- 74) Nitsch/Gerhard/Offe/Preuss, a.a.O. S. 147
- 75) a.a.O. S. 121 f
- 76) a.a.O. S. 122
- 77) Ebenda
- 78) a.a.O. S. 125
- 79) a.a.O. S. 126
- 80) a.a.O. S. 127
- 81) Ebenda
- 82) a.a.O. S. 387
- 83) L. Hack, Am Beispiel Berkeley: Rigider Funktionalismus und neue Unmittelbarkeit, in: Neue Kritik 1967, Nr. 41, S. 52
- 84) H. Pauck, Buchbesprechung von: Nitsch/Gerhard/Offe/Preuss, Hochschule in der Demokratie, in: Neue Kritik 1966, Nr. 35, S. 42
- 85) Vgl. Teil II, Anm. 54
- 86) U. Kadritzke, Das Selbstverständnis der Freien Universität, in: Universitätstage 1967, a.a.O. S. 43
- 87) W. Lefèvre, Möglichkeiten für die Hochschulpolitik des SDS, a.a.O. S. 29
- 88) Ders., Zu den jüngsten Auseinandersetzungen an der FU-Berlin, in: Neue Kritik 1967, Nr. 41, S. 12
- 89) Erklärung des SDS-Bundesvorstandes vom 6.6.1967, in: K. Nevermann, Der 2. Juni 1967, Hrsgg. vom VDS, Köln 1967, S. 29
- 90) W. Lefèvre, Ursachen und Konsequenzen des 2. Juni, in: Neue Kritik 1967, Nr. 42/43/, S. 13
- 91) Vgl. Kritische Universität, Provisorisches Verzeichnis der Studienveranstaltungen im Wintersemester 1967/69, a.a.O. S. 2
- 92) a.a.O. S. 7
- 93) a.a.O. S. 6
- 94) Als Beispiel seien die einführenden Sätze eines Seminars zur "Kritik der reinen Ökonomie" angeführt:
"Die reine Ökonomie ist das scheinbar nur sachrational fundierte, objektiv gültige System der Nationalökonomie. Dieses System ist jedoch das Ergebnis eines Verdrängungsprozesses, in dem alle zugrundeliegenden Interessenkonstellationen und Herrschaftsverhältnisse durch die Einführung technologischer und psychologi-

scher Terminologien verdeckt werden. Statt objektiver Kategorien, die in strenger Wertneutralität den rein technischen Sachzwang ausdrücken sollen, liegen der Ökonomie in Wirklichkeit die subjektivistischen Inhalte und Bewertungen eines bestimmten Partikularinteresses zugrunde, das sich durch eben dieses 'sachrationale' System als allgemeinverbindlich auszuweisen versucht, Hauptobjekt, an dem dies aufgewiesen und nachgewiesen werden soll, ist der Keynesianismus ..." (a.a.O. S. 9 f.)

- 95) Knapp/Schweichel, Neue Hochschulpolitik? in: Neue Kritik 1968, Nr. 48/49, S. 82 f
- 96) Im Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes zur 23.o. Delegiertenkonferenz des SDS heisst es:
"Die Konstituierung der Hochschulrevolte in grossem Umfang, mit eine der Vorbedingungen für die Solidarisierung von Teilen der Arbeiterschaft in Springer-Aktionen und Notstandsstreiks, gelang an den bundesrepublikanischen Hochschulen eigentlich erst in diesem Jahr. Während an grossen Hochschulen wie Hamburg oder München hochschulpolitische Auseinandersetzungen (Wenke-Vorlesung, Rektoratsfeier) auslösend wirkten, gelang es kleineren Gruppen meist eher, mit der Einführung allgemein politischer Momente in Provokation zu massenhafter Diskussion die Herstellung der Revolte zu initiieren. ... Hinzu kam, dass auch allgemeinpolitische Diskussionen und Auseinandersetzungen, beispielsweise die Vorlage des Hochschulmanifests gegen die Notstandsgesetze in einer Vorlesung von Carlo Schmid, von den Universitätsadministrationen mit massiven Repressionen und dem Vorwurf des terroristischen Vorgehens und des 'Einübens faschistischer Methoden' beantwortet wurden. Spätestens dann wurde die Struktur der Hochschule Teil der Auseinandersetzungen, Die Revolte hatte aber nirgends mehr enger begrenzten hochschulpolitischen Charakter, wie er noch für die ersten Berliner sit-ins kennzeichnend war" (a.a.O. S. 77 f).
- 97) Vgl. Teil I, Anm. 57
- 98) Die neue Radikalität, verf. vom Bundesvorstand des SDS, in: Neue Kritik 1969, Nr. 51/52, S. 4
- 99) Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes zur 23. o. Delegiertenkonferenz des SDS, a.a.O. S. 78
- 100) Knapp/Schweichel, a.a.O. S. 83 f
- 101) Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes zur 23. o. Delegiertenkonferenz des SDS, a.a.O. S. 79
- 102) Die neue Radikalität, a.a.O. S. 7
- 103) a.a.O. S. 9

104) a.a.O. S. 3

105) Ebenda

106) Vgl. A. Schwan, Die Hochschule im Spannungsfeld von Wissenschaft und Freiheit, in: Schwan/Sontheimer (Hrsg.), Reform als Alternative, Köln und Opladen 1969, S. 62:

"Da Hochschulgesetze oder neue Satzungen "sehr häufig nur am grünen Tisch und oft allzusehr unter dem Einfluss der universitären Gruppeninteressen entworfen sind, ist zu fordern, dass vor der fälligen endgültigen Neuordnung des deutschen Hochschulwesens - die einheitlich erfolgen müsste - einige Universitäten, Fakultäten oder Institute R e f o r m e x p e r i m e n t e durchführen, die dem Gesetzgeber objektive empirische Unterlagen für den von ihm zu leistenden Akt zur Verfügung stellen. Solche Universitäten, Fakultäten oder Institute erscheinen geeignet, diese Experimente zu wagen, in denen eine überwiegende Mehrheit aller beteiligten Gruppen bereit und disponiert ist, sie mitzutragen. Das Otto-Suhr-Institut in Berlin hat z.B. ein solches Reformprogramm vorgelegt in der Absicht und Bereitschaft, damit zu experimentieren".

107) P. Gäng, Organisation und Klassenfrage, in: Neue Kritik 1967, Nr. 55, S. 16

108) Vgl. dpa-Dienst für Kulturpolitik vom 24.11.1969, Nr. 47

109) Strategie und Organisation des SDS (Arbeitspapier einer Berliner Gruppe des SDS), in: Neue Kritik 1968, Nr. 50, S. 60

110) Erklärung der Bundesvorstände des SDS und VDS. Die Liquidierung des VDS, in: Neue Kritik 1969, Nr. 54, S. 12

111) Ebenda

112) Ebenda

113) Schmierer/Mangoldt, Der SDS ist durch die Liquidation des VDS nicht zu retten - Ein Beitrag zur Flurbereinigung, in: Neue Kritik 1969, Nr. 54, S. 22

114) a.a.O. S. 26 f

T e i l I I I

- 1) H. Ahrendt, Über die Revolution, München, 1963, S. 20
- 2) Vgl. die Diskussion des Gewaltproblems nach den Ereignissen vor dem Westberliner Landgericht am Tegeler Weg am 4.11.1968 (Demonstration gegen das Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwalt Horst Mahler), in: RC -BULLETIN 1968, Nr.4-6
- 3) Erklärung des Vorstandes des Republikanischen Clubs Berlin zum Thema: Demonstration und Gewalt, in: RC-BULLETIN 1968, Nr. 4, S. 1
- 4) a.a.O. S. 2
- 5) B. Blanke, Revolutionäre Moral muss produziert werden. Anmerkungen zur Gewaltdiskussion im RC-BULLETIN Nr. 4, in: RC-BULLETIN 1968, Nr. 5, S. 7
- 6) Ebenda
- 7) a.a.O. S. 6
- 8) Erklärung des Vorstandes des Republikanischen Clubs Berlin zum Thema: Demonstration und Gewalt, a.a.O. S. 1
Der in den ersten Tagen nach der Aktion vom 4.11.1968 unternommene Versuch einer Rechtfertigung der Gewaltanwendung durch Unterscheidung von Gewalt gegen Personen und Gewalt gegen Sachen ist hier bereits wieder aufgegeben. Abgesehen davon, dass diese Trennung in der Praxis nicht aufrechterhalten werden kann, geht mit diesem Versuch auch eine substanzgefährdende Beschränkung der persönlichen Rechts- und Freiheitssphäre einher und impliziert eine Verengung des Humanitätsbegriffs, die in ihren Konsequenzen kaum abschätzbar ist.
- 9) R. Reichwein, 21 Thesen zur Gewaltanwendung, in RC-BULLETIN 1969, Nr. 1. S. 10
- 10) a.a.O. S. 12
- 11) S. Ehrler, Demonstration und Gewalt, in RC-BULLETIN 1968, Nr. 5, S. 5
- 12) a.a.O. S. 1 f
- 13) H. Marcuse, Repressive Toleranz, a.a.O. S. 127
- 14) a.a.O. S. 116
- 15) a.a.O. S. 114
- 16) a.a.O. S. 117

- 17) a.a.O. S. 118
- 18) O. Negt, Politik und Gewalt, in: Neue Kritik 1968, Nr. 47, S. 20
- 19) a.a.O. S. 16
- 20) Ebenda
- 21) a.a.O. S. 16 f
- 22) a.a.O. S. 17
- 23) a.a.O. S. 19
- 24) a.a.O. S. 23
- 25) Vgl. S. 81
- 26) Die Organisation im Klassenkampf, Vorbemerkung des Verlages, hrsgg. vom Verlag Neue Kritik KG, Frankfurt/M. 1967, o.S.
- 27) In den strategischen Diskussionen um die mögliche Form einer Beteiligung am Bundestagswahlkampf 1969 spielte die Frage der Parteibildung sowie Wahlbündnisse und Parlamentsarbeit kurzfristig eine wesentliche Rolle. Während traditionalistische Mitglieder der "Aktion Demokratischer Fortschritt" unter der Parole "Demokratisierung des Parlaments!" die Meinung vertraten, dass "der Kampf um den Eintritt ins Parlament, recht verstanden und recht geführt, zu einer Form des gesellschaftlichen Gegenangriffs wird" (W. Hofmann, über die Notwendigkeit einer Demokratisierung des Parlaments, in: "SOZIALISTISCHE POLITIK 1969", Nr. 2, S. 52), sah die Mehrheit der antiautoritären Studenten in der Beteiligung an den Spielregeln des Parlamentarismus nur eine kurzfristige Unterstützung des scheindemokratischen Charakters der Volksvertretung:
"Die APO, im Grunde genommen die normale Form der Beteiligung unzufriedener Bürger und politischer Gruppierungen in einer parlamentarischen Demokratie, deren Interessen nicht oder nur unzureichend im Parlament vertreten werden, muss antiparlamentarisch sein, wenn das Parlament trotz formaldemokratischer Wahlakte antidemokratisch funktioniert, weil nur dann die APO demokratisch ist" (P. Rath, Überlegungen zur Strategie der APO im Hinblick auf das Wahlbündnis (ADF), in: RC-BULLETIN 1969, Nr. 5, S. 10).
In demselben Beitrag werden die möglichen Eingriffe in den Wahlkampf - wie sie dann auch weitgehend praktiziert wurden - aufgezählt:
" - In Wähler- und Mitgliederversammlungen der Parteien kann die Aufstellung der Kandidaten für die Wahl zur Debatte über deren politische Anschauungen gemacht werden; gegenüber Notstandsbeürwortern muss dabei eine Abwahlkampagne geführt werden.
- Die aufgestellten Kandidaten müssen zur Offenlegung ihrer politischen Ansichten veranlasst werden.

- Die Wahlveranstaltungen der Parteien können zur Debatte über das politische System der Bundesrepublik und zur Auseinandersetzung über die wirklichen politischen Probleme umfunktioniert werden, indem man vor Beginn in ausreichender Stärke die Versammlungsräume füllt und die Diskussion mit dem Publikum beginnt. - Gleiches kann auch nach Schluss der Veranstaltung erfolgen.

- Der Wahlkampf bietet der APO alle Möglichkeiten, von der Zusammenarbeit mit einzelnen Kandidaten bis zur Provokation (Selbstverständlich besteht auch die Möglichkeit, z.B. durch happenings oder Störaktionen zur Politisierung des Wahlkampfes beizutragen)."
(a.a.O. S. 11)

Parteiähnliche Strukturen für eine demokratisch-sozialistische Massenorganisation wurden in jener Zeit von der Berliner Marxistisch-Leninistischen Fraktion der revolutionären Opposition in einem Modellentwurf erarbeitet, dessen beabsichtigte öffentliche Diskussion in der "Roten Presse Korrespondenz" harte Auseinandersetzungen auslöste, die nur vorläufig überbrückt werden konnten.

- 28) "Die 'Zerschlagung' des SDS war faktisch in Gang gekommen. Den Verband, der weitgehend in die 'Bewegung' sich aufgelöst hatte, trafen die emanzipatorischen Ansprüche unterprivilegierter Fraktionen genau in dem Augenblick, als zentrale Kampagnen die Einsicht in die Notwendigkeit zentraler Organisation nicht mehr vermittelten. Die richtungslos gewordene Bewegung wandte in Gestalt unterprivilegierter Gruppen ihre emanzipatorischen Forderungen aggressiv gegen einen fiktiven Verband, den paradoxerweise nur noch Individuen, die sog. Autoritäten, als Zielscheibe darstellen konnten. Als das Geschwätz von der Zerschlagung des Verbandes aufkam, hatte dieser sich längst schon aufgelöst" (Schmierer/Mangold, Der SDS-BV ist durch die Liquidation des VDS nicht zu retten - Ein Beitrag zur Flurbereinigung, a.a.O. S. 19).

- 29) F. Wolff, Organisation: Emanzipation und Widerstand, in: Neue Kritik 1966, Nr. 50, S. 4

Die konzeptionelle Einordnung der Organisationsfrage bei F. Wolff wird deutlich in folgendem:

"Die Delegiertenkonferenz wurde so zum blinden Ausdruck der antiautoritären Phase des SDS. Sie akademisch zu analysieren haben wir keine Zeit; es kommt jetzt darauf an, ein gemeinsames Bewusstsein von den prinzipiellen Schwierigkeiten und den pragmatischen Möglichkeiten der Organisation herauszubilden" (Ebenda).

Die Umstilisierung theoretischer Probleme zu "akade-

mischen", wenn sie dringlich werden, aber keine Lösungsmöglichkeit sich abzeichnet, ist ein für die analytische Stimmigkeit folgenschwerer Kunstgriff, der sich dann rächen muss, wenn die organisatorischen Schwierigkeiten ihren Grund in mangelhafter theoretischer Ortung der Organisationsfrage und eines üppig aufschliessenden Pragmatismus von kleinen und kleinsten Gruppen haben.

- 30) J. Schmierer, Bemerkungen zur Organisationsfrage, a.a.O. S. 18
- 31) F. Wolff, Organisation: Emanzipation und Widerstand, a.a.O. S. 7
- 32) J. Schmierer, Bemerkungen zur Organisationsfrage, a.a.O. S. 15 f
- 33) a.a.O. S. 16
- 34) Ebenda
- 35) Strategie und Organisation des SDS (Arbeitspapier einer Berliner Gruppe des SDS), a.a.O. S. 62
- 36) Ebenda
- 37) a.a.O. S. 59
- 38) Vgl. S. 106
- 39) Strategie und Organisation des SDS (Arbeitspapier einer Berliner Gruppe des SDS), a.a.O. S. 61
- 40) F. Wolff, Organisation: Emanzipation und Widerstand, a.a.O. S. 10
- 41) a.a.O. S. 7
- 42) D. Clausen, Zur Kritik des falschen Bewusstseins in der studentischen Revolte, a.a.O. S. 9 f
- 43) a.a.O. S. 10
- 44) Ebenda
- 45) a.a.O. S. 11
- 46) Vgl. L. Hack, Zur neuen Faszination der Unmittelbarkeit, in: Hack/Negt/Reiche, Protest und Politik, Frankfurt/M. 1968

Nach Hack ergibt sich ein neues konstituierendes Element der Protestbewegung darin, dass sich die Protestierenden weigern, "ihre Aktivität in organisatorischen Ersatzbildungen zu verausgaben. Das Verhalten der einzelnen selber soll Garant für eine Disziplin sein, die in allen formalbürokratisch zusammengehaltenen Parteien in einer vom Zwang zur politischen Beteiligung entlastenden, äusserlichen Identifikation mit Programmen und Vorstandsbeschlüssen sich erschöpft" (a.a.O. S. 17).

Die Herausbildung der Organisationsformen wird von Hack einer unmittelbaren Praxis überantwortet: "Wenn

auch der Einwand der Parteigründungs-Traditionalisten durchaus zutrifft, dass undifferenzierte und übertriebene Hoffnungen auf die Lebensfähigkeiten spontaner Aktionen gefährliche Schwächesymptome sind, so müssen sich Organisationsformen doch aus tatsächlichen praktischen Bewegungen ergeben, und in der Geschichte ist es wohl auch immer so gewesen" (a.a.O. S. 18)

- 47) AP0. Klassiker abklopfen, in: DER SPIEGEL 1969, Nr. 51, S. 44
- 48) H. Kröger, Die organisatorische Situation in Berlin, in: Neue Kritik 1969, Nr. 54, S. 60
- 49) Strategie und Organisation des SDS (Arbeitspapier einer Berliner Gruppe des SDS), a.a.O. S. 83
Vgl. insbesondere die Aufsätze von B. Rabehl, Räte-
demokratie in der hochindustrialisierten Gesellschaft,
Teil I in: Berliner Zeitschrift für POLITOLOGIE 1968,
Nr. 4 und Teil II in: SOZIALISTISCHE POLITIK 1969
Nr. 1
Vgl. ferner W. Gottschalch, Parlamentarismus und Rä-
tedemokratie (mit Lesebuch), Berlin 1968
- 50) F. Wolff, Organisation: Emanzipation und Widerstand,
a.a.O. S. 9
- 51) J. Schmierer, Bemerkungen zur Organisationsfrage,
a.a.O. S. 15
- 52) G. Salvatore, Intelligenz und Organisation der Zu-
kunft, a.a.O. S. 107
- 53) Ebenda
- 54) a.a.O. S. 114 f
- 55) a.a.O. S. 12
- 56) a.a.O. S. 96 f
- 57) G. Lukács, Methodisches zur Organisationsfrage (1922),
in: Die Organisation im Klassenkampf, a.a.O., S. I
- 58) a.a.O. S. III
- 59) a.a.O. S. V
- 60) Ebenda
- 61) a.a.O. S. VI
- 62) a.a.O. S. VII
- 63) a.a.O. S. XXV
- 64) Ebenda
- 65) Vgl. S. 15
- 66) G. Lukács, Methodisches zur Organisationsfrage (1922),
a.a.O. S. I f
- 67) H. Heimann, Wissenschaftskonzeption, Pluralismuskri-
tik und politische Praxis der Neuen Linken, in:

Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzei-
tung DAS PARLAMENT am 4.4.1970, Nr. 14, S. 14

L i t e r a t u r

- Abendroth, Wolfgang, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied u. Berlin 1967
- Ders., Das Grundgesetz, Pfullingen 1966
- Ders., Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1965
- Adorno, Theodor, Negative Dialektik, Frankfurt/M. 1966
- Ders., Marginalien zu Theorie und Praxis, in: DIE ZEIT am 12.6.1969, Nr. 33, S. 10
- Ders., Spiegel-Gespräch, in: DER SPIEGEL 1969, Nr. 9 Jg. 25, S. 208 ff
- Ders., The Authoritarian Personality, New York 1950
- Ders., Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KfSS), 1962, Nr. 14
- Agnoli, Johannes, Die Transformation der Demokratie, in: Agnoli/Brückner, Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967
- Ahlberg, René, Die politische Konzeption des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT 1968, Nr. 20
- Ahrendt, Hanna, Über die Revolution, München 1965
- Alternativen der Opposition, hrsgg. von Friedrich Hitzer und Reinhard Opitz, Köln 1969
- Altwater, Elmar, Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders. "Stabilisierte Wirtschaft", "Formierte Gesellschaft", in: Neue Kritik 1967, Nr. 40
- Amendt, Günter, Über die trostlose Generation, in: Amendt, Günter (Hrsg.), Kinderkreuzzug oder Beginnt die Revolution in den Schulen?, Hamburg 1968
- Berlin-Report/Studenten in Berlin, Teil I-IV, hrsgg.: INFAS, Bad Godesberg 1968
- Banke, Bernhard, Komplexität als Technokratenkomplex. Polemik gegen R. Düspohl: Zur Konzeption des SDS, in: Berliner Zeitschrift für POLITOLOGIE 1968, Nr. 2
- Ders., Revolutionäre Gewalt muss produziert werden. Anmerkungen zur Gewaltdiskussion, in: RC-BULLETIN 1968, Nr. 5
- Brecht, Arnold, Politische Theorie, Tübingen 1961

- Brückner, Peter, Die Geburt der Kritik aus dem Geiste des Gerüchts, in: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt 1968
- Cerutti, Furio, Ein Brief an Jürgen Habermas, in: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt/M. 1968
- Claussen, Detlev, Zur Kritik des falschen Bewusstseins in der studentischen Revolte, in: Neue Kritik 1969, Nr. 55
- Cohn-Bendit, Daniel und Gabriel, Linksradikalismus - Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus, Hamburg 1968
- Davies, James C., Eine Theorie der Revolution, in: Theorien des sozialen Wandels, hrsgg. von W. Zapf, Köln/Berlin 1969
- Deppe, Frank, Parlamentarismus-Parlamentarische Aktion-Sozialistische Politik, in: Neue Kritik 1967, Nr. 44
- Deppe, Frank/Steinhaus, Kurt, Politische Praxis und Schulung im SDS, in: Neue Kritik 1966, Nr. 38/39
- Düspohl, Rudolf, Zur Konzeption des SDS, in: Berliner Zeitschrift für POLITOLOGIE 1968, Nr. 1
- Dutschke, Rudolf, Interview, in: Klockock, Demokratischer Sozialismus - ein authentisches Modell, Hamburg 1968
- Ders., Rede auf der Vietnam-Kundgebung am 21.10.1967 in Berlin, in: Stop the War - Vietnam-Demonstration, hrsgg. von der Kampagne für Abrüstung (Regionalausschuss Berlin), Berlin 1967
- Ders., Spiegel-Gespräch, in: DER SPIEGEL 1967, Nr. 29
- Ders., Studenten an der Freien Universität - Zur Behandlung einer Minderheit (Forumsdiskussion in der FU-Berlin am 14.6.1967) in: DIE ZEIT 1967, Nr. 25
- Ehrler, Solveig, Demonstration und Gewalt, in: RC-BULLETIN 1968, Nr. 3
- Entwurf zu einer programmatischen Erklärung des SDS, Vorlage des Bundesvorstandes, in: Neue Kritik 1966, Nr. 34,
- Erklärung des Bundesvorstandes des SDS und VDS. Die Liquidierung des VDS, in: Neue Kritik 1969, Nr. 54
- Erklärung des SDS-Bundesvorstandes vom 6.6.1967, in: Nevermann, Der 2. Juni 1967, Hrsgg. vom VDS, Köln 1967
- Erklärung des Vorstandes des Republikanischen Clubs Berlin zum Thema: Demonstration und Gewalt, in: RC-BULLETIN 1968, Nr. 4
- Flechtheim, Ossip K., Die Politik der Zukunft und die Zukunft der Politik I, in: SOZIALISTISCHE POLITIK 1969, Nr. 1
- Fraenkel, Ernst, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964

- Frank, Fritz, APO und Establishment aus biologischer Sicht, Oldenburg u. Hamburg 1969
- Gablentz, Otto H. von der, Rezension: Agnoli/Brückner, Die Transformation der Demokratie, in: Berliner Zeitschrift für POLITOLOGIE 1968, Nr. 2
- Gäng, Peter, Organisation und Klassenfrage, in: Neue Kritik 1969, Nr. 5
- Geulen/Behnken/Knapp/Wolff, Revolutionäre Disziplin, Zur Organisation der radikalen sozialistischen Opposition, Stellungnahme des SDS-Bundesvorstandes, in: Konkret 1969, Nr. 8
- Gollwitzer, Helmut, Votum zum Problem der Gewalt, in: Zur Situation der Linken in der Bundesrepublik, Diskussion 1968, Nr. 26
- Gorz, André, Der schwierige Sozialismus, Frankfurt/M. 1968
- Habermas, Jürgen, Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln und Berlin 1966
- Ders., Dogmatismus, Vernunft und Entscheidung, in: Ders., Theorie und Praxis, Neuwied und Berlin 1967 (2. Aufl.)
- Ders., Die Scheinrevolution und ihre Kinder, in: Ders., Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt/M. 1969
- Ders., Erkenntnis und Interesse, Frankfurt 1968
- Ders., Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt/M. 1968
- Ders., Theorie und Praxis, Neuwied und Berlin 1965
- Ders., Universität in der Demokratie - Demokratisierung der Universität, in: Universitätstage 1967, Veröffentlichung einer Vortragsreihe der Freien Universität Berlin am 19. u. 20.1.1967, Berlin 1967
- Ders., Zum Geleit, in: Antworten auf Herbert Marcuse, Frankfurt/M. 1968
- Hack, Lothar, Zur neuen Faszination der Unmittelbarkeit, in: Hack/Negt/Reiche, Protest und Politik, Frankfurt/M. 1968
- Ders., Am Beispiel Berkeley: Rigider Funktionalismus und neue Unmittelbarkeit, in: Neue Kritik 1967, Nr. 41
- Hättich, Manfred, Demokratie als Herrschaftsordnung, Köln-Opladen 1967
- Ders., Demokratie und Demokratismus - Zum Demokratieverständnis der "Neuen Linken", in: Scheuch (Hrsg.), Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, Köln 1968
- Haug, Wolfgang, Das Ganze und das ganz Andere, Zur Kritik der reinen revolutionären Transzendenz, in: Habermas (Hrsg.), Antworten auf Herbert Marcuse, Frankfurt/M. 1968

- Heimann, Horst, Wissenschaftskonzeption, Pluralismuskritik und politische Praxis der Neuen Linken, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT am 4.4.1970, Nr. 14
- Hennis, Wilhelm, Die hochschulpolitischen Forderungen der "Neuen Linken", in: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, hrsgg. von Scheuch, Köln 1968
- Hochschule in der Demokratie, Denkschrift des SDS, 1961
- Hommel, Ulrich, Provokation der Vernunft? Herbert Marcuse und die Neue Linke, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT am 1.11.1969, Nr. 44
- Huffschild, Jörg, Rede auf dem teach-in zur Bundesversammlung in der TU-Berlin am 4.3.1969, in: RC-BULLETIN 1969, Nr. 6
- Jüchter, Heinz T., Studienreform 1966, hrsgg. vom VDS, Bonn 1967
- Kadritzke, Ulf, Das Selbstverständnis der Freien Universität, in: Universitätstage 1967, Veröffentlichung einer Vortragsreihe der Freien Universität Berlin am 19. und 20. 1. 1967, Berlin 1967
- Kennan, George P., Rebellen ohne Programm - Demokratie und studentische Linke, Stuttgart 1968
- Keller, Rudi, Grundsätze der Strategie, in: RC-BULLETIN 1969, Nr. 6
- Kirchheimer, Otto, Politik und Verfassung, Frankfurt/M. 1964
- Knapp, Udo/Schweichel, Eike, Neue Hochschulpolitik?, in: Neue Kritik 1968, Nr. 48/49
- Kogon, Eugen, Klassen und Revolution im Denken der "Neuen Linken", in: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, hrsgg. von Scheuch, Köln 1968
- Kosik, Karel, Die Dialektik der Moral und die Moral der Dialektik, in: Moral und Gesellschaft, Frankfurt/M. 1968
- Kreipe, Valter, Spontaneität und Organisation. Lehren aus dem Mai/Juni 1968, in: Kursbuch 1969, Nr. 16
- Kritische Universität, Provisorisches Verzeichnis der Studienveranstaltungen im Wintersemester 1967/68, hrsgg. vom ASTA der Freien Universität Berlin, Berlin 1967
- Kröger, Hannah, Die organisatorische Situation in Berlin, in: Neue Kritik 1969, Nr. 54
- Lamm, Fritz, Demokratischer Abbau der Demokratie, in: Lamm/Rosenbaum/Schauer/Schmiederer, Die Grosse Koalition und die nächsten Aufgaben der Linken, Frankfurt/M. 1967

- Landau, Saul/Jacobs, Paul, Die Neue Linke in den USA. Analyse und Dokumentation, München 1969
- Lefèbre, Henri, Aufstand in Frankreich, Zur Theorie der Revolution in den hochindustrialisierten Ländern, Frankfurt/M. und Berlin 1969
- Lefèvre, Wolfgang, Möglichkeiten für die Hochschulpolitik des SDS, in: Neue Kritik 1966, Nr. 38/39
- Ders., Ursachen und Konsequenzen des 2. Juni, in: Neue Kritik 1967, Nr. 42/43
- Ders., Zu den jüngsten Auseinandersetzungen an der FU-Berlin, in: Neue Kritik 1967, Nr. 41
- Leibfried, Stephan, Universität und Formierung. Exemplarisch an den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums behandelt, in: Bätter für deutsche und internationale Politik 1967, Nr. 4
- Ders., Universität und Disziplinierung der Studentenschaft, in: Atomzeitalter 1967, Nr. 5
- Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt/M. 1968
- Lipset, Seymour M., Political Man - The Social Basis of Politics, New York 1965
- Litten, Jens, Eine verpasste Revolution? Nachruf auf den SDS, Hamburg 1969
- Lenk, Kurt, (Hrsg.), Ideologie, Neuwied und Berlin 1964
- Ludz, Peter C., Zur politischen Ideologie der "Neuen Linken", in: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, hrsgg. von Scheuch, Köln 1968
- Lukács, Georg, Interview mit I. Fetscher im DEUTSCHEN FERNSEHEN am 10.9.1969 (eigene Aufzeichnung)
- Ders., Methodisches zur Organisationsfrage (1922), in: Die Organisation im Klassenkampf, hrsgg. v. Verlag Neue Kritik KG Frankfurt, Frankfurt/M. 1967
- Luporini, Cesare, Die Wurzeln des moralischen Lebens, in: Moral und Gesellschaft, Frankfurt 1968
- Mager Friedrich/Spinnarke, Ulrich, Was wollen die Studenten, Frankfurt/M. 1967
- Mandel, Ernest, Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt/M. 1967
- Marcuse, Herbert, Zum Begriff der Negation in der Dialektik, in: Ders., Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft, Frankfurt/M. 1969
- Ders., Der eindimensionale Mensch, Neuwied und Berlin 1967
- Ders., Das Ende der Utopie, in: Psychoanalyse und Politik, Frankfurt/M. 1968
- Ders., Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers, in: Ders., Kultur und Gesellschaft II, Frankfurt/M. 1965

- Ders., Repressive Toleranz, in: Wolff/Moore/Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt/M. 1966
- Ders., Trieblehre und Freiheit, in: Ders., Psychoanalyse und Politik, Frankfurt/M. 1968
- Ders., Über das Ideologieproblem in hochentwickelten Industriegesellschaften, in: Lenk, (Hrsg.), Ideologie, Neuwied und Berlin 1964
- Müller, Wolfgang, Habermas und die Anwendbarkeit der Arbeitswerttheorie, in: Sozialistische POLITIK 1969, Nr. 1
- Naschold, Frieder, Organisation und Demokratie - Untersuchung zum Demokratisierungspotential in komplexen Organisationen, Köln und Mainz 1969
- Ders., Systemsteuerung, Köln und Mainz 1969
- Negt, Oskar, Einleitung, zu: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt/M. 1968
- Ders., Politik und Gewalt, in: Neue Kritik 1968, Nr. 4
- Ders., Politik und Protest, in: Hack/Negt/Reiche, Protest und Politik, Frankfurt/M. 1968
- Die neue Radikalität, verf. vom Bundesvorstand des SDS, in: Neue Kritik 1969, Nr. 51/52
- Neusüss, Arnhelm, Ausserparlamentarische Opposition, in: Schoeps/Dannemann, Die rebellischen Studenten, München 1968
- Ders., Praxis und Theorie, in: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt/M. 1968
- Ders., Utopie, Begriff und Phänomen des Utopischen, Neuwied und Berlin 1968
- Nitsch/Gerhard/Offe/Preuss, Hochschule in der Demokratie, Neuwied und Berlin 1965
- Offe, Claus, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaften, 2. wesentlich erweiterte Aufl., hrsgg. von WiSo-ad-hoc-Gruppe/ad-hoc-Gruppe OSI an der FU-Berlin, vervielfältigtes Manuskript 1968
- Ders., Technik und Eindimensionalität. Eine Version der Technokratiethese, in: Habermas (Hrsg.), Antworten auf Herbert Marcuse, Frankfurt/M. 1968
- Ders., Kapitalismus - Analyse als Selbsteinschüchterung, in: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt/M. 1968
- Pauck, Helga, Buchbesprechung von: Nitsch/Gerhardt/Offe/Preuss, Hochschule in der Demokratie, in: Neue Kritik 1966, Nr. 35
- Popper, Karl R., Was ist Dialektik?, in: Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln und Berlin 1966

- Rabehl, Bernd, Der SDS und die Strategie der direkten Aktion in Westeuropa, in: Neue Kritik 1966, Nr. 50
- Ders., Von der antiautoritären Bewegung zur sozialistischen Opposition, in: Bergmann/Dutschke/Lefèvre/Rabehl, Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Hamburg 1968
- Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes zur 25.o.Delegiertenkonferenz des SDS, in Neue Kritik 1968, Nr. 50
- Reiche, Reimut/Gäng, Peter, Vom antikapitalistischen Protest zur sozialistischen Politik, in: Neue Kritik 1967, Nr. 41
- Reichenwein, Roland, 21 Thesen zur Gewaltanwendung, in: RC-BULLETIN 1969, Nr. 1
- Resolution der 21. Delegiertenkonferenz des SDS zur Notstandsgesetzgebung, in: Neue Kritik 1966, Nr. 38/39
- Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit, in: Neue Kritik 1967, Nr.44
- Richert, Ernst, Die radikale Linke von 1945 bis zur Gegenwart, Berlin 1969
- Ritter, Gerhard A., Der Antiparlamentarismus und Antipluralismus der Rechts- und Linksradikalen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT 1969, Nr. 34
- Rolshausen, Claus, Monopolkapital und Werttheorie, in: Neue Kritik 1967, Nr. 42/43
- Runge, Jürgen B., Diskussionsbeitrag in: Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongress in Hannover, Protokolle und Materialien, Berlin 1967
- Ders., Herausforderung der Demokratie durch die Radikalen, in: Fragezeichen, Bildungspolitische Zeitschrift des Deutschen Institutes für Bildung und Wissen 1968, Nr. 7
- Ders., Progressive Alternative, Broschüre der Aktion 20. Konvent, Berlin 1967
- Runge/Radunski/Schönbohm, Die herausgeforderte Demokratie, Deutschlands Studenten zwischen Reform und Revolution, Mainz 1968
- Salvatore, Gaston, Intelligenz und Organisation der Zukunft, in: Baran/Fried/Salvatore, Intellektuelle und Sozialismus, Berlin 1968
- Scheuch, Erwin K., Das Gesellschaftsbild der "Neuen Linken", in: Ders., (Hrsg.), Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, Köln 1968
- Schwan, Alexander, Demokratisierung - Ende der Freiheit? Eine neue Streitschrift des Politologen Wilhelm Hennis, in: DIE ZEIT am 7.11.1969
- Ders., Die Hochschule im Spannungsfeld von Wissenschaft und Freiheit, in: Schwan/Sontheimer (Hrsg.), Reform als Alternative, Köln und Opladen 1969

- Seeliger, Rolf, Die Ausserparlamentarische Opposition.
München 1968
- Seifert, Jürgen, Der Kampf um Verfassungspositionen, in:
Neue Kritik 1966, Nr. 35
- Schmierer, Joscha, Bemerkungen zur Organisationsfrage,
in: Neue Kritik 1968, Nr. 50
- Schmierer, Joscha/Mangold, Günter, Der SDS ist durch die
Liquidation des VDS nicht zu retten - Ein Beitrag zur
Flurbereinigung, in: Neue Kritik 1969, Nr. 54
- Stellungnahme des VDS - Vorstandes vom 14.6.1966 zu den
Empfehlungen des Wissenschaftsrates, in: Jüchter, Stu-
dienreform 1966, hrsgg. vom VDS, Bonn 1967
- Strategie und Organisation des SDS, (Arbeitspapier einer
Berliner Gruppe des SDS), in: Neue Kritik 1968, Nr. 50
- Student und Politik Sommer 1967. Bilanz nach den Demon-
strationen in Berlin, Institut für Demoskopie, Allens-
bach 1967
- Topitsch, Ernst (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften,
Köln und Berlin 1966
- Vester, Michael, Zur Dialektik von Reform und Revolution.
Die Arbeitnehmer in der sozialistischen Strategie, in:
Neue Kritik 1966, Nr. 34
- Welche praktische Solidarität erfordert die Konfrontation
mit der Justiz? (Artikel einiger Berliner SDS-Genossen),
in: Neue Kritik 1969, Nr. 51,52
- Wolff, Frank, Organisation: Emanzipation und Widerstand,
in: Neue Kritik 1968, Nr. 50
- Wurster, Jürgen, Herrschaft und Widerstand. Theorien zur
Zirkulation herrschender Eliten, Tübingen 1969

Lebenslauf

Rolf Düspohl wurde am 2.8.1940 in Magdeburg geboren. Er studierte Politikwissenschaft, allgemeine Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik an der Freien Universität Berlin. Je ein Auslandssemester verbrachte er in Paris und Wien. 1967 absolvierte er die Diplomprüfung in Politologie am Otto-Suhr-Institut in Berlin (Spezialgebiete: Gesellschaftstheorie, Wissenschaftstheorie) bei Professor Alexander Schwan. 1971 Promotion bei Professor Ossip K. Flechtheim mit den zusätzlichen Nebenfächern Erziehungswissenschaft und Neuere Geschichte.

Seit 1969 ist Rolf Düspohl Wissenschaftsreferent der Alexander von Humboldt-Stiftung in Bad Godesberg.

